Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und  Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 92. Freitag, den 16. November 1894. Jahrgang III.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 20. November 1894, 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 23. November 1894, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **13. November 1894** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig. Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

1. Das Project für den Bau der städtischen Gasbeleuchtungsanstalt sammt Rohrnetz wird vom Montag den 19. November 1894 an durch drei Tage im Buffetraum im 1. Stocke nächst dem Gemeinderaths-Präsidium von 10 bis 2 Uhr, und am Dienstag den 20. d. M. auch nachmittags von 4 bis 7 Uhr während der Plenarsitzung zur Besichtigung ausgestellt werden.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

2. Von Herrn Dr. Eduard Herbst, k. k. Oberlandesgerichtsrath in Prag, ist folgende Zuschrift an mich gerichtet worden:

„Euer Hochwohlgeboren!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Heimgekehrt von der Beisetzung der sterblichen Überreste unseres innigstgeliebten Familienoberhauptes zur letzten Ruhe, erlaube ich mir im Namen und Auftrage der gesammten Familie Herbst, aufrichtigen Dank zu sagen für das Zeichen der Erinnerung, welches uns die Stadt Wien anlässlich dieser Beisetzung hat zukommen lassen!

Wir halten uns aber bei diesem Anlasse auch für verpflichtet, der Vertretung der Reichshaupt- und Residenzstadt dafür, dass sie den Verdiensten des Verewigten um das öffentliche Wohl durch die Widmung jener letzten Ruhestätte eine dauernde Ehrung zu erweisen beschlossen hat, nochmals unseren verbindlichsten Dank hiemit auszusprechen.

Unter einem erlauben wir uns die Bitte an Euer Hochwohlgeboren, die anruhende Spende von 500 fl. ö. W. zum besten der Armen von Wien entgegenzunehmen und dieser ihrer Bestimmung nach eigenem Ermessen zuführen zu wollen."

Dem Spender wird der Dank ausgesprochen.

3. Bei der am 9. November 1894 stattgehabten Wahl von vier Schriftführern wurden 54 Stimmzettel abgegeben und wurden gewählt die Herren Gem.-Räthe Ferdinand Dehm mit 54 Stimmen, Johann Schrenckh mit 54, Dr. Karl Zimmermann mit 53 und Karl Kaiser mit 50 Stimmen.

4. Die Herren Gem.-Räthe Ferdinand Gräf, Josef Schlögl, Franz Geyer, Vincenz Wesselý und Martin Schneeweiß zeigen an:

„Geehrter Herr Bürgermeister!

Im Hinblicke auf den Umstand, dass die Mitglieder der Opposition bei fast keinen Wahlen, insbesondere nicht bei den Wahlen in die Schul-Commissionen, Berücksichtigung gefunden haben, erklären wir Unterzeichnete, dass wir nunmehr auch die uns überlassenen Mandate für die Controls-Commission in Markt- und Approvisionierungs-Angelegenheiten niederlegen und uns vorbehalten, das Interesse unserer Wähler in öffentlicher Gemeinderaths-Sitzung mit aller Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit zu vertreten."

5. Herr Philipp Thorsch hat anruhend einen Betrag von 100 fl. mit der Bitte übergeben, denselben den Zwecken des Central-Vereines für Verpflegung armer Kinder gütigst zuführen zu wollen.

Dem Spender wird der Dank ausgesprochen.

6. Herr Gem.-Rath Jedlička hat in der letzten Sitzung die Behauptung aufgestellt, dass ich an einer Interpellation, welche er vor einigen Tagen eingebracht hat und welche mehrere Fragepunkte enthalten hat, eine Änderung vorgenommen habe. (Gem.-Rath Jedlička: Gewiss!) Das Original dieser Interpellation liegt hier vor und der Herr Gemeinderath kann sich überzeugen, dass ich an diesem Schriftstücke nicht die geringste Änderung vorgenommen habe. (Gem.-Rath Jedlička: Es ist geändert worden, Herr Bürgermeister, ich constatiere es!)

Hören Sie nur zu, Sie werden gleich die Aufklärung erhalten. Sämmtliche Stücke müssen für die Druckerei copiert werden, da die Orginale zurückbehalten werden. Bei dieser Copierungsarbeit hat sich leider, wie ich erhoben habe, der Fehler eingeschlichen, dass der zweite Fragepunkt jener Interpellation ausgelassen worden ist. Punkt 1 ist am Schlusse einer Seite geschrieben und auf der nächsten Seite ist mit Punkt 3 angefangen worden. Infolge dessen erscheint Punkt 2 nicht im Drucke. Ich bedauere diesen Vorfall; wenn der Herr Gemeinderath es wünscht, werde ich Punkt 2 im nächsten Protokolle nachtragen lassen.

Gem.-Rath Jedlička: Ich wünsche es!

Bürgermeister: Gut, es wird geschehen!

7. Herr Gem.-Rath Gregorig hat mich interpelliert in Betreff einer Eingabe an die Regierung, worin ersucht werden soll, dass von der Concessionierung von großen Warenhäusern à la Louvre und bon marché Umgang genommen werden soll. Ich habe die Ehre, über den Stand dieser Angelegenheit Folgendes zu berichten (liest):

„Der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Gregorig, betreffend die Abfassung einer Petition gegen die Concessionierung der Louis Bürger'schen Warenhaus-Actiengesellschaft, wurde in der Stadtraths-Sitzung vom 1. März 1894, sub Z. 1220, als gegenstandslos erklärt, weil

1. dem Louis Bürger die angesuchte vorläufige Bewilligung zur Gründung eines solchen Unternehmens nicht ertheilt wurde;

2. damals andere Gesuche wegen Gründung von ähnlichen Actienunternehmungen beim k. k. Ministerium des Innern nicht anhängig waren.

Gleichzeitig wurde der Magistrat beauftragt, über die Gründe, aus denen das Ansuchen des Louis Bürger abgewiesen wurde, Bericht zu erstatten.

Dieser Bericht wurde vorgelegt und in der Stadtraths-Sitzung vom 11. Mai 1894, zur Z. 2422, zur Kenntnis genommen."

Gem.-Rath Gregorig: Ich bitte um das Wort zur Richtigstellung.

Bürgermeister: Ich werde Ihnen nach Mittheilung des Einlaufes das Wort ertheilen.

Gem.-Rath Gregorig: Ich muss zu diesem Gegenstande das Wort zur Berichtigung jetzt ergreifen.

Bürgermeister: Also bitte, aber lediglich zur Berichtigung.

Gem.-Rath Gregorig: Ich berichtige, dass ich in meinem seinerzeitigen Antrage nie den Namen Louis Bürger gebraucht habe, folglich konnte es sich nicht um Louis Bürger gehandelt haben, sondern es wurde ein allgemein lautender Antrag eingebracht, und was man vorbringt, ist unrichtig.

Weiter bedauere ich recht sehr, dass der Herr Bürgermeister die Bestimmung des § 60 Geschäftsordnung sehr gut kennt und ich wiederholt auf Urlaub geschickt wurde, aber den § 52, Absatz r, kennt der Herr Bürgermeister nicht ....

Bürgermeister (unterbrechend): Ich muss bitten, zur Berichtigung!

Gem.-Rath Gregorig (fortfahrend): .. wonach das Petitionsrecht dem Gemeinderathe vorbehalten ist. Folglich muss über diesen Gegenstand im Gemeinderathe referiert werden und kann derselbe nicht durch den Stadtrath ad acta gelegt werden. Ich bitte, gesetzmäßig vorzugehen, sonst bin ich gezwungen, an jenem Orte, wo es nothwendig ist, mein Recht zu wahren. (Beifall links.)

8. Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Purscht hat mich interpelliert wegen Verwendung von Imperialwägen auf einer Strecke der Wiener Tramway-Gesellschaft.

Es wird:

1. über die angebliche Unzweckmäßigkeit der neuen Imperialwagentype Nr. 200 der Wiener Tramway-Gesellschaft, und

2. über die Verwendung derselben im Bezirke Hernals Beschwerde geführt, endlich

3. die Nennung der Vertreter der Gemeinde Wien bei den bezüglichen Verhandlungen gefordert.

Ich habe die Ehre, diesfalls Folgendes zu bemerken (liest):

Zu 1. In der am 26. September 1893 abgehaltenen sechsten Sitzung des von der Tramway-Enquête gewählten Comités legte die Wiener Tramway-Gesellschaft ein im Detail ausgearbeitetes Project eines Imperialwagens vor.

Der Vertreter der k. k. General-Inspection der österr. Eisenbahnen als Vorsitzender des Comités empfahl den Vertretern der Gemeinde (Wien) die Annahme dieses Wagens, da dessen Construction allen Forderungen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit entspricht, die Handhabung des Überfüllungsverbotes ermöglicht und an Stelle der Leiter zu den Dachsitzen einen dem großstädtischen Betriebe entsprechenderen bequemeren Aufstieg auf die Imperiale besitzt. Auf Grund des Berichtes der Vertreter der Gemeinde fasste der Stadtrath in der Sitzung vom 14. November 1893 den Beschluss, der Inbetriebsetzung von 50 Imperialwagen unter der Bedingung zuzustimmen, dass Gepäcktraggitter und Schutzvorrichtungen an den Wägen angebracht werden und die beweglichen Fenster derart festsitzen, dass ein Rütteln derselben während der Fahrt nicht stattfindet.

Hiebei muss betont werden, dass es sich lediglich um einen Versuch handelt, dass also auch die Gemeinde in der Lage ist, nach Ablauf der Probezeit ihre diesbezüglichen Wünsche zur Geltung zu bringen.

Zu 2. Die Wahl der Route „Hernals—Favoriten", beziehungsweise „Praterstern" zur ausschließlichen Befahrung mit diesen neuen Wägen, für welche das Überfüllungsverbot gehandhabt wird, erfolgt in der Sitzung der Tramway-Enquête vom 16. November 1893, weil für diese Strecke die vom Stadtrathe bewilligte Zahl von 50 solchen Wägen knapp ausreicht, während andere Routen wegen des kürzeren Fahrintervalles eine weit größere Zahl erfordert hätten. Die Behauptung, dass gerade der XVII. Bezirk bei allen neuen Wagentypen als Versuchsbezirk benützt wird, entspricht nicht den Thatsachen, da die Verwendung von Probewagen bis zum November 1893 vorzugsweise auf der Strecke „Rudolfsheim—Bellaria—Prater", beziehungsweise „Nordwestbahnhof" erfolgte.

Zu 3. Als Vertreter der Gemeinde Wien bei den diesbezüglichen Enquête-Verhandlungen intervenierten die Herren Gem.-Räthe Dr. Hackenberg und Stiaßny.

9. Herr Gem.-Rath **Schuh** hat eine Interpellation gestellt; ich habe die Ehre, darauf zu erwidern, und zwar:

Ad Frage I, welche lautet:

„Welches sind die Resultate des von den Interessenten der Naglergasse wider die Baulinienbestimmung des Wiener Gemeinderathes vom 10. Juli 1894 eingebrachten Recurses?", folgende Antwort:

Der von fünf Hauseigenthümern an der linken Seite der Naglergasse eingebrachte Protest gegen die bezeichnete Baulinienbestimmung war an die k. k. n.-ö. Statthalterei, beziehungsweise den Herrn Statthalter gerichtet und bezweckte zunächst eine Sistierung des Gemeinderaths-Beschlusses durch den Statthalter.

Dieses Ansuchen wurde vom Statthalter als unbegründet zurückgewiesen, der Protest jedoch an die Bauoberbehörde, die Baudeputation für Wien, nach § 107 der Bauordnung geleitet, worüber die bereits in der Gemeinderathssitzung vom 9. November 1894 bekanntgegebene Entscheidung erfolgte, mit welcher dem als Recurs behandelten Protest gegen den in Rede stehenden Gemeinderaths-Beschluss, betreffend die Baulinienbestimmung für die genannten Gassen, im allgemeinen Folge gegeben wurde, weil die Breite der Naglergasse von 12 m dem Verkehrsbedürfnisse nicht genüge, dagegen in eine bestimmte Art der Baulinienbestimmung, als der Gemeinde zustehend, sich nicht eingelassen wurde.

Ad Frage II:

„Ist diese Baulinienbestimmung der betreffenden Partei hinausgegeben worden, und wann?":

Die Bekanntgabe der Baulinie an den Eigenthümer des Hauses O.-Nr. 1 Tuchlauben (Ecke der Bogner- und Naglergasse) erfolgte am 12. August 1894, sub M.-Z. 78493, in Erledigung seines diesfälligen Ansuchens.

Ad Frage III:

„Ist der Herr Bürgermeister geneigt, diese Baulinienbestimmung im Hinblicke auf die Entscheidung der Baudeputation zu sistieren und zu veranlassen, dass diese Baulinienbestimmung dem Gemeinderathe neuerlich zur Beschlussfassung vorgelegt wird?":

Da mit der bezeichneten Entscheidung der Baudeputation dem Proteste (Recurse?) gegen die erfolgte Baulinienbehandlung im allgemeinen Folge gegeben wurde, so erscheint die Baulinienbestimmung ohnehin behoben und bedarf es keiner weiteren Sistierung. Sollte die Entscheidung der Baudeputation in Rechtskraft erwachsen, so ist bereits auf Grund dieser Entscheidung eine neue Beschlussfassung des Gemeinderathes über die Baulinienbestimmung erforderlich.

Ad Frage IV:

„Welche Bedeutung und präjudicierte Wirkung hat diese Entscheidung der Baudeputation für die weitere Beschlussfassung des Gemeinderathes?":

Sollte die Entscheidung der Baudeputation im Recurswege aufgehoben werden, so ist diese Entscheidung ohne meritorische Bedeutung. Im entgegengesetzten Falle müsste die Gemeinde eine Baulinie bestimmen, welche der Naglergasse eine größere Breite als 12 m gibt.

Übrigens wurde die Entscheidung der Baudeputation einer besonderen Berathung vorbehalten. (Magistratsbericht vom 9. November 1894, Z. 184995.)

Ad Frage V:

„Ist der Herr Bürgermeister geneigt, auf die Beschleunigung des General-Regulierungsplanes und der projectierten neuen Bauordnung hinzuwirken?":

Mit dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 11. September 1894 wurde die Bildung eines bauämtlichen Bureaus für Anfertigung eines General-Regulierungsplanes, sowie die Bestellung eines Architekten, womöglich eines der bei der Concurrenz zur Erlangung von Entwürfen eines solchen Planes prämiierten Künstler, dann weiterer Hilfskräfte genehmigt, die Activierung des Bureaus spätestens für 1. December 1894 in Aussicht genommen und für die Vorlage der wichtigsten Theile des Regulierungsplanes der Termin vom Tage der Activierung des Bureaus bestimmt.

Was die projectierte neue Bauordnung betrifft, so ist die Berathung des Entwurfes beim Magistrate mit Ausnahme eines noch streitigen Punktes beendigt und die baldige Vorlage an den Stadtrath in Aussicht.

Ich bitte um die Mittheilung der Einläufe.

Schriftführer Gem-Rath Schrenckh (liest):

10. Interpellation des **Gem.-Rathes Haßfurther:**

In der Sitzung des Gemeinderathes vom 21. April vorigen Jahres habe ich den Antrag eingebracht, dass künftig auf den Hauszinssteuerbögen die von den Mietparteien zu bezahlenden Zins- und Schulkreuzer in einer separaten Rubrik verzeichnet erscheinen sollen, damit jeder Hausbesitzer nicht erst einer umständlichen Berechnung bedarf, um dieselben zu ermitteln. Der Antrag gieng an den Magistrat.

Ich stelle nun an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

ob der Magistrat hierüber mit der k. k. Finanz-Landes-Direction in Verhandlung getreten und ob es nicht möglich wäre, die Hauszinssteuerbögen für das Jahr 1895 schon mit dieser neuen Zinskreuzer-Rubrik zu versehen.

Bürgermeister: Ich werde Erhebungen pflegen und diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

11. Interpellation des **Gem.-Rathes Herrdegen:**

Zeitungsnachrichten zufolge hat sich am 8. d. M. am Central-Viehmarkte in St. Marx zwischen einem dem Stande der Fleischhauer angehörigen Mitgliede des Gemeinderathes und dem Marktdirector Herrn Karl Kainz in Gegenwart des Herrn Bürgermeisters ein Auftritt abgespielt, in welchem eine auf Einschüchterung der städtischen Marktorgane berechnete Kundgebung der Fleischhauer erblickt werden muss.

Diese Annahme hat durch die in der letzten Gemeinderaths-Sitzung von mehreren dem Fleischhauerstande angehörigen Gemeinderäthen eingebrachte Interpellation Bestätigung gefunden, in welcher der Herr Marktdirector wegen seines in der Conferenz bei dem Herrn Statthalter erstatteten Berichtes derart angegriffen wurde, dass der Herr Bürgermeister in Rücksicht auf strafrechtliche Bestimmungen einige Stellen dieser Interpellation gar nicht zur Verlesung bringen lassen konnte.

Im Hinblicke auf diese Vorfälle und in der Erwägung, dass durch ein derartiges Vorgehen von Marktinteressenten eine gefährliche Beeinflussung der städtischen Marktorgane zum Schaden der ganzen Bevölkerung herbeigeführt werden würde, gestatte ich mir, an den Herrn Bürgermeister die höfliche Anfrage zu richten:

Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Bürgermeister zu treffen, um die städtischen Marktorgane vor den Einschüchterungsversuchen einzelner Gruppen von Marktinteressenten zu schützen (Hört! Hört! rechts) und die volle Unbefangenheit dieser Beamten sowohl bei ihren Berichterstattungen als auch in der sonstigen Ausübung ihres den Interessen der Gesammtbevölkerung von Wien dienenden Dienstes zu sichern? (Beifall rechts.)

Bürgermeister: Darauf habe ich die Ehre, Folgendes zu bemerken: Die gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen über die Approvisionierung Wiens und anderer großer Städte im volkswirtschaftlichen Ausschusse des Abgeordnetenhauses und die Conferenz bei der Statthalterei hat begreiflicherweise in den Kreisen der Marktinteressenten eine gewisse Bewegung und Discussion her-

vorgerufen. (Rufe links: Eine berechtigte!) Einer dieser Marktinteressenten hat am 8. d. M. in meinem Beisein den Herrn Marktdirector über seine Äußerungen bei der Conferenz in der Statthalterei interpelliert, wie ich zugeben muss, in ziemlich erregter Weise. Ich trat diesen Äußerungen entgegen und wies dieselben zurück. Von einer Einschüchterung der Beamten kann keine Rede sein, weil es ausreichende Mittel gibt, um die städtischen öffentlichen Beamten in jeder Beziehung zu schützen. Das Verhältnis der Marktbehörde zu den Marktinteressenten war bisher das denkbar günstigste und ich hoffe, dass die Aufregung, welche mit diesen Verhandlungen verbunden war, sich legen und das alte gute Verhältnis sich alsbald wieder einstellen werde.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

12. Interpellation des **Gem.-Rathes Maresch:**

Die vielfachen Beschwerden, welche die Eigenthümer der an die Cassenfabrik Wien, XVI., Ottakring, Payergasse 4, anstoßenden Häuser an mich gelangen lassen, veranlassen mich, an den Herrn Bürgermeister folgende höfliche Fragen zu richten:

Ist es dem Herrn Bürgermeister bekannt, dass die dieser Fabrik benachbarten Häuser durch die starken Erschütterungen, welche beim Strecken der Platten hervorgerufen werden, in hohem Grade leiden und bei längerer Fortdauer dieser Gefahr vielleicht unbewohnbar werden können?

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, das Ergebnis der schon dreimal in dieser Fabrik stattgefundenen Local-Commissionen bekanntzugeben?

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, mit thunlichster Beschleunigung die von diesen Commissionen getroffenen Verfügungen zum Schutze der bedrohten Anrainer ins Werk zu setzen und gegebenen Falles die Einstellung des Betriebes zu veranlassen?

Bürgermeister: Ich muss bemerken, dass dieser Gegenstand nicht ins Plenum des Gemeinderathes gehört. Die Angelegenheit, um die es sich handelt, gehört vor die politische Behörde erster Instanz. Ich kann mir nun allerdings vorstellen, dass sich weite Kreise für solche Angelegenheiten interessieren und mit diesfälligen Fragen an die Herren Gemeinderäthe herantreten. Ich möchte aber dringend bitten, derlei Angelegenheiten nicht zum Gegenstande einer öffentlichen Interpellation zu machen. Wenn die Herren zu mir kommen und mich persönlich um Auskunft ersuchen, werde ich jederzeit bereitwilligst diese Auskunft ertheilen. Ich kann diese Interpellation nur als Anzeige betrachten und nachsehen, was in der Sache geschehen ist, ob alles in Ordnung ist oder nicht; aber eine meritorische Beantwortung dieser Interpellation kann ich hier nicht ertheilen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

13. Interpellation des **Gem.-Rathes Dobeš** und Genossen:

Am 22. December 1893 hat die Genossenschaft der Maschinenbauer und Mechaniker in Wien gegen den Herrn k. k. Hof- und Ministerial-Concipisten im k. u. k. Ministerium des Äußern Dr. Eduard Suchanek bei dem magistratischen Bezirksamte für den I. Bezirk die Anzeige erstattet, dass sich derselbe unberechtigterweise mit der Ausübung des Mechanikergewerbes befasse und belegte diese Anzeige mit mehreren concreten Fällen.

Nachdem nun diese vor elf Monaten erstattete Anzeige bis heute unerledigt ist, der obbenannte Herr aber fortfährt, Licht- und Telegraphen-Installationen weiter auszuführen und dermalen eine ähnliche Beleuchtungs-Installation bei dem Herrn Hof- und Gerichtsadvocaten Dr. Max Strauß, I., Schottenring 14, übernommen hat und momentan durch seine Monteure ausführen läßt, so beehren sich die ergebenst Gefertigten, an den Herrn Bürgermeister in seiner Eigenschaft als Chef des Magistrates die höfliche Anfrage zu stellen:

1. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, untersuchen zu lassen, aus welchen Gründen die obenangeführte Anzeige nicht erledigt wurde?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, die an dieser unglaublichen Verschleppung schuldigen Organe zur Verantwortung zu ziehen?

3. Ist der Herr Bürgermeister endlich geneigt, dem magistratischen Bezirksamte für den I. Bezirk den Auftrag zu ertheilen, nach dem § 132 a der Gewerbeordnung vorzugehen, sowie die sofortige Sistierung der Installationsarbeiten des besagten Herrn, respective seiner Monteure in der Wohnung des Herrn Dr. Max Strauß, I., Schottenring 14, zu veranlassen?

Bürgermeister: Bei dieser Gelegenheit kann ich nur das wiederholen, was ich eben früher gesagt habe. Der Interpellant erklärt ja selbst, er richte diese Anfrage an mich als Chef der politischen Behörde erster Instanz. Das ist nun nicht Sache der Verhandlungen des Gemeinderathes. Ich kann das lediglich zur Kenntnis nehmen und mich überzeugen, wie die Sache steht, kann aber in eine meritorische Behandlung des Gegenstandes hier nicht eingehen. (Rufe: Weil es Ihnen unangenehm ist!) Es ist mir gar nicht unangenehm, aber es ist nicht in der Ordnung, Dinge, welche nicht in den Gemeinderath gehören, in den Gemeinderath zu bringen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

14. Antrag der Controls-Commission für Markt- und Approvisionierungswesen:

Die Fleischpreise haben schon jetzt eine Höhe erreicht, welche für breite Schichten der Bevölkerung eine schwere Bedrückung bedeutet, und schon für die nächste Zeit steht eine neue bedeutende Erhöhung in Aussicht, welche naturgemäß einen noch schwereren Druck auf die arme Bevölkerung ausüben wird. Es droht aber eine noch weit größere Gefahr, die Gefahr des Viehmangels in den nächsten Jahren und damit Mangel an Fleisch trotz noch höherer Preise.

Die Ursachen liegen theils in der Futternoth des vorigen Jahres in Deutschland und einigen Theilen Österreichs, welche eine Verminderung des Viehstandes zur Folge hatte, dessen Ergänzung die alten Bestände neuerdings schwächt, theils in der verminderten Aufzucht durch die Noth der kleineren Viehbesitzer, welche schon der wenigen Gulden wegen die Kälber und einjähriges Jungvieh verkaufen. Dieser letztere Umstand hat nun eine übermäßige Schlachtung von Kälbern und Jungvieh zur Folge, durch welche dem Fleischbedürfnis wenig genützt, wohl aber der Viehstand in Zukunft sehr geschwächt wird.

Sollte sich weiter bestätigen, dass getrocknete Schlempe bei Ausfuhr nach Deutschland ein besseres Erträgnis liefert, als deren Verwendung zur Mast, so erscheint auch der Umfang der Mästung bedroht, und es liegt die Möglichkeit vor, dass wir in einigen Jahren kein Vieh zur Mästung und auch keine Mastställe haben.

Es ist noch Zeit vorzubeugen, wenn die geeigneten Mittel zur Anwendung gebracht werden. Als eines dieser Mittel wäre die Verhinderung der Schlachtung von Jungvieh und die Aufzucht desselben. Nun ist vom kleinen Landwirte nicht zu verlangen, dass er in seiner Noth das Vieh nicht verkaufe, oder dass er es aufziehe bei Mangel an dem nöthigen Futter. Wohl aber könnte das Reich und die Länder diese Aufgabe lösen, wenn Bezirks- und Landes-Aufzuchtställe gebaut, den kleinen Grundbesitzern das brauchbare Jungvieh abgekauft und aufgezogen würde.

Viele tausende Stück Vieh ließen sich so alljährlich erhalten und dann der Mästung zuführen. Eine zweite Methode bestände darin, dass das Vieh als Einstellvieh bei geeigneten Landwirten belassen, und diese bei der Aufzucht unterstützt würden, bei der Abgabe des Viehes wäre die geleistete Unterstützung abzurechnen.

Diese Fragen weichen aber weit über die Machtsphäre der Stadt Wien hinaus, sie können nur von der Reichsgewalt in Verbindung mit den Ländern gelöst werden. Die Approvisionierung der Reichshauptstadt ist eine so wichtige Frage, dass sie die Aufmerksamkeit der Regierung in höchstem Maße verdient; auf die Dauer werden die derzeitigen, dem Zufalle überlassenen Verhältnisse unhaltbar werden, und muss eine geregelte Fürsorge eintreten.

In Erwägung dieser Verhältnisse stellt die obgenannte Commission den Antrag:

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen:

Es sei eine Petition an die hohe Regierung und an die beiden hohen Häuser des Reichsrathes zu richten, in welcher unter Hinweisung und Begründung der gegebenen Verhältnisse die Verminderung der Schlachtung und die Aufzucht des Jungviehes der dringenden Beachtung und Aufmerksamkeit empfohlen wird. Der Herr Bürgermeister werde mit der Abfassung und Überreichung dieser Petition betraut.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

15. Antrag der Controls-Commission für Markt- und Approvisionierungswesen:

Der Gemeinderath beschließe:

Der Magistrat wird beauftragt, über die Einleitung geregelter und ständiger Fischtransporte von der Adria nach Wien zu berichten. In diesem Berichte sei auch die Äußerung aufzunehmen, auf welche Weise ein Einvernehmen mit der Handels- und Gewerbekammer, sowie der Städteverwaltungen des Küstenlandes (wie Triest, Zara, Spalato, Sebenico und Cattaro) und der k. k. priv. Südbahn-Gesellschaft in dieser Angelegenheit erzielt werden kann.

Weiters sei eine Fischhalle zu errichten.

Bürgermeister: Wird geschäftsordnungsmäßig vorberathen werden.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

16. Antrag des **Gem.-Rathes Gfrorner:**

Die Märkte Am Hof und Freyung werden um 2 Uhr nachts eröffnet und herrscht dabei eine geradezu lebensgefährliche Finsternis für Käufer und Verkäufer, dazu kommt, dass in einer Nacht oft 3- bis 4000 Wagen in der Stadt verkehren und die Markt-Commissäre außerstande sind, ihrer Pflicht zu entsprechen, da es nicht möglich ist, mit einer einfachen Laterne in der Hand oft 1000 bis 1500 kg Schwämme zu untersuchen; da diese Finsternis aber auch noch in anderer Weise zu den größten Störungen Anlass gibt, empfiehlt es sich, diese Plätze mit elektrischen Bogenlampen zu beleuchten.

Es erscheint daher um so auffallender, dass schon voriges Jahr eine commissionelle Besichtigung dieser Plätze aus diesem Anlasse stattgefunden und bis heute noch nichts veranlasst wurde, trotzdem im Punkte der Kabellegung gar keine Schwierigkeiten bestehen und die Marktleute sogar gewillt sind, zu den Beleuchtungskosten einen Theil beizutragen.

Ich stelle daher den Antrag:

Das Stadtbauamt sei zu beauftragen, sofort und ohne Aufschub das Nöthige zu veranlassen, dass der Hof mit wenigstens vier und die Freyung mit zwei elektrischen Bogenlampen beleuchtet werden.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

17. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Die Vorsteher der einzelnen Gemeindebezirke beziehen zur Bestreitung der laufenden Ausgaben Verlagsgelder in großen Summen und besorgen alle damit verbundenen Cassageschäfte.

Zu diesem Zwecke steht ihnen eine eigene Cassa und die Mithilfe von Magistratsbeamten zur Verfügung, deren Beruf in der Regel dem Cassageschäfte ferne liegt.

Da ein solcher Modus einerseits aus mehrfachen Gründen unzweckmäßig, andererseits aber ohnehin fast in jedem Bezirke eine städtische Hauptcassa-Abtheilung besteht, welcher solche Geschäfte übertragen werden können, so stelle ich den Antrag:

Es sei die Persolvierung der den Bezirksvorstehern zugewiesenen Verlagsgelder in der Weise zu regeln, dass das eigentliche Cassageschäft von der dem betreffenden Bezirke zugewiesenen Hauptcassaabtheilung besorgt wird.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

18. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Gegenwärtig wird eine Reihe von Stiftungen und Sammelgeldern durch die Vorsteher der einzelnen Bezirke persolviert, während die Auszahlung von Pfründen und Unterstützungen vom Armeninstitute besorgt wird.

Dies führt dazu, dass einzelne Individuen oft an demselben Tage zweimal betheilt werden, was jedenfalls nicht in der Ordnung ist.

Ich stelle daher den Antrag:

Es sei auch die Persolvierung von Stiftungen, gelegentlichen Sammlungen, Spenden &c. durch den Armenrath des betreffenden Gemeindebezirkes zu besorgen.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung zugewiesen.

Wir schreiten zur Tagesordnung.

19. (8050). **Referent Gem.-Rath Boschan:** Ich habe die Ehre Bericht zu erstatten. Es handelt sich um einen Zuschusscredit zur Ausgabs-Rubrik XX 1 a „Currente Erhaltung des Pflasters". Wie den Herren bekannt ist, werden die Ausgaben für das Pflaster in Rubrik XX 1 unter drei Abtheilungen budgetiert, und zwar: a) Currente Erhaltung, b) Straßenpflasterungen, c) Straßenherstellungen.

In b) und c) werden die Objecte nominativ aufgeführt und die Beträge hiefür vom Gemeinderathe bewilligt, während unter Rubrik a) die currente Erhaltung mit einem Pauschalbetrage von 200.000 fl. veranschlagt wurde. Diese Position ist zur Zeit der Berichterstattung seitens der städtischen Buchhaltung mit 174.000 fl. belastet und sind weitere bedeutende Beträge und Voranschläge über theils vom Gemeinderathe beschlossene, theils noch in Verhandlung stehende Pflasterungen und Straßenherstellungen im Betrage von 91.700 fl. noch auf diese Rubrik verwiesen.

Außerdem sind von Seite der Bezirksvorsteher im eigenen Wirkungskreise zur Verbesserung und Herstellung von Straßen 44.000 fl. verausgabt worden und stehen noch weitere solche Ausgaben in Aussicht. Es ist daher nothwendig, zu dieser Rubrik einen Zuschusscredit in der Höhe von 120.000 fl. vom Gemeinderathe zu erbitten.

Die Ursache dieser bedeutenden Überschreitung liegt größtentheils darin, dass eine Anzahl von Objecten, welche unter Rubrik XXII b und c aufgeführt worden sind, entweder gar nicht oder nur zum Theile zur Ausführung gelangen konnten und inzwischen die Straßen im currenten Wege in einen besseren Zustand versetzt werden mussten. Durch Beschlüsse des Stadtrathes und Gemeinderathes ist eine Anzahl neuer Objecte, die in der Einzelaufführung nicht enthalten waren, ebenfalls zur Pflasterung bestimmt worden. Ich erlaube mir daher, namens des Stadtrathes die Bitte zu stellen, zu dieser Rubrik einen Zuschusscredit im Betrage von 120.000 fl. zu bewilligen.

(Während dieser Rede hat Vice-Bürgermeister Dr. Richter den Vorsitz übernommen.)

Gem.-Rath Steiner: Meine sehr geehrten Herren! Heute haben wir wieder das schöne Schauspiel, dass wir einen Nachtragscredit von 120.000 fl. zur Erhaltung ungepflasterter und gepflasterter Straßen bewilligen müssen, richtiger gesagt, bewilligen sollen, weil ich und zwar aus folgenden Gründen dagegen stimmen werde. Ich habe hier zu wiederholtenmalen über die viel zu große Verwendung von Arbeitern in den einzelnen Bezirken draußen gesprochen; bedauerlicherweise aber wurde von Seite des geehrten Präsidiums eine Abhilfe noch nicht geschaffen. Ich bin daher gezwungen, heute die Sache neuerlich hier zu besprechen, um vielleicht doch bedeutende Ersparnisse bei der Straßenerhaltung zu erzielen. Ich habe mir erlaubt, bei der Budgetdebatte darauf hinzuweisen, dass viel zu viel Arbeiter in Verwendung sind; leider ist nicht viel geschehen.

Ich erlaube mir zu bemerken, dass vor der Einverleibung der Vororte mit Wien in der ehemaligen Gemeinde Ober-Döbling von Seite der Gemeinde 18 Taglöhner verwendet wurden, von Seite des Bezirks-Straßenausschusses 5 Arbeiter, das ist in Summa 23, jetzt seit der Einverleibung sind 56 Arbeiter in Verwendung. Ich erlaube mir darauf hinzuweisen, dass in der ehemaligen Gemeinde Grinzing

vor der Einverleibung der Vororte ein Taglöhner von Seite der Gemeinde und zwei Arbeiter von Seite des Bezirks-Straßenausschusses auf den Straßen arbeiteten, seit der Einverleibung der Vororte sind durchschnittlich sechs, mitunter auch acht Arbeiter in Verwendung. Ich kann Ähnliches von sämmtlichen Gemeinden anführen, dies würde aber zu weit führen. Eines muss ich aber doch noch besprechen. Gelegentlich des Verkaufes des berühmten Steinriegels in dem Steinbruche von Djörup habe ich darauf hingewiesen, dass auf einer kurzen Straße, welche von dem Ausgange der Berggasse in Grinzing bis zu dem Steinbruche führt, welche vielleicht einige hundert Meter lang ist, und worauf niemand anderer verkehrt, als die Steinwagen des Hof-Steinmetzmeisters Hauser und des Herrn Djörup, vier bis sieben Taglöhner seit November 1893 jahraus jahrein in Verwendung stehen. Diese Straße benützt sonst niemand.

Ich habe gelegentlich der Abhaltung der Commission, welche vom Herrn Dr. Rechansky im Stadtrathe beantragt worden ist, dort gesehen, dass der Schotter, welcher vom Herrn Hof-Steinmetzmeister nach grundbücherlicher Vorschrift zu liefern wäre, eigentlich gar kein Schotter, sondern ein schlechter Schutt ist und mitunter in so großen Stücken geliefert wird, dass er von Taglöhnern zerschlagen werden muss und daher theuerer zu stehen kommt als der Schotter, der vom Contrahenten bezogen wird. Ich habe bei dieser Commission den Herrn Amtsleiter gleich darauf aufmerksam gemacht, und bei dem Pflichteifer des Herrn Amtsleiters des XIX. Bezirkes zweifle ich gar nicht, dass derselbe einen Bericht an den Bezirksvorsteher des XIX. Bezirkes gemacht hat, worin er um Abstellung dieses Übelstandes bittet.

Ich bin ferner der Meinung, dass, wenn auf dieser Straße niemand verkehrt als die Wagen des Steinmetzmeisters Hauser, dieser auch verpflichtet wäre, diese Straße zu erhalten. So viel Steuer zahlt Herr Hauser für diesen Steinbruch gar nicht, dass man jahraus jahrein vier bis sieben Taglöhner hinstellen kann; das wird mir jeder der geehrten Anwesenden zugeben.

Was in dieser Sache geschehen ist, weiß ich nicht, ich glaube aber, dass der Amtsleiter an den Bezirksvorsteher des XIX. Bezirkes berichtet haben wird; aber nachdem die Thätigkeit des Bezirksvorstehers im XIX. Bezirke täglich nur eine halbe Stunde dauert und es schon ein Glück ist, wenn man ihn telephonisch in der Kanzlei aufrufen kann, so weiß ich nicht, was geschehen ist. Das ist aber schade, weil der Bezirksvorsteher des XIX. Bezirkes sich um den kolossal ausgedehnten Bezirk nicht kümmert. Das ist einfach der Grund. Der Herr Bürgermeister soll den Bezirksvorsteher aufmerksam machen, dass er die Straßen und Taglöhner und überhaupt alles zu controlieren hat.

Bezüglich des Schotters habe ich unzähligemale darauf hingewiesen — es ist zwar jetzt eine strengere Controle eingetreten — dass es mir schon längere Zeit bekannt war, dass der von der Übernahms-Commission zurückgewiesene Schotter einfach in einen anderen Bezirkstheil verführt wird, wo ich ihn nicht finden soll. Nun habe ich ein ganzes Jahr gewartet und endlich sind sie mir doch ins Garn gerannt. Am Hirschberg in Ober-Döbling wurden vergangene Woche von Seite des Bauamtes von den 27 Haufen Schotter 16 zurückgewiesen. Diese 16 wurden dann im Auftrage des Contrahenten auf die Straße gegen das Kahlenbergerdorf und auch in die Barawitzkagasse geführt. Ich habe davon die Anzeige an den Herrn Magistratsleiter gemacht, und er dürfte den Bericht hereingesendet haben, und ich erlaube mir gleich heute an die Herren Stadträthe die Bitte zu richten, rücksichtslos vorzugehen, nicht wie es im Stadtrathe Usus ist. So referierte zum Beispiele Herr St.-R. Müller heuer am 6. September in der Stadtraths-Sitzung, dass ein Anstreichermeister in Währing nicht contractmäßig arbeite, und mit Beschluss des Stadtrathes wurden ihm die städtischen Arbeiten entzogen und in der Sitzung vom 9. November unter Zahl 8908 wurden Sie demselben Contrahenten, welcher nicht vertragsmäßig arbeitet, vom Stadtrathe wieder zugewiesen. (Rufe: Hört!) Da wird der Schwindel nie aufhören.

Derselbe Referent, der am 6. September jemanden von den städtischen Arbeiten ausschließt, beantragt seine Zulassung zu den städtischen Arbeiten zwei Monate später. So kommen Sie auf keinen grünen Zweig. Was wird dem Contrahenten jetzt geschehen? Ich werde die Sache scharf im Auge behalten. Es ist ein Passus in seinem Vertrage, wonach die Gemeinde berechtigt ist, auf seine Kosten besseren Schotter sich liefern zu lassen. Qualitätmäßiger Schotter wurde noch nicht geliefert, daher ist der Contrahent einfach von der städtischen Lieferung auszuschließen. Wenn der Herr Referent oder jemand sagt, ja, das Bauamt! Sie werden sich erinnern, als über das Geld-zum-Fenster-hinauswerfen in der Neustiftgasse gesprochen wurde, da ist von Seite des Bauamtes ein Bericht eingelangt, den ich zwar nicht kritisieren will, weil ich glaube, dass das Bauamt etwas vorsichtiger sein soll mit solchen Berichten, denen die Absicht zugrunde liegt, den Gemeinderath zum besten zu halten. Ich erkläre noch einmal, dass ich dasjenige, was ich gesagt habe, aufrechthalte und dass das Bauamt die Schuld trifft, dass die Neustiftgasse heute in einem nicht fahrbaren Zustande ist, trotzdem dort circa 20.000 fl. hineingegraben sein sollen.

Was die gepflasterten Straßen betrifft, so habe ich Folgendes zu erwähnen: Es wird durch den Contrahenten, welcher die Wasserleitungsrohre legt, das Pflaster provisorisch hineingelegt. Ich erlaube mir, darauf aufmerksam zu machen, dass derselbe die Verpflichtung besitzt, das Pflaster binnen zwei Jahren in tadellosem Zustande zu übergeben.

Es wird aber wieder die Straße zur Umpflasterung gelangen und der betreffende Contrahent wird vielleicht wieder durchrutschen bei der ganzen Geschichte. Da soll man schärfer auf die Finger sehen, damit er seinen Verpflichtungen nachkommt.

Bezüglich der Arbeiter habe ich mich geäußert. Da gestatten Sie mir eines. Sonntag vormittags gieng ich selbst Schotter suchen, weil ich einige Steinriegel hinter dem Krapfenwaldl entdeckt habe, deren Qualität vorzüglich sein soll. Da haben die Taglöhner ganz oben am Berge auf dem Feldwege, welcher zum Krapfenwaldl führt, im heurigen Jahre das Laub auf einen Haufen zusammengeführt, und dieser soll vom Contrahenten für Koth verführt werden. Das, Herr Bürgermeister, werden Sie zugeben, ist auch nicht am Platze.

Ich bin für die Reinigung der Straßen, aber wenn man Laub zusammenkehrt, soll man es auf der Ringstraße thun, da hat es einen Sinn, bei uns im Gebirge aber bezahlt die Gemeinde die Taglöhner, und diese warten förmlich, bis das Laub von den Bäumen fällt, um dasselbe zusammenzukehren.

Das ist einfach lächerlich, und das Geld ist hinausgeworfen. Ich bitte nochmals den Herrn Bürgermeister, den Bezirksvorsteher des XIX. Bezirkes an seine Pflicht zu erinnern und strenge Con-

trole zu üben, damit nicht die Steuerträger in der empfindlichsten Weise geschädigt werden.

Gem.-Rath Gregorig: Es bleibt mir nach den Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Steiner wenig zu sagen übrig. Hier steht wohl ausdrücklich, dass 120.000 fl. nur für die Erhaltung der Pflasterung bestimmt sind. Ich weiß nicht, ob das richtig ist. (Referent: Ja wohl!) Das ist noch schöner. Wie muss in Wien gearbeitet werden, wenn man 120.000 fl. auf Flickereien ausgibt? Erst in der letzten Sitzung hat man beschlossen, dass in Meidling eine Straße statt mit altem Materiale mit neuen Steinen gepflastert werde. Das ist wieder eine Straße, in die niemand hineinkommt, in der aber vielleicht eine Bezirks- oder Parteigröße ihre Häuser besitzt.

Schauen Sie sich einmal die ausgebesserten Straßen an. Im vorigen Jahre habe ich bezüglich der Kaiserstraße am Neubau constatiert, dass die Flickkosten doppelt so viel ausmachen, als die Kosten einer neuen Pflasterung betragen würden. Es werden Löcher hineingegraben, dass es eine Schande ist. Es bleiben kolossale Fugen, über die Mist geschüttet wird. Die Straße wird ein Kothmeer, und das nennt man Straßenausbesserung! Früher gab es nur kleine Löcher, sogenannte Schlaglöcher, jetzt sind sie schon so groß, dass die Pferde hineinfallen. Das ist eine Wirtschaft, von der man eigentlich gar nicht mehr sprechen kann. Die ganze Wirtschaft heute ist kopflos. Alle Ihre Lieferanten sind Ihre Parteigenossen; über die trauen Sie sich nicht. Wenn Sie über die kommen, so bleiben sie bei der Wahl aus und mit Ihrer Herrlichkeit ist es zu Ende. Die können machen, was sie wollen, es geschieht ihnen nichts. Handelt es sich um eine große Gesellschaft, so gibt sie für die Wahlen das Geld her. Handelt es sich um kleine Leute, so treiben Sie die Arbeiter und andere Lieferanten zur Wahl hin. Darum haben wir heute eine solche Wirtschaft. Wenn das noch längere Zeit so fortgeht, dann haben wir keine Straßen und gar nichts mehr. Niemand traut sich, etwas zu sagen. (Gelächter rechts.) Ob die Herren drüben auch lachen, Sie wissen dies doch recht gut, aber Sie trauen sich nicht, es zu sagen. Überall ist das so, die Spatzen pfeifen es schon am Dache und ich werde daher gegen diese Summe, welche geradezu horrend und ganz ungerecht ist, entschieden stimmen.

Gem.-Rath Eigner: Sehr geehrte Herren! Diese Summe von 120.000 fl. ist offenbar ein Nachtragscredit. Im Budget für 1894 wurde ohnehin schon für jeden Bezirk, vom I. bis XIX., eine gewisse Summe ausgeworfen, und diese Summe ist vollständig verschwunden. Wenn Sie die jetzige Summe durch 19 dividieren, so kommen auf jeden Bezirk 6316 fl. Nachtragscredit. Ich glaube, man sollte bei diesen Umpflasterungen und Manipulationen, die vorgenommen werden — sie mögen ja wirklich zweckmäßig sein und nothwendig erscheinen — vorsichtig sein. Aber hie und da geschehen Sachen, die wirklich nicht nothwendig sind, und da kann man sagen, dass das Geld beim Fenster hinausgeworfen wird. Wenn auch betreffs der Pflasterungen der Bezirks-Ingenieur oder Straßenaufseher wegen Mangels an Sand und Schotter, wegen schlechtem Sand, wegen der nicht richtigen Höhe der Sand- und Schotterschichte und verschiedener anderer Übelstände, die da wahrgenommen werden, Anzeige macht, was geschieht dann? Dieser Ingenieur oder Straßenaufseher stellt die Arbeit ein, oder sagt: „Wenn Sie das nicht so machen, kann ich Sie nicht fortarbeiten lassen!" Dann geht der Pflasterermeister ganz einfach zum Bauamte herein, lässt eine Commission, bestehend aus einem Oberingenieur oder Baurathe, hinauskommen, was natürlich große Auslagen verursacht, die doch gezahlt werden müssen, weil die Herren natürlich ja nicht umsonst hinausgehen; und schließlich hat der Ingenieur oder Straßenaufseher unrecht und der Pflasterer hat recht. Dann muss doch einem solchen Ingenieur oder Straßenaufseher jeder Muth, dem Pflasterermeister eine Ausstellung zu machen, schwinden. Er traut sich dann nicht mehr, ihm etwas zu sagen. Denn, wenn er ihm etwas sagt und die Übelstände auch wirklich bestehen, so sagen doch die Vorgesetzten: „Nein, die Sache ist doch ganz gut".

Solche Übelstände, wie sie hier geschildert wurden, kommen nicht in einem einzelnen Bezirke vor, sie finden sich fast in jedem Bezirke, und so ist es auch mit den Schotterlieferungen, über die schon so viele Worte gesprochen worden sind. Das nützt aber alles nichts. Wenn der Ingenieur oder Bezirksausschuss etwas beanständet, so lässt sich der Lieferant vom Stadtbauamte eine Commission anordnen, die sich wohl auch an Ort und Stelle begibt — aber der Schotter wird wiederum übernommen.

So muss einem jeden, ob er nun gewählt ist oder ein Amt bekleidet, der Muth genommen werden, darüber zu sprechen oder ein Gutachten diesbezüglich abzugeben, ob die Lieferung gut oder schlecht bewerkstelligt worden ist.

Diese Zustände müssen verschwinden. Wenn ein Ingenieur oder Straßenaufseher etwas bemängelt, so muss man ihm rechtgeben; und wenn man das nicht thut, so sollte der Ingenieur oder Aufseher einfach sagen, sie sollen machen, was sie wollen.

Wenn ein Wachmann jemanden auf der Straße arretiert, wird der Commissär in den seltensten Fällen sagen: „Sie, Wachmann, haben unrecht", sondern er wird sagen: „Sie haben recht". Er wird vielleicht in manchen Fällen ihm unter vier Augen sagen: „Sie hätten in dem und dem Falle anders handeln sollen", aber auch das wird er nicht vor dem, den der Wachmann eingebracht hat, sagen. Nie aber wird er in Gegenwart desselben sagen: „Sie haben unrecht".

Das wird er nicht thun; aber da kommt es vor, dass man an Ort und Stelle gleich sagt: „Sie haben nicht recht, die Arbeit ist gut und solid ausgeführt". Das führt zu keinem guten Resultate. Das macht die Ingenieure und die anderen Organe in ihrer Thätigkeit lau; sie thun nichts mehr, sie denken sich, der Betreffende soll machen und liefern, was er will. Die Herren müssen das Recht haben, die Lieferung zurückstellen zu können und wenn die Oberaufsicht kommt und sich herausstellt, dass die Leute ihrer Pflicht nicht nachgekommen sind, müssen sie aufreißen und umpflastern oder das gelieferte Material wegführen. Dann werden die Lieferanten sich überlegen, so einen Schund zu liefern.

Ich empfehle meine Anregung dem Herrn Bürgermeister; aus vollstem Gewissen kann ich sagen, dass es die reine Wahrheit ist, und dass es an Ort und Stelle überall vorkommt.

Gem.-Rath Jedlička: Ich muss geradezu staunen, dass man heute an uns mit einem Nachtragscredite von 120.000 fl. herantritt für Pflasterungen. Mit den Pflasterungen ist es eine eigenthümliche Sache. Damit werden die Bezirke zweimal beschenkt. Vor zwei oder drei Jahren sind in das Präliminare 18.000 fl. aufgenommen worden für die Pflasterung der Weinberggasse, aber geschehen ist nichts. Im vorjährigen Budget ist diese Pflasterung wieder beschlossen worden. Endlich wurde gepflastert. Dasselbe ist heute wieder mit der Martinsstraße der Fall. Dafür wurde ein Betrag von 40.000 fl. bewilligt und jetzt fängt man unten bei

der Czermakgasse zu arbeiten an, oben aber geschieht noch nichts. Damals ist die eine Gasse nicht gemacht worden, und heuer wird die Martinsstraße nicht gemacht, folglich sind die Gelder, die dazu bewilligt wurden, nicht ausgegeben worden und es ist schon ein Deficit. Hier ist über jeden Übergang referiert worden. Unser Ingenieur lamentiert, er habe für die Übergänge keine Steine und kein Pflaster. Wo kommt das Pflaster hin? Trägt jeder Stadtrath ein Pflaster davon? (Heiterkeit links.) Wenn man 120.000 fl. ausgibt, ohne den Gemeinderath zu fragen, so ist das eine Übertretung der Geschäftsordnung, eine Überschreitung der Rechte des Bürgermeisters und des ganzen Stadtrathes. Beim Budget wird wegen 5000 fl. gesprochen und der ganze Gemeinderath muss sie beschließen. Hier werden aber 120.000 fl. verlangt und wir wissen nicht, wozu. Es wäre vielleicht auch nöthig, dass die Herren ein wenig auf den Schotter schauen. Gehen Sie in die Vororte und schauen Sie, wie die Grundsteine, das sind nämlich die Steine unter dem Schotter, ausschauen. Wenn der Commune geklagt wird, dass auf den Straßen nichts geschieht, so werden Taglöhner ausgeschickt; die graben einen Stein aus, zerklopfen ihn sauber und das Pflaster ist fertig. In anderen Gassen wird der Schotter fein zerschlagen und damit wird die Straße bestreut. Das kommt mir so vor, als ob arme Leute einen Guglhupf machen und ihn statt mit Zucker mit Mehl bestreuen wollten. Es geschieht eben, meine Herren, auf den Plätzen, wo etwas geschehen soll, nichts, und auf anderen wird mit dem Gelde herumgeschmissen. 120.000 fl. wurden ausgegeben, ohne den Gemeinderath gefragt zu haben. Das ist eine Überschreitung der Rechte des Bürgermeisters und Stadtrathes. Ich stimme daher gegen den Betrag.

Referent: Ich erlaube mir auf die Bemerkung des Herrn Gem.-Rathes Steiner, dass ein Anstreichermeister vom Stadtrathe von der Arbeit entfernt und nach zwei Monaten wieder zur Arbeit zugelassen wurde, anzuführen, dass die Ausschließung dieses betreffenden Anstreichermeisters am 6. September 1893 geschehen ist und die Zulassung am 9. November 1894 erfolgte; es war also ein Zwischenraum von vierzehn und nicht von zwei Monaten, also ist das ein gewaltiger Unterschied. Ich bemerke weiters, dass nachgewiesen worden ist, dass der Betreffende, welchem das Malheur bei seinen Arbeiten an der Schule in Währing geschehen ist, seine Arbeiten, die ihm im Amtshause im XIX. Bezirke und in noch einem Schulhause übertragen worden waren, nicht nur vorzüglich und tadellos, sondern zur vollkommenen Zufriedenheit durchgeführt hat und, wie es in dem betreffenden Referate heißt, sogar belobt worden ist.

Daraus ist zu ersehen, dass der Betreffende die Mahnung, die ihm der Stadtrath zukommen ließ, sich gewiss angelegen sein lässt, um die Arbeiten ordentlich herzustellen. Ich glaube nicht, dass der Stadtrath dazu da ist, um Leute, denen ein Malheur passiert ist, überhaupt auszuschließen und dadurch vielleicht Geschäftsleute zu ruinieren.

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren, ich muss eine kleine Ansicht von mir heute ändern. Die Bevölkerung hat sie bereits längst: nämlich, dass im Stadtrathe die Juristen für die Bevölkerung nicht so gefährlich sind wie die Techniker. Da sehen Sie den Fall. Das sage ich Ihnen offen: wie kann ein Fachmann so etwas vertheidigen? Ich appelliere an Sie. Ich habe selbst die Schule in der Anastasius Grüngasse in Währing durch Wochen controliert. Statt eines zweimaligen Anstriches ist nur ein einmaliger geschehen. Der Bericht des Stadtbauamtes, der dem Herrn Bürgermeister vorgelegt worden ist, sagt, dass ein zweimaliger Anstrich stattgefunden hat. Ich appelliere an die Fachmänner: wenn einmal lasiert ist, lässt sich das nicht mehr constatieren. Es war auch nichts gekittet, man musste die ganze Schule machen. Wenn sich der Bericht des Bauamtes auf das Amtshaus im XIX. Bezirke bezieht, Herr College Müller, dann gestatten Sie mir zu sagen, dass ich derjenige war, der vom Beginne an die Arbeiten controliert hat, der auch den betreffenden Ingenieur beaufsichtigt hat, so dass Musterthüren hergestellt worden sind, sonst wäre das auch nicht geschehen. Der Stadtrath hat durch sein Vorgehen seine Pflicht verletzt. Ich sage es öffentlich, jemand, der die Gemeinde übervortheilt, der nicht vertragsmäßig liefert, der kann kein Vertrauen mehr genießen und muss ausgeschlossen werden.

In welche Lage kommt der betreffende Bauamts-Ingenieur, wenn ich hinterher komme und eine Anzeige erstatte; es wird der Herr Bürgermeister in der unangenehmen Lage sein, gegen ihn eine Disciplinaruntersuchung einleiten zu müssen. Der Mann kann oft nichts dafür, weil er drei, vier Bauten zu beaufsichtigen hat, das ist zweifellos. Aber wir haben ein Recht, zu fordern, dass die Arbeiten pflichtgemäß und vertragsmäßig durchgeführt werden. Wenn dies im Stadtrathe nicht so behandelt wird, ist es sehr traurig.

Gem.-Rath Frauenberger: Es wäre gewiss sehr interessant, in dieser Angelegenheit einen Vertreter des Bauamtes zu hören. Es sind gegen das Bauamt schwere Anklagen erhoben worden und ich sehe, dass ein Vertreter des Bauamtes heute nicht hier ist. Meine Herren! Ich mache darauf aufmerksam, dass das in der Folge nicht angehen darf. Wenn solche Referate erstattet werden, muss vom betreffenden Amte jemand hier sein, welcher in der Lage ist, sofort antworten zu können. An der Spitze der Straßenpflasterung steht Baurath Schiebek, und ich glaube, er sollte heute hier sein. Es ist das jener Baurath, welcher auch in der Straßenreinigung eine Rolle spielt und daher bin ich vorsichtig — ich will mich des weiteren hier nicht aussprechen — und verlange, dass der Baurath Schiebek über diese Angelegenheit hier Auskunft gebe. Wenn er selbst im Hause nicht anwesend ist, so möge ein anderer Vertreter des Bauamtes hieher kommen und uns Aufklärung geben. Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Es ist richtig, dass der betreffende Anstreichermeister am 6. September 1893 von den städtischen Arbeiten ausgeschlossen wurde, aber es muss beigefügt werden, dass dieser Beschluss des Stadtrathes nicht etwa über Antrag eines Opponenten, eines Anhängers der scharfen Partei gefasst wurde, sondern, dass dieser Beschluss vom Stadtrathe gefasst wurde über Anregung des Vice-Bürgermeisters Dr. Richter und über Antrag des damaligen Referenten, des Herrn Gem.-Rathes Müller. Wenn diese beiden Herren den Antrag auf Ausschließung eines Contrahenten stellen, so werden Sie sich doch wohl denken können, dass der betreffende Contrahent seine Pflicht gewiss nicht erfüllt hat, denn sonst hätten die beiden Herren gewiss nicht einen solchen Antrag gestellt. Dass der betreffende Meister, nachdem das geschehen, nachdem er so überwacht worden ist, eine spätere Arbeit gut hergestellt haben mag, das will ich nicht bezweifeln. Das ist aber nicht sein Verdienst, sondern das ist das Verdienst jenes fleißigen Gemeinderathes, der ordentlich controliert. (Zwischenrufe rechts.) Und wenn Sie fragen, mit welchem Rechte ein Gemeinderath controliert, so erkläre ich Ihnen, er controliert mit dem Rechte eines ehrlichen Mannes, der will,

dass die Gemeinde nicht geschädigt werde. (So ist es! links.) Nun ist es ja richtig, dass erst im heurigen Jahre dieser Beschluss wieder zurückgenommen wurde, und zwar, wenn ich nicht irre, am 8. November d. J. Die betreffende Zurücknahme ist nicht einstimmig erfolgt, sondern mit einer sehr geringen Mehrheit. Es waren acht dagegen und neun oder zehn dafür. Ich habe den Herren Collegen im Stadtrathe ausdrücklich gesagt, dass eine solche Handhabung der Geschäfte nur zur Discreditierung der Beschlüsse des Stadtrathes nothwendigerweise führen muss. (So ist es! links.) Es geht durchaus nicht an, dass man einen Geschäftsmann am 6. November 1893 ausschließt und ihn heuer wieder als zulässig zur Lieferung öffentlicher Arbeiten für die Gemeinde erklärt.

Das ist ein Vorgang, der entschieden missbilligt werden muss, und ich freue mich, dass diese Sache hier öffentlich zur Sprache gebracht worden ist. Der Stadtrath darf nicht in solcher Weise mit seinen eigenen Beschlüssen umspringen, wenn er Achtung in der Bevölkerung erringen will. Das zur Klarstellung der ganzen Sache.

Gem.-Rath Hawranek: Zuerst muss ich den Herren Collegen Frauenberger dahin berichtigen, dass niemand hier das Stadtbauamt angegriffen und dem Ingenieur schuld gegeben hat, sondern Herr Gem.-Rath Eigner verlangt, dass auf die Worte des Ingenieurs oder Straßenaufsehers etwas mehr gegeben werde, und dass nicht in Gegenwart des Contrahenten ihm gesagt werde, derselbe liefere seine Sache ordentlich.

Nun muss ich noch auf die früheren Sectionen zurückkommen. Das ist nie vorgekommen, wenn ein Contrahent einmal ausgeschlossen worden ist, dass er je einmal wieder eine Arbeit bei der Commune bekommen hat. Es ist bedauerlich, dass Herr St.-R. Müller als Gewerbetreibender überhaupt einen solchen Antrag stellt.

Bürgermeister: Ich möchte nur eine ganz kurze Bemerkung gegenüber dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger machen. Wie es öfters vorkommt, so ist auch heute im Laufe der Debatte von einem Gegenstande auf einen anderen übergegangen worden. Es ist das wohl im Wege einer Ideenassociation geschehen, aber Thatsache ist, dass nicht mehr von dem Zuschusscredite für Straßenreparaturen die Rede ist, sondern von dem Anstriche in einem Schul- oder Amtshause u. s. w., von dem Ausschlusse eines Anstreicher-Contrahenten und Wiederverleihung von Arbeiten an denselben. Was soll nun Herr Baurath Schiebek, der Straßenreferent ist, wenn er vorgeladen wird, über die Anstreicherarbeit sagen? Ich kann es Ihnen im vorhinein mittheilen. Er wird sagen, dass er davon absolut nichts weiß. Ich möchte also freundlichst bitten, nachdem das Referat dringend ist und einige Straßenausbesserungen noch heuer gemacht werden müssen, dass Sie die Güte haben, heute in die Beschlussfassung einzugehen, und den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger abzulehnen.

Gem.-Rath Becker: Sie wissen, dass ich mich nur selten zum Worte melde. Ich hätte es auch jetzt nicht gethan, wenn nicht Herr Dr. Rechansky immerfort sein Klampfl dazugegeben hätte. Ich möchte den Herrn Doctor fragen: Wer hat ein Recht auf Aufsicht? Er als Jurist kann keine Antwort darauf geben. Dieses Recht kann nur der Gemeinderath haben. Es wäre gut, wenn er die geschmacklosen Reden, die er hier hält, unterlassen würde. (Lebhafte Heiterkeit links. — Widerspruch rechts.)

Was die 120.000 fl. anbelangt, so sagt man, das ist keine so große Summe. Ich begreife ja das; denn wie geht es hier zu? Es wird geschottert, dann wird gewalzt, es gehen sechs Pferde drei bis vier Tage auf der Straße herum. Dann wird canalisiert, es wird der Schotter aufgerissen, dann wird wieder gepflastert. Hierauf kommt wieder die Wasserleitung, da wird wieder das Pflaster aufgerissen, es wird canalisiert und wieder gepflastert. Dann kommt die Gasleitung; da wird wieder das Pflaster aufgerissen, die Gasrohre werden hineingelegt und die betreffenden Straßen werden wieder gepflastert. Von der Legung der elektrischen Leitungen spreche ich gar nicht, denn das geht mehr auf Kosten der betreffenden Elektricitäts-Gesellschaften. Da wundern Sie sich, meine Herren, dass dafür 120.000 fl. verlangt werden? Ich werde nicht dafür stimmen, so gut wie meine Gesinnungsgenossen; aber den Herrn Dr. Rechansky möchte ich bitten, dass er in solchen Dingen mit seinen Reden etwas vorsichtiger sein möge.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich habe einige Worte auf die Bemerkung des Herrn Bürgermeisters zu sagen. Es fällt mir durchaus nicht ein, den Herrn Baurath Schiebek hier sprechen zu hören, etwa deswegen, dass er vielleicht über Tischlerarbeiten oder über Anstreicherarbeiten Auskunft gebe; dass er davon nichts versteht, davon bin ich auch überzeugt. (Heiterkeit.) Aber mir handelt es sich um etwas anderes.

Es heißt hier im Referate: Bewilligung eines Zuschusscredites von 120.000 fl. zur Rubrik XXII 1 a „Currente Erhaltung des Pflasters". Nun werden hier im Gemeinderathe Stimmen laut, dass diese Summe eine sehr hohe ist. Wenn man bedenkt, dass wir alle Jahre das Pflaster-Präliminare festsetzen, muss eine solche Summe, wenn sie verlangt wird, gewiss als eine sehr hohe bezeichnet werden. Wenn nun im Gemeinderathe Stimmen laut werden, welche eine Aufklärung über die Verwendung eines so hohen Betrages wünschen, so muss der Chef des betreffenden Amtes hier sein und muss dem Gemeinderathe diese Aufklärung geben können, und wenn er nicht selbst hier ist, muss ein Vertreter von ihm da sein, denn, wenn wir hier eine Aufklärung wünschen, müssen wir sie bekommen, sonst können wir nicht richtig abstimmen.

Ich mache auf etwas anderes aufmerksam. Die Herren vom Stadtrathe können leicht lachen, sie wissen davon, sie haben es im Stadtrathe durchberathen ... (Gem.-Rath Dr. Lueger: Wir wissen noch nichts! — Heiterkeit.) Vielleicht! Vielleicht haben Sie sich dem Antrage des Referenten angeschlossen, weil immer das das einfachste und billigste ist, man braucht nicht zu denken, sondern sagt einfach: Ich schließe mich dem Antrage des Stadtrathes oder Magistrates an. Vielleicht ist es auch in diesem Falle geschehen. (Zustimmung links.) Aber wir Gemeinderäthe, die wir doch eine große Verantwortung zu tragen haben, wollen wissen, warum dieser Zuschusscredit bis zu dieser Höhe verlangt wird, und daher habe ich recht, wenn ich beantrage: Es werde der Baurath Schiebek, der Chef dieses Amtes, vorgeladen, um uns Auskunft zu geben. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlusswort.

Referent: Der erste Redner in der Debatte hat über eine Angelegenheit gesprochen, welche eigentlich mit dem Referate nichts zu thun hat. Er hat gesprochen von den Arbeiten für die Erhaltung der ungepflasterten Straßen, Verwendung von Schotter u. dgl. Das wird der Gegenstand des Referates meines Nach-

folgers sein, welcher, wie ich glaube, für die Erhaltung der unge pflasterten Straßen ebenfalls um einen Zuschusscredit zu bitten hat. Auf die Pflasterung hat dies keinen directen Bezug gehabt.

Dann möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass eine Überschreitung der ganzen Rubrik XXII 1 höchstwahrscheinlich nicht eintreten wird.

Ich habe schon auseinandergesetzt, dass diese Rubrik aus drei Sub-Rubriken, a b und c, besteht; a sind currente Erhaltung des Pflasters, also sammt den Reparaturen derjenigen Pflasterungen, welche sich ereignen, wenn ein Haus umgebaut, eine Straße verbreitert wird u. dgl., das sind nicht bloß Flickereien, und endlich diejenigen Pflasterungen, welche im Pflaster-Präliminare, wo die einzelnen Objecte nominativ aufgeführt sind, nicht enthalten waren, die über Beschluss des Gemeinderathes oder nach der Competenz über Beschluss des Stadtrathes vom Gemeinderathe beschlossen worden sind. Die Gesammtrubrik wird höchstwahrscheinlich unter dem präliminierten Betrage zurückbleiben. Nachdem wir aber — und das ist ein großer Vorzug unserer Budgets — Revirements in unserem Budget nicht kennen, und Ersparnisse, die bei Rubrik 1 b höchstwahrscheinlich erzielt werden, nicht dazu verwenden dürfen, um Mehrausgaben in der Rubrik 1 a wett zu machen, so müssen wir mit solchen Beträgen um einen Zuschusscredit an den Gemeinderath kommen.

Sehen Sie, bei den Pflasterungen regnet es Wünsche. Jeder hat einen Wunsch und will Gassen besser gepflastert haben, und wenn meine Wenigkeit herkommt und sagt, die Sache kostet so viel, bitte, bewilligen Sie das, so wird ein Vorwurf gemacht.

Was den Antrag des Herrn Collegen Frauenberger betrifft, so hat sich der Herr Bürgermeister darüber ausgesprochen. Wenn das zur Übung werden sollte, so müssten wir beständig eine große Anzahl von Beamten consigniert halten, weil wir nicht wissen können, welcher Gegenstand hier zur Verhandlung kommt, oder weil — wie es sich heute gezeigt hat — von einem Gegenstande zu einem ganz fernliegenden abgeschweift wird; wir müssten die Zahl der Magistratsräthe und Bauräthe um fünf bis sechs vermehren, das kostet sehr viel Geld.

Endlich ist für alle neunzehn Bezirke der Betrag von 120.000 fl. bei den großen Anforderungen, welche von Seite der Bevölkerung gestellt werden, gar kein hoher, und die Herren werden höchstwahrscheinlich beim nächsten Präliminare gleich im voraus einen Betrag bestimmen müssen, welcher diesem Betrage ungefähr gleichkommt.

Aus diesen Gründen bitte ich, wenn Sie nicht wollen, dass die Arbeiten, welche noch nicht alle beendigt sind, sistiert werden sollen, den Betrag zu bewilligen.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Sehr verehrter Herr Vorsitzender! Ich bin der Meinung, dass Sie nicht rechtgethan haben, die Debatte für geschlossen zu erklären.

Es ist der Antrag gestellt worden, ein Organ des Stadtbauamtes zu vernehmen. Über diesen Antrag muss nach meiner Ansicht früher abgestimmt werden, denn es geht nicht an, jetzt einen solchen Beschluss zu fassen, weil wir dann nichts mehr reden könnten. Wir könnten nur mehr das Organ des Stadtbauamtes hören. Meine Meinung geht dahin, dass über einen solchen Zwischen-Antrag sofort im Laufe der Debatte zu entscheiden ist und dann erst die Debatte geschlossen werden kann. Es ist nicht anders möglich, sonst — der Herr Vorsitzende wird mir rechtgeben — ist dem Gemeinderathe die Möglichkeit der Debatte über Auskünfte, welche das betreffende Organ gibt, geradezu genommen. Das liegt gewiss nicht in der Tendenz der Geschäftsordnung. Ich bitte, diese Bemerkung nicht so sehr als für jetzt, denn für die Zukunft gemacht aufzufassen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich glaube, dass der Herr Redner mit seiner Bemerkung vom Standpunkte der bestehenden Geschäftsordnung nicht recht hat. Wenn das, was der Herr Redner meint, hätte eintreten sollen, dann hätte der Herr Gem.-Rath Frauenberger, nachdem er die Motivierung vorausgeschickt hat, beantragen müssen, das Referat sei zu vertagen. Über den Vertagungs-Antrag ist sofort abzustimmen. Statt dessen hat er den Antrag gestellt, es sei in der vorliegenden Angelegenheit ein Vertreter des Bauamtes zu vernehmen zum Zwecke näherer Aufklärung, zunächst Herr Baurath Schiebek, eventuell ein Stellvertreter. Das ist nichts anderes, als eine motivierte Vertagung. Es kann daher der Antrag nicht anders erledigt werden, als indem er vor dem Referenten-Antrage zur Abstimmung gebracht wird. Wenn er angenommen wird, wird einfach die Einvernehmung der betreffenden Persönlichkeiten das nächstemal erfolgen, anders kann die Sache nicht gemacht werden.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Der verstorbene Bürgermeister Dr. Prix war gewiss nicht sanft in der Auslegung der Geschäftsordnung und dennoch könnte ich dem Herrn Vorsitzenden aus dem Protokolle nachweisen, dass er, wenn ein solcher Antrag gestellt worden ist, immer sofort den Gemeinderath über diesen Antrag befragt hat. Das war die Übung des verstorbenen Herrn Dr. Prix und ich würde bitten, dass der Herr Dr. Richter den Herrn Dr. Prix nicht „überprixen" möge.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte den Herrn Redner, den § 11 der Geschäftsordnung zurathe zu ziehen. Dieser spricht davon, dass über Verfügung des Bürgermeisters Mitglieder des Gremiums des Magistrates zur Auskunftsertheilung vor dem Gemeinderathe zu erscheinen haben, und es wurde früher offenbar mit Rücksicht auf diese discretionäre Gewalt die Abstimmung in gewissen Fällen beliebt, um zu constatieren, ob die Versammlung darauf eingehen wolle, jemanden noch zu hören oder nicht. Das wird also hier auch seinen Ausdruck finden und ich glaube, dass der Gemeinderath in seinen Entschließungen durchaus nicht beengt wird.

Die Herren kennen die Anträge des Herrn Referenten. Herr Gem.-Rath Frauenberger wünscht die Vertagung der Verhandlungen zu dem Zwecke der Beiziehung eines Vertreters des Stadtbauamtes zur Ertheilung näherer Aufklärungen. Ich bitte, diejenigen Herren, welche mit dem Vertagungs-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) Abgelehnt. Ich bringe nun den Referenten-Antrag zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Herren, welche mit demselben einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Zur Rubrik XXII 1 a „Currente Erhaltung des Pflasters" wird ein Zuschusscredit von 120.000 fl. bewilligt.

20. (8959.) **Referent Bürgermeister Dr. Grübl:** Ich habe die Ehre, namens des Stadtrathes über eine an das hohe Abgeordnetenhaus zu richtende Petition in Angelegenheit der Approvisionierung Wiens Bericht zu erstatten. Der Anlass zu dieser Petition ist einerseits die stetige Vertheuerung des Fleisches auf dem Central-Viehmarkte sowie in den Detailgeschäften; andererseits liegt er in den Verhandlungen, welche im volkswirtschaft-

lichen Ausschusse des Abgeordnetenhauses über diesen Gegenstand geführt worden sind, insbesondere in dem Referate, das in dieser Angelegenheit von dem Herrn Reichsraths-Abgeordneten Proskowetz erstattet worden ist. Die Verhandlungen über diesen Gegenstand haben sich nach zwei Richtungen bewegt.

Zunächst haben sich diese Verhandlungen auf die Frage bezogen: Ist der Viehstand in der österreichisch-ungarischen Monarchie ein solcher, dass in Zukunft auf eine ausreichende Beschickung des Wiener Marktes und der anderen Märkte Österreichs gerechnet werden kann? Wenn diese Frage aufgeworfen wird, so muss man dabei in Betracht ziehen, dass die Auftriebe auf dem Wiener Markte, insbesondere was die Qualität betrifft, in einem fortwährenden Zurückgehen begriffen sind, dass die Wiener Geschäftsleute nicht imstande sind, in gleicher Weise wie früher sich mit Fleisch, beziehungsweise mit Thieren erster Qualität zu versehen, und dass sie infolge dessen seit geraumer Zeit gezwungen sind, ihren Bedarf nicht am Wiener Markte, sondern außerhalb desselben in Stallungen zu decken. Es kommt dabei weiter in Betracht, dass es anerkannt ist, dass der Export aus der österreichisch-ungarischen Monarchie nach Deutschland und nach der Schweiz stetig zunimmt, dass er in diesem Jahre ungeahnte Dimensionen angenommen hat. Darüber bestehen statistische Erhebungen bis zum heutigen Tage. Ich glaube, es ist nicht nothwendig, auf diese Ziffern einzugehen, nachdem dieselben ja wiederholt genannt und nicht bestritten worden sind. Es ist die Frage, ob, wenn das so fortgeht, es fernerhin möglich sein wird, noch einen ausreichenden Vorrath von Thieren in der österreichisch-ungarischen Monarchie zu finden. Von hervorragenden Landwirten wird die Befürchtung ausgesprochen, dass bei den heutigen Exportverhältnissen es nicht möglich sein werde, den künftigen Bedürfnissen des Reiches zu genügen.

Es wird behauptet, dass bei dem großen Export, der derzeit stattfindet, sehr viele Landwirte sozusagen nicht die Zinsen, die Früchte ihrer Thierzucht, verkaufen, sondern auch schon das Capital.

Es kommt weiter in Betracht, dass wir gewiss nicht in der Lage sind, die Bedürfnisse des Auslandes, wie sie sich in der nächsten Zeit herausstellen werden, zu kennen, so dass niemand in der Lage sein wird, zu beurtheilen, wie groß die Ansprüche des Auslandes an die österreichisch-ungarische Monarchie sein werden und wie groß sich der Export weiter gestalten wird. Wir haben geglaubt, dass es unter solchen Umständen unsere Pflicht ist, die hohe Regierung darauf aufmerksam zu machen, dass bei der Fortdauer eines solchen Verhältnisses sehr schwere Verlegenheiten für die Bevölkerung überhaupt und für den Wiener Markt speciell eintreten können. (Sehr richtig!) Es kann dahin kommen, dass aus der heutigen Fleischtheuerung geradezu ein Thiermangel sich entwickelt. Es ist ja begreiflich, wenn die Landwirtschaft den Export als ein Glück, als einen wünschenswerten Zustand ansieht, weil durch diese Erscheinung die Handelsbilanz Österreichs wesentlich verbessert wird. Allein, es kann durch eine solche Entwicklung der Verhältnisse eine schwere Gefahr für die österreichische Bevölkerung entstehen. Es kann dahin kommen, dass wir nicht in der Lage sind, den Bedürfnissen der consumierenden Bevölkerung zu entsprechen. (Sehr gut!) Das ist der eine Theil der Frage.

Wenn wir uns nun überlegen, was wir in dieser Richtung thun können, so kommen wir zu dem Schlusse, dass die hohe Regierung auf diese Erscheinung aufmerksam gemacht und ersucht werden muss, mit allen ihr zugebote stehenden Mitteln alles aufzuwenden, um die österreichische Viehzucht zu heben, um dem Bauer, der in der Lage wäre, Thiere zu züchten, weil er Futter hat, Vorschüsse zu geben, damit er sich Einstellvieh kaufen kann, um dasselbe aufzuziehen.

Es kann sich aber, wenn sich herausstellen sollte, dass der Viehstand Österreichs infolge des großen Exportes, infolge der weitgehenden Inanspruchnahme des inländischen Marktes zurückgegangen ist, die Nothwendigkeit ergeben, auch das Ausland in Anspruch zu nehmen. Wenn dabei auf Rumänien verwiesen wird, so geschieht das deswegen, weil seinerzeit aus Rumänien ein sehr großer und wertvoller Import nach Österreich stattgefunden hat. Ein solcher Hinweis auf Rumänien ist durchaus nicht unpatriotisch. (Sehr richtig!) Es ist uns allen gewiss sehr lieb und wir legen den größten Wert darauf, dass, insolange es möglich ist, die Bedürfnisse aus der österreichisch-ungarischen Monarchie bedeckt werden und dass nur dann aufs Ausland gegriffen werde, wenn es absolut nothwendig ist. Wenn wir wünschen, dass eventuell an Rumänien herangetreten werde, so geschieht das selbstverständlich nur mit dem Vorbehalte und in der Voraussetzung, dass bei den Verhandlungen mit diesem Lande auch die Interessen Österreichs in entsprechender Weise gewahrt werden. Wir sind aber eben der Ansicht, dass das bei solchen Verhandlungen auch möglich wäre. (Beifall.)

Der zweite Theil der Verhandlungen, welche aus diesem Anlasse geführt worden sind, bezieht sich auf den Zustand der Approvisionierungsanstalten in Wien und in den übrigen Städten. In dieser Richtung ist es unmöglich, dass wir uns heute in alle Details unserer Approvisionierungsanstalten einlassen.

Soviel, glaube ich aber, kann ich im Namen der Gemeinde aussprechen, dass der Gemeinderath überall dort, wo sich Übelstände herausstellen oder wo wir aufmerksam gemacht werden, dass dieses oder jenes besser gemacht werden kann, mit Vergnügen bereit sein wird, die Frage zu studieren und überall dort zu verbessern, wo es möglich und wünschenswert ist. In dieser Richtung haben wir ja jederzeit den Anregungen, welche gemacht worden sind, mit Vergnügen Folge geleistet. (Widerspruch links.) Meine Herren, ich bitte, mich dann zu widerlegen. — In dieser Richtung kann nur die Bereitwilligkeit ausgesprochen werden, dass überall dort, wo sich das als wünschenswert herausstellt, die nothwendigen Reformen durchgeführt werden. Aber das eine glaube ich schon heute sagen zu können, dass so manches, was heute als Übelstand bezeichnet wird, vor Jahren als anstrebenswerter Zustand bezeichnet wurde, und dass über manches, was heute als anstrebenswert, als Ideal bezeichnet wird, eine andere Meinung sich bilden wird, wenn die Sache in Wirklichkeit durchgeführt worden ist.

Ich glaube damit vorläufig die Petition, deren Überreichung ich zu beantragen die Ehre habe, begründet zu haben. Es ist in dieser Petition auf die Auftriebsverhältnisse auf dem Wiener Viehmarkte hingewiesen. Es ist dieser Hinweis mit sehr zahlreichen statistischen Belegen ausgestattet, und es sind die Vorwürfe, die Abgeordneter Ritter v. Proskowetz gegen die Approvisionierungsverhältnisse und -Anstalten in Wien erhoben hat, entschieden zurückgewiesen. Ich glaube überhaupt, dass mit solchen einfachen, allgemeinen Bemerkungen, wie: die Approvisionierungs-Anstalten sind desolat — gar nichts gethan ist. (Zustimmung.) Man kann das nehmen, wie man will; besser wird die Sache sicher nicht. Wenn man an den Approvisionierungs-Anstalten Kritik üben will, muss man es im einzelnen thun, muss sagen, was vom Übel ist, und sich äußern, wie man sich die Verbesserung der Sache vorstellt.

Ich erlaube mir die Anfrage, ob Sie wünschen, dass die Petition vorgelesen wird, oder ob Sie einverstanden sind, dass bloß das Petitum derselben vorgelesen werde. (Rufe: Petition!) Also die ganze Petition. (Liest:)

„Hohes Abgeordnetenhaus!

Der Herr Reichsraths-Abgeordnete Ritter v. Proskowetz hat gelegentlich seines über die Petitionen von Fleischhauer-Genossenschaften um Aufhebung der Grenzsperre gegen Rumänien im volkswirtschaftlichen Ausschusse des hohen Reichsrathes erstatteten Referates sich in abfälliger Weise über die Approvisionierung der Stadt Wien ausgesprochen, indem er die Verhältnisse daselbst als „desolate" hinstellt.

Die Gemeindevertretung der Stadt Wien sieht sich deshalb veranlasst, die ihr bei diesem Anlasse gemachten Vorwürfe entschieden zurückzuweisen und den vom Herrn Abgeordneten Ritter v. Proskowetz diesfalls ausgesprochenen Anschauungen entgegenzutreten. Der Herr Abgeordnete Ritter v. Proskowetz constatiert mit Genugthuung, dass sich seit 1. Jänner 1882 die Rindviehzucht und Rindfleischproduction namentlich in Österreich in erfreulicher Weise sowohl quantitativ als qualitativ, wenn auch langsam, so doch stetig progressiv fast in den meisten Kronländern gehoben habe.

Zur Klarstellung des Sachverhaltes wird Folgendes bemerkt: Vergleicht man die Resultate der Viehzählungen in den Jahren 1880 und 1890, so ergibt sich, dass der Rindviehstand in Cisleithanien innerhalb dieser zehnjährigen Periode von 8,584.077 Stück auf 8,643.936 Stück Rinder gestiegen ist, sonach sich um 59.859 Stück vermehrt hat. Ob dies ein zufriedenstellendes Resultat genannt werden kann, muss der allgemeinen Beurtheilung überlassen werden. Bei dieser Beurtheilung darf jedoch nicht außeracht gelassen werden, dass die Bevölkerung in diesen Ländern von 22,144.244 nach dem Stande vom 31. December 1880 auf 23.895.413 nach dem Stande vom 31. December 1890, demnach um circa 1,751.169 Köpfe gestiegen ist, welcher Zunahme der Bevölkerung der Zuwachs von 59.859 Stück Rindvieh absolut nicht entspricht.

Fasst man jedoch den Rindviehstand der einzelnen Kronländer näher ins Auge, so zeigt sich, dass der Rindviehstand in den Ländern Nieder- und Oberösterreich, Salzburg, Kärnten, Küstenland, Tirol und Vorarlberg, Böhmen, Mähren, Schlesien und Bukowina zurückgegangen ist, und sich nur in Steiermark, Krain, Galizien und Dalmatien, also keineswegs in den meisten Kronländern etwas vermehrt hat, wobei nicht übersehen werden darf, dass die unbedeutende Vermehrung des Rindviehes in Krain und Dalmatien für die Wiener Approvisionierung ganz belanglos ist. Dagegen fällt der Ausfall in Böhmen, Mähren, Schlesien, Nieder- und Oberösterreich deshalb ins Gewicht, weil diese Länder dem Markte viel weniger Vieh zuführen, als in früheren Jahren.

Im heurigen Jahre — in den letzten und allerletzten Monaten — sind sogar Käufer aus Böhmen, Mähren und Oberösterreich &c. auf diesem Markte erschienen und haben demselben wöchentlich viele hundert Rinder, darunter Böhmen allein von Mitte Juni bis Mitte September wöchentlich 400 bis 500, ja selbst bis 700 Stück entzogen. (Hört! Hört!)

Der Rückgang der Viehproduction hat denn auch auf die Auftriebe auf dem Wiener Markte einen nachtheiligen Einfluss geübt. Auf demselben sind nämlich

im Jahre 1889	265.641 Stück
„ „ 1890	264.864 „
„ „ 1891	249.309 „
„ „ 1892	231.206 „
„ „ 1893	235.994 „

Schlachtvieh aufgetrieben worden, es ist mithin der Auftrieb seit dem Jahre 1889 — von 265.000 auf 235.000 — um circa 30.000 Stück zurückgegangen.

In den vorerwähnten Auftriebsziffern ist auch das sogenannte Beinlvieh enthalten, dessen Zahl im Jahre 1893 nicht weniger als 46.730 Stück betrug, welche Viehgattung nur zur Wurstfabrication verwendet wird. Diesem Rückgange in der Viehzufuhr zum Wiener Markte steht jedoch eine Vermehrung der Bevölkerung Wiens von 1,364.548 Personen im Jahre 1890, auf 1,450.657 Personen im Jahre 1893 gegenüber, wodurch das Missverhältnis sich nur noch ungünstiger gestaltet.

Was aber besonders betont werden muss, ist, dass schon seit einigen Jahren die Qualität der zu Markte gebrachten Mastrinder in der Mehrzahl den Anforderungen der Käufer nicht entspricht. Für die Fleischapprovisionierung Wiens waren bisher vorwiegend die Schlachtviehzutriebe aus den Provinzen Galizien, Bukowina und aus Ungarn maßgebend.

Galizien hat nun dem Wiener Markte

im Jahre 1889	55.033 Stück
„ „ 1890	46 547 „
„ „ 1891	50.879 „
„ „ 1892	31.863 „
„ „ 1893	41.075 „

Schlachtvieh zugeführt, und es hat auch die Rindfleischzufuhr aus diesem Lande, welche

im Jahre 1889	2,727.670 kg
„ „ 1890	2,506.832 „
„ „ 1891	2,203.562 „
„ „ 1892	1,765.784 „
„ „ 1893	1,972.378 „

betrug, abgenommen.

Aus der Provinz Bukowina gelangten im Jahre 1886 noch 16.669 Stück Schlachtvieh auf den Wiener Markt, im Jahre 1893 aber nur 9.922 Stück.

Besonders auffällig ist der stete Rückgang in den Schlachtviehzufuhren aus Ungarn.

Es betrug nämlich die Zahl der von dort auf den Viehmarkt St. Marx zugeführten Rinder

im Jahre 1890	163.232 Stück
„ „ 1891	139.806 „
„ „ 1892	133.731 „
„ „ 1893 dagegen . . .	110.082 „

daher seit dem Jahre 1890 ein Ausfall von 53.000 Stück zu verzeichnen ist. Die Hauptursache des Rindviehmangels bildet der sehr lebhafte Export inländischen Viehes nach Deutschland und der Schweiz. Diese Ausfuhr betrug im I. Semester 1894 nicht weniger als 84.345 Stück, worunter sich 36.489 Ochsen befanden, während in der gleichen Periode des Jahres 1893 nur 17.318 Rinder, darunter 8490 Ochsen, zur Ausfuhr gelangten; diese Rinder, zumeist von bester Qualität, wären unter anderen Verhältnissen der Mehrzahl nach auf den Wiener Markt gebracht worden. Bei der Fortdauer der Viehausfuhr nach Deutschland und der Schweiz ist nun die Besorgnis nur zu begründet, dass die Zufuhr von

qualitätsmäßigem Schlachtvieh auf dem Wiener Markte sich noch bedeutend verminderte und die in der Fleischapprovisionierung Wiens geschaffenen schwierigen Verhältnisse sich noch weiter verschärfen werden.

Bei dieser Sachlage erscheint daher die Forderung nach Erschließung neuer Bezugsquellen für Rindvieh mehr denn je begründet, und muss dieselbe mit allem Nachdrucke erneuert werden, um der Bevölkerung die nothwendige Fleischnahrung zu sichern.

Der Abgeordnete Ritter v. Proskowetz beklagt, dass auch die Schaffleischzucht im Verfalle begriffen ist, und gibt als Gründe hiefür an, dass der Schaffleischconsum in Österreich, namentlich in Wien unbegreiflicherweise im Gegensatz zur Richtung des Consums in Frankreich, England und Deutschland geradezu verpönt ist. Die Anregung, dass die Bevölkerung Wiens auch dem Schaffleischconsum sich zuwende, wurde schon seinerzeit nach der Grenzsperre gegen Russland und Rumänien von anderer Seite gemacht; allein es steht nicht in der Macht der Gemeinde Wien, die Bevölkerung zum regelmäßigen Consum des Schaffleisches, welches ja in den Fleischverkaufsstellen zu bekommen ist, zu verhalten. Warum in Wien wenig Schaffleisch consumiert wird, hat seinen Grund darin, dass der Mehrzahl der Bevölkerung der Geschmack desselben weniger zusagt und dieselbe das gekochte Rindfleisch wegen der Suppe vorzieht. Dem Arbeiter und selbst auch dem Mittelstande ist das gekochte Rindfleisch mit Suppe und einer Zuspeise das beliebteste und auch das billigste Nahrungsmittel.

Der Abgeordnete Ritter v. Proskowetz hat die ämtlichen Ausweise über die aus Rumänien zum Wiener Schlachtviehmarkte zugeführten Rinder vorgelegt, nach welchen diesem Markte innerhalb neun Jahren, nämlich vom Jahre 1874 bis zum Jahre 1882 (dem Beginne der Grenzsperre) 68.946 Stück Ochsen, das ist pro Jahr 7660⁶/₉ Stück zugeführt wurden. Auf diese Ziffer gründet er seine Behauptung, dass der Einfuhr aus Rumänien keineswegs jene Bedeutung zukomme, welche ihr beigelegt werde, und glaubt bewiesen zu haben, dass der Ruf nach Eröffnung der rumänischen Grenze lediglich eine Mystification des Publicums bedeute. (Ruf links: Großartig!) Zunächst übersieht hiebei der Herr Abgeordnete, dass der damalige Import von rumänischen Rindern nach St. Marx vom Jahre 1874 bis 1881 eine stetige Zunahme aufweist und sich von 5158 Stück Ochsen im Jahre 1874 auf 11.279 Stück im Jahre 1881 erhöht hat.

Weiters muss darauf hingewiesen werden, dass Herr v. Proskowetz in seine Durchschnittsberechnung auch das Jahr 1882 noch einbezieht, in welchem nur mehr 97 Contumazochsen auf den Wiener Contumazmarkt gelangten.

Noch auffälliger ist, dass Ritter v. Proskowetz lediglich mit den Ziffern des nach Wien importierten rumänischen Viehes rechnet, während ihm doch bekannt sein muss, dass in dem direct nach Wien importierten rumänischen Vieh noch tausende von dieser Provenienz nach Österreich-Ungarn importiert wurden, um als Einstellvieh in die Mastanstalten eingestellt zu werden, von wo sie schließlich als Mastvieh auf den hiesigen Markt gelangten. (Sehr richtig! rechts.) Diesfalls wird darauf hingewiesen, dass:

im Jahre 1871	19.463	Stück
„ „ 1872	30.699	„
„ „ 1873	43.392	„
„ „ 1874	31.857	„
„ „ 1875	26.111	„
„ „ 1876	44.920	„
im Jahre 1877	41.061	Stück
„ „ 1878	16.235	„
„ „ 1879	24.780	„
„ „ 1880	16.824	„
„ „ 1881	15.056	„

Rinder nach Österreich-Ungarn eingeführt wurden. Diese Ziffern haben übrigens für die Gegenwart überhaupt gar keine Bedeutung, denn gegenwärtig handelt es sich lediglich um die Frage, ob Rumänien mit Rücksicht auf den Stand der dortigen Veterinärpolizei für den Viehimport nach Österreich-Ungarn in Betracht kommen kann, und im bejahenden Falle, wie die Viehstandverhältnisse dort beschaffen sind, so dass man im Falle der Eröffnung der Grenze für die Vieheinfuhr aus Rumänien auf einen Rindviehimport auch rechnen kann. Um diese Frage zu studieren, hat die Gemeinde kürzlich zwei städtische Thierärzte nach Rumänien entsendet, deren Bericht, welcher in der Anlage mitfolgt, dahin lautet, dass die veterinären Verhältnisse in Rumänien derart befriedigende sind, dass man dieses Land als für den Viehexport befähigt, bezeichnen kann. Aber auch die Viehstandsverhältnisse in Rumänien werden von den städtischen Thierärzten als günstige bezeichnet. Im Jahre 1892 betrug nämlich der Rindviehstand Rumäniens 2,520.380 Rinder, darunter 1,250.590 Ochsen, und sind in den 48 Brennereien, welche durch die Organe der Gemeinde Wien zum Theile in Augenschein genommen worden sind, nach glaubwürdigen Privatmittheilungen 15- bis 26.000 Stück pro Jahr zur Mast eingestellt, worunter sich kein Viehstück unter 600 kg Lebendgewicht befindet. Selbstverständlich sind auch die obigen Ziffern für die Zukunft nicht maßgebend, weil es außer Zweifel steht, dass, wenn für einen bestimmten Zeitpunkt die Eröffnung der Grenze für die Vieheinfuhr zugesichert wird, die dortige Viehproduction einen sehr lebhaften Aufschwung nehmen wird. Wenn auf den Einlass von rumänischen Rindern nach Österreich hingewiesen wird, so geschieht dies nicht in der Absicht, die Action der hohen Regierung in Bezug auf die Herbeiführung einer Zollvereinigung mit Rumänien irgendwie zu stören.

Der Wiener Platz hat durch die Absperrung der rumänischen Grenze gegen österreichische Industrieartikel empfindliche Verluste erlitten (Sehr richtig! rechts), und das von Seite der Gemeinde Wien gestellte Ersuchen, rumänischen Rindern den Übertritt in österreichisches Consumtionsgebiet zu gestatten, kann daher nur dahin verstanden werden, dass Rumänien für Zugeständnisse, welche seitens der österreichischen Regierung in Bezug auf Import von Rindern gemacht werden, gleichwertige Concessionen in Bezug auf den Import von österreichischen Industrieartikeln macht. (Beifall rechts.)

Abgeordneter Ritter v. Proskowetz empfiehlt als Mittel zur Abhilfe des Rindermangels die Schlachtviehzufuhr aus Bosnien.

Wenn auch zugegeben werden muss, dass es sich empfiehlt, die Zufuhr von bosnischem Vieh nach Wien zu unterstützen, so überschätzt Herr v. Proskowetz, nach hierortiger Ansicht, vorläufig den Wert und die Bedeutung des bosnischen Viehes für den Wiener Markt um ein Bedeutendes, denn diese Rinder sind von sehr kleiner Race (Rufe rechts: Katzen!) und nur wenig gemästet, sind der Mehrzahl nach unter das Beinlvieh einzureihen und sind hier nur wenig begehrt, so dass der aus den nachfolgenden Ziffern ersichtliche Rückgang des Auftriebes solcher Thiere erklärlich wird.

Es wurden aufgetrieben:

Jahr	Mastvieh	Weidevieh	Beinlvieh	Summe	Durchschnittszahl pro Woche	Durchschnittszahl der Mastthiere pro Woche
1892	761	1104	3618	5483	$105\frac{23}{52}$	$14\frac{33}{52}$
1893	208	725	13 3	2286	$43\frac{50}{52}$	4
1894 bis 1. Nov.	105	1337	2344	3786	$88\frac{2}{43}$	$2\frac{19}{43}$

Selbst jene wenigen Rinder, die unter das Mastvieh eingereiht werden, haben nur ein Gewicht von höchstens 300 kg per Stück und können daher mit Mastvieh anderer Provenienz gar nicht in Vergleich gezogen werden.

Der genannte Herr Abgeordnete hat weiters gefunden, dass die Fleischconsumfrage in Budapest in zufriedenstellender Weise gelöst ist, während dies in Wien nicht der Fall ist. Wenn in Budapest die Fleischpreise sich nominell niedriger stellen, so ist damit gar nichts bewiesen, weil es hiebei auf die Qualität und Verkaufsmodalitäten der verschiedenen Sorten des zum Verkaufe gelangenden Fleisches ankommt. (Sehr richtig! rechts.)

Gegen die weiteren Vorschläge des Herrn Berichterstatters des volkswirtschaftlichen Ausschusses: „die Marktordnung für den Central-Viehmarkt und die Satzungen der Wiener Vieh- und Fleischmarktcassa sind einer Revision zu unterziehen", wird vom Standpunkte der Gemeinde keine Einwendung erhoben. Es ist jedoch zu bemerken, dass diese Marktordnung gegen den Willen der Gemeinde von der hohen Regierung erlassen worden ist (So ist es! rechts); sowie, dass die hohe k. k. Regierung die Geschäfte der Vieh- und Fleischmarktcassa der allgemeinen Depositenbank übertragen hat, wobei der städtischen Marktbehörde auf die Geschäftsführung der Vieh- und Fleischmarktcassa keinerlei Ingerenz eingeräumt worden ist. (So ist es! rechts.)

Der Vorschlag, dass den Fleischzufuhren nach Wien die größte Obsorge zugewendet, und behufs rationeller Organisierung von Fleischzügen, die mit Hilfe der Eisenbahnverwaltungen in Anspruch genommen werden soll, ist sicherlich im Interesse der Approvisionierung Wiens gelegen, und hat die Gemeindeverwaltung im Laufe der Jahre sich mit dieser Angelegenheit oftmals beschäftigt, um namentlich die Fleischzufuhr aus Galizien zu verbessern. (So ist es! rechts.)

Der weitere Antrag: „Die Fleischzufuhren sollen von den Abgabsorten nur in geschlossenen Wagen als volle Waggonladungen abgefertigt werden", wird namentlich in Galizien, wo ein Ansammeln der Fleischwaren von Station zu Station stattfindet, nicht durchführbar sein.

Auf die Errichtung von Schlachthäusern in den Provinzen nahe den Bahnstationen besitzt die Gemeinde Wien gar keinen Einfluss.

Die Errichtung von Großschlächtereien in Wien durch Geschäftsleute hat die Gemeindeverwaltung schon seit Decennien als zweckmäßig und förderlich erkannt; es sind jedoch bisher solche Unternehmungen nicht zustande gekommen. Es zeigen sich wohl einige Anläufe; zu einer Entwicklung im großen Stile ist es aber bis jetzt nicht gekommen.

Alle diese und andere Vorschläge, welche Herr Abgeordneter Ritter v. Proskowetz gemacht hat, sind jedoch nicht geeignet, dem wichtigsten und in erster Linie maßgebenden Übelstande, d. i. dem jetzt notorisch bestehenden Mangel von Schlachtvieh guter Qualität abzuhelfen und die Viehzufuhr auf den Wiener Markt ausreichend zu vermehren.

Wenn die Percentrechnung auf diesem Viehmarkte als Unfug bezeichnet wird, der raschest abgestellt werden soll, und wenn weiters verlangt wird, dass der Viehhandel nur nach Lebendgewicht stattzufinden habe, so wird darauf entgegnet, dass nach § 22 der Marktordnung für den Central-Viehmarkt vom 3. September 1883 der Verkauf nach Lebendgewicht mit und ohne Percentabzug, nach Stück (auf dem Fuße), nach Schlachtgewicht und nach Probeschlachtung gestattet ist, und dass diese Marktordnung ohne Zustimmung der Gemeinde Wien von der hohen k. k. Regierung erlassen wurde (So ist es! rechts), sowie, dass für den Verkauf nach Schlachtgewicht, sowie mit Probeschlachtung ohnedies eine behördlich erlassene Schlachtungsvorschrift besteht.

Gegenüber den Vorschlägen des Herrn Berichterstatters in Bezug auf den Viehtransport und Hebung der einheimischen Viehzucht 2c. 2c. wird darauf hingewiesen, dass der Gemeinderath der Stadt Wien in seiner Sitzung vom 20. Februar 1891 beschlossen hat:

a) Der Viehtransport habe in Expresszügen zu geschehen;

b) bezüglich der Haftung beim Viehtransporte sei eine Reform der Vorschriften wünschenswert;

c) die Eisenbahnen seien zu verhalten, eine genügende Menge geeigneter Waggons zur Verfügung zu stellen;

d) für ausgezeichnete Viehzuchten sollen von Zeit zu Zeit Prämien an kleine Viehzüchter zur Anspornung vertheilt werden;

e) die k. k. Regierung wolle dahin wirken, dass in den einzelnen Kronländern landwirtschaftliche Casinos und Vorschusscassen gebildet werden, um den kleinen Viehzüchter zu unterstützen.

Diese Beschlüsse wurden dem hohen k. k. Ministerium des Innern mit dem Berichte vom 10. März 1891, Z. 71571, mit der Bitte um wohlwollende Erwägung und Berücksichtigung derselben zur Kenntnis gebracht.

Die Einschränkung des massenhaften Schlachtens von Kälbern ist wohl kein Mittel, welches sofort Abhilfe schaffen könnte; immerhin muss aber die Abstellung dieses Übelstandes mit allem Ernste angestrebt werden. Die Marktbehörde ist allerdings nicht in der Lage, hierauf Einfluss zu nehmen, und es soll hier nur constatiert werden, dass in der Großmarkthalle im Jahre 1893 68.000 kg unreifes Kalbfleisch, meist galizischer Provenienz, confisciert und vertilgt werden musste (Rufe: Hört!), eine Thatsache, welche beweist, in welch irrationeller Weise in Österreich die Viehzucht betrieben wird. Diesfalls soll übrigens noch hinzugefügt werden, dass in letzter Zeit selbst trächtige Kühe und Schweine auf dem Wiener Markte zum Zwecke der Schlachtung aufgetrieben wurden.

Was endlich den Antrag des Herrn Ritter v. Proskowetz, dass eine den Bedürfnissen der Haupt- und Residenzstadt entsprechende Central-Markthalle nebst vielen anderen Detailmarkthallen in allen Bezirken, wie auch eine eigene Fischhalle schon in nächster Zeit erbaut werden, betrifft, so beschäftigt sich die Gemeinde Wien ohnehin mit der Regelung des Marktwesens, wie sie durch die Vereinigung der Vororte mit Wien und durch die geänderten Verhältnisse geboten erscheint. Insbesondere steht die Erbauung einer Großmarkthalle mit einer Kühlhalle in Verhandlung.

Die Frage der Erbauung einer Großmarkthalle, sowie einer Fischhalle steht jedoch mit der Ausgestaltung der Verkehrsanlagen im Zusammenhange und kann nur mit diesen gelöst werden. Die Gemeinde Wien hält als geeignete Maßnahmen, um die Approvisionierung der Bevölkerung mit Fleisch zu für dieselbe erschwinglichen Preisen zu ermöglichen, Nachstehendes für nothwendig:

1. Die Hebung der einheimischen Viehzucht durch Gewährung hinreichender Vorschüsse, Prämien rc. seitens des Reiches an Viehzüchter;

2. da auf eine genügende Beschickung des Wiener Central-Viehmarktes mit qualitätsmäßigem Rindvieh bei dem andauernden und bedeutenden Export von Rindern nach dem Auslande nicht gerechnet werden kann, die Eröffnung ausländischer Productionsgebiete, eventuell der rumänischen Grenze für den Viehimport direct nach Wien;

3. Die möglichste Förderung des Fleischimportes aus dem In- und Auslande, auch aus Australien und anderen überseeischen Ländern.

Indem die Gemeinde Wien schließlich die ergebene Bitte stellt, diesen Sachverhalt geneigtest zur Kenntnis zu nehmen und bei der Beschlussfassung über die von den Fleischhauer-Genossenschaften überreichten Petitionen, betreffend die Wiedereröffnung der Grenzen Rumäniens für die Vieheinfuhr — selbstverständlich unter Wahrung aller Interessen der Monarchie gegenüber diesem Lande — berücksichtigen zu wollen, erlaubt sie sich die weitere Bitte, diese Petition auch dem volkswirtschaftlichen Ausschusse des hohen Reichsrathes zur Kenntnis zu bringen." (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Hawranek: Meine Herren! Wie der Wiener Fleischhauerverein die Versammlung beim Schwender einberufen hat, hat er an alle Gemeinderäthe und Reichsraths-Abgeordnete die Einladung ergehen lassen, aber es waren sehr wenige dort, vielleicht fünf bis sechs Gemeinderäthe, darunter auch meine Wenigkeit, und ich habe damals aufmerksam zugehört. Meine Herren! Es wird vielfach den Fleischhauern in die Schuhe geschoben, dass sie Unbilliges verlangen. Nun, soweit ich die Fleischhauer kenne, haben sie nie gejammert, sie waren conträr immer stolz auf ihr Gewerbe und haben es nie kennen lassen, dass sie überhaupt Noth leiden. Nachdem sie aber jetzt anfangen, zu lamentieren und in so trauriger Lage sich befinden und alle die Ursachen angeben, so muss es doch wahr sein und man muss etwas darauf geben. Bedenken Sie, was das Fleischhauergewerbe für eine Steuer zahlt! Nun, es wird Verschiedenes angerathen: Kühlräume, Schlachthäuser rc., meine Herren, ich glaube, wir brauchen keine Schlachthäuser an den Grenzen, wir brauchen kein stinkendes Fleisch, sondern lebendes Vieh, und ich glaube, es sollte der Herr Bürgermeister mit allem Nachdrucke darauf hinwirken — es steht das noch nicht in der Petition, was ich meine — dass von der Regierung ein Ausfuhrverbot für Ochsen ergehen solle. (Zwischenruf: Das gibt's nicht!) Es heißt immer: dass Herr Ritter v. Proskowetz gesagt habe, das gäbe nichts aus, wenn man die rumänische Grenze aufmacht. Das wird doch nothwendig sein, und man kann probieren, ob das ausgibt oder nicht. Wenn es nicht ausgibt, muss man verlangen, dass die Ochsenausfuhr verboten wird. Denn zuerst muss die Familie selbst etwas essen, bevor sie einer anderen hungrigen Familie etwas gibt. Also wir sind uns viel lieber, als das Ausland. Nun aber, meine Herren, wird alles nichts nützen, wenn sie auch die eine Grenze zusperren und die andere aufmachen, dass die Ochsen herein kommen; solange jüdische Zwischenhändler am Central-Viehmarkte fungieren, wird das Fleisch nie billiger. Es wird immer etwas hervorgesucht und immer sind es nur Juden, die das Geld einheimsen und es hat sich niemand getraut . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte den Herrn Redner, mit diesen abgebrauchten Sachen aufzuhören. (Widerspruch links.)

Gem.-Rath Hawranek: Herr Bürgermeister, ich bitte, mich nicht zu unterbrechen. Ich habe jetzt das Wort. (Oho-Rufe rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich muss sehr bitten, ich habe nicht nur das Recht, sondern unter Umständen auch die Pflicht, Sie zu unterbrechen. Ich habe das Recht dazu, und im Interesse einer ungestörten Debatte, die gerade bei dieser Gelegenheit, wie ich glaube, sehr nothtut, möchte ich bitten, alle solche Ausfälle zu unterlassen.

Gem.-Rath Hawranek (fortfahrend): Es ist merkwürdig, sobald man auf die richtige Ursache kommt, dann wird gleich das Wort entzogen und wird dreingeredet. Nun, wir wissen das alle, auch die Fleischhauer, wenn sie auch liberal sind, wissen, wo der Schuh sie drückt. Als der Herr Abgeordnete Schneider sich zum Worte gemeldet hat, ist er gebeten worden, nur nicht über die Juden zu sprechen. Er hat Wort gehalten; er hat nur über das Großcapital gesprochen. Natürlich, es versteht sich von selbst, wer das Großcapital repräsentiert. Die Christen haben kein Großcapital. Also, solange als jüdische Commissionäre am Central-Viehmarkte existieren, wird das Fleisch nie billiger, mögen Sie thun, was Sie wollen, und wir sind verpflichtet, unseren Steuerträgern gutes, billiges Fleisch zukommen zu lassen.

Es sind beantragt Kühlräume und Großschlächtereien auf den Grenzen. Zu was nützt das? Das wird vielleicht zwölf Millionen Gulden kosten, das schmeißt man hinaus, und die nehmen wieder den Schab, das Geld dem Steuerträger. Es heißt: Es kommt viel Gold herein von Deutschland, wenn die Ochsen hinausgehen. Wer kriegt das Gold? Wieder nur ein paar Juden, wieder Juden, und ich glaube, der Bürgermeister der christlichen Haupt- und Residenzstadt Wien, als solcher christlicher Bürgermeister, sollte lieber ein paar Hausknechte nehmen oder draußen die Schlachtaufseher mit Stöcken versehen und soll die jüdischen Zwischenhändler hinausjagen. (Widerspruch rechts. — Rufe links: Recht hat er! — Rufe rechts: Nein! — Rufe links: Hinaus mit den Juden! — Unruhe rechts. — Rufe links: Ruhig Juden!) Es ist genug daran, wenn eine Wampe 115 kg Dreck hat und der Blinddarm 86kg. Das hätten Sie sich sollen ansehen, wenn Ihnen das nicht recht ist; Dr. Stern, da hätten Sie vielleicht anders geredet. Wer überfüttert das? Wieder die Juden!

Nun ist es sehr wahr, es ist sehr viel auf dem Central-Viehmarkte zu regeln. Wir haben auch seinerzeit gegen die Verzehrungssteuer innerhalb Wiens protestiert. Es ist ein Unsinn, wenn die Verzehrungssteuer innerhalb Wiens ist. Wien geht bis Schwechat, und den Markt erklärte man außerhalb der Verzehrungssteuer, der Fleischhauer soll sich selbst sein Vieh versteuern. Es läßt sich die Sache wieder beim Verkaufe regulieren, die Verzehrungssteuer kann wieder draufgeschlagen werden, aber Sie ersparen den Fleischhauern sehr viel Zeit, wenn der jetzige Modus geändert wird. Denken Sie sich ein paar Viehmäster, die 50, 100, 200, 500 Ochsen auf den Markt bringen, da geht nur einer zur Cassa und versteuert, während da 200 Fleischhauer participieren

die müssen sich anstellen, warten und die Zeit vergeuden. Also das ist ein großer Übelstand.

Ich habe nicht viel mehr zu sagen — ich werde wieder etwas vergessen haben, natürlich — (Heiterkeit links), aber so viel kann ich nur sagen, dass die Übelstände bestehen, und es nützt alles nichts, wir müssen einmal tabula rasa machen mit der jüdischen Wirtschaft; es nützt nichts; so lange die Juden in Wien Lebensmittel zu verkaufen haben, wird alles vertheuert, und die Leute werden vergiftet auch noch dazu. (Beifall links. — Lebhafter Widerspruch rechts. — Gem.-Rath Dr. Friedjung: Ordnungsruf! — Gelächter links.)

Gem.-Rath Dr. Scholz: Da durch die Debatte eine Verbesserung der Petition nicht stattfinden wird, stelle ich den Antrag auf Schluss der Debatte. (Lebhafter Widerspruch, Lärm und Rufe links: Schämen Sie sich!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Schluss der Debatte beantragt; ich bitte die Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht. — Rufe links: Minorität!) Ich bitte, Herr Gem.-Rath Pursch t, Ruhe zu halten. Der Antrag ist abgelehnt. (Beifall links.)

Gem.-Rath Dr. Friedjung (zur Geschäftsordnung): Ich habe mich zur Geschäftsordnung aus folgendem Grunde zum Worte gemeldet: Der Herr Vorredner hat seine Rede mit folgenden Worten geschlossen — ich weiß die Worte nicht genau, aber der Sinn war so: so lange der Lebensmittelverkauf in den Händen der Juden ist, wird keine Ordnung werden, es wird vielmehr die Bevölkerung vergiftet. Dies war, so viel ich mich erinnere, der Schluss der Rede des Herrn Vorredners. Obwohl ich persönlich eine solche Geringschätzung gegen den Vorredner hege, dass ich gar keinen Wert darauf lege, was er spricht, so würde ich doch den Herrn Vorsitzenden bitten, daraufhin dem Herrn Vorredner den Ordnungsruf zu ertheilen, weil dies eine ganz unqualificierbare Beleidigung der jüdischen Bevölkerung Wiens ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich habe eine Bitte an die geehrte Versammlung zu richten. Es handelt sich hier um eine Lebensfrage für die Stadt, um eine Frage, in welcher, wie ich glaube, der gesammte Gemeinderath einig sein sollte, und es kann nicht dazu beitragen, diese Einigkeit herbeizuführen, wenn in dieser Weise die Debatte geführt wird. Ich richte daher an alle Herren das Ersuchen, sich zu mäßigen und sich strenge an die Sache zu halten. Das Gewicht dieser Petition wird um so größer sein, je einstimmiger und je würdiger die Berathung vorgenommen wird.

Gem.-Rath Dr. Friedjung (zur Geschäftsordnung): Ich fühle allerdings, dass der Herr Vorsitzende in keiner Weise verpflichtet ist, mir Rede zu stehen in Bezug auf die Bitte, die ich an ihn gerichtet habe. Ich habe aber doch erwartet, dass der Herr Vorsitzende sich über diese Angelegenheit äußern wird. Es ist die Bemerkung gefallen, dass die Juden die Bevölkerung Wiens vergiften, und würde ich in dieser Beziehung bitten, dass eine Äußerung vom Stuhle des Präsidiums aus gemacht wird. Es ist der Ausspruch gefallen, „so lange in den Händen der Juden der Lebensmittelverkauf sich befindet, kann keine Ordnung sein und wird die Bevölkerung vielmehr vergiftet“.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich gestehe, ich habe diesen Ausdruck nicht gehört; übrigens, wenn er gefallen ist, so ist er so absurd, dass er sich von selbst richtet und dass es dazu eines besonderen Stigmas gar nicht bedarf. Das Wort hat Herr Gem.-Rath Herold. (Derselbe verzichtet.)

Gem.-Rath Tagleicht: Auch ich würde gerne auf das Wort verzichten, wenn ich dazu beitragen könnte, dass das Referat ohne weitere Einflüsse, ohne weiteren Lärm im Hause einstimmig angenommen werde; aber der Ton, welcher vom ersten Herrn Redner, vom Gem.-Rathe Hawranek, hier bei Beginn der Debatte in diese Sache hineingeschleudert wurde, ist geradezu empörend. Ich gestehe Ihnen, meine Herren, dass ich hier stehe, entrüstet über das Vorgehen, über die Manierlosigkeit des Herrn Gem.-Rathes Hawranek. Vorwürfe, wie sie hier gefallen sind, können nicht genug zurückgewiesen werden. Ich erhebe Protest gegen den Sinn der Worte des Gem.-Rathes Hawranek.

Zur Sache selbst habe ich zu sagen: Ich hätte gewünscht, dass gar keine Debatte stattgefunden hätte. (Gelächter links.) Ich hätte gewünscht, dass der Antrag des Herrn Referenten einstimmig angenommen worden wäre, und wenn ich irgendetwas als gerechtfertigt erkennen würde, so ist es Folgendes. Man müsste dem Herrn Referenten sagen: Herr Referent, Sie hätten auch so freundlich sein und vom Herrn Bürgermeister die Erlaubnis einholen können, dieses Referat in Druck legen zu lassen und dem Gemeinderathe zu vertheilen. Der einzelne von uns hat heute zum erstenmale diese Petition gehört. Im Stadtrathe selbst wurde dieselbe nicht einmal verlesen, sondern nur das Petitum bekanntgegeben. Wenn man den Gemeinderath betrachtet und die Petition, welche vom Herrn Referenten heute vorgelegt wird, so muss man sich nothwendigerweise fragen: Welcher Ansicht ist denn der Gemeinderath gegenüber derselben, und was sieht man? Einen sehr traurigen Umstand, dass nämlich, wenn die Fleischfrage im Gemeinderathe zur Sprache kommt, gleich der Teufel los ist. Entweder wird der Teufel von Herrn Hawranek oder von irgendeiner anderen Seite losgelassen, das stört und man wird mit Recht erregt, wenn man über diese Sache zu sprechen hat. Eine so wichtige Enunciation des Gemeinderathes hätte nicht allein den Mitgliedern hier zur Vorberathung in Form eines gedruckten Exemplares überreicht werden sollen, sondern ich hätte auch gewünscht, dass bei dieser Petition das Gutachten der bestehenden Approvisionierungs-Commission eingeholt worden wäre. Dort sitzen Fachmänner, praktische Männer, die nach verschiedenen Richtungen ihre Meinung abgegeben oder eventuell Abänderungs-Anträge gestellt hätten. (Rufe: Sie sprechen ja dagegen!) Nachdem aber das Referat außerordentlich wichtig ist und der Erfolg so rasch als möglich eintreten soll im Interesse der Bevölkerung und nach den Wünschen des Gemeinderathes, so empfehle ich die En bloc-Annahme des Referenten-Antrages.

Gem.-Rath Jedlička: Der Herr Referent hat uns gesagt, dass der Stadtrath sich alle mögliche Mühe gab, um in dieser Angelegenheit etwas für die Bevölkerung zu thun. Ich glaube, so leicht ist es nicht, dass der Stadtrath etwas machen kann. Aber ich werde mir erlauben, den Herrn Bürgermeister an etwas zu erinnern. Ich habe voriges Jahr einen Antrag wegen der Approvisionierung Wiens eingebracht, und in Erwägung der sich heute fühlbar machenden Misstände auf dem Markte, in Anbetracht des von Woche zu Woche steigenden Rindfleischpreises wäre dieser Antrag wohl wert gewesen, dass über ihn im Stadtrathe discutiert worden wäre. Vielleicht wäre er gefallen. Gut! Aber reden hätte man darüber können.

Ich habe mir Folgendes gedacht und auch in dem Antrage niedergeschrieben:

An der Verproviantierung großer Städte hat nicht bloß die Commune Wien ein Interesse, sondern auch andere große Städte, das ganze Land, ja der ganze Staat, und weil ich aus Erfahrung und aus vielen von vertrauenswürdigen Personen mir erzählten Geschichten weiß, dass mit dem Auftriebe auf die Märkte gewisse Machinationen ausgeführt werden, dachte ich mir die Abhilfe folgendermaßen. Im Antrage war beantragt: man solle an die hohe Regierung herantreten und die soll in Gemeinschaft mit den großen Städten in jeder Bezirkshauptmannschaft, beziehungsweise in jedem politischen Bezirke ein Kaufhaus für Schlachtvieh einrichten. In diesem würde ein k. k. Commissär und ein Sachverständiger fungieren, der sich von der Qualität des zu kaufenden Schlachtviehes zu überzeugen hätte. Diese würden an die Landeshauptstädte berichten und diese an die eventuelle Centrale in Wien oder Pest. In dieser Centrale wüsste man tagtäglich, wie viel Schlachtvieh in der ganzen Monarchie der Bevölkerung zur Verfügung steht, und aus der Anzahl des Schlachtviehes wird sich dann der Grundpreis bestimmen. Ist das Anbot groß, so wird der Preis um einige Kreuzer sinken, ist das Anbot kleiner, so wird der Preis um einige Kreuzer steigen, aber diese Sprünge, wie seit einigen Jahren, hätten die Preise nie machen können, weil das ganze Approvisionierungswesen in der Hand des Staates gelegen ist. Es könnte der Bauer im Amtsblatte lesen, was er für sein Vieh bekommt, und er könnte ohne Besorgnis sein Vieh zum Amtshause behufs Verkaufes hinführen, nachdem die Verkaufsstellen nicht in großen Städten, sondern draußen in den Bezirkshauptmannschaften sein werden. Das Vieh könnte billiger sein, indem es auf der Weide bleiben könnte, wodurch die Fütterung und sonstigen Auslagen nicht so hoch kämen.

Die Regierung könnte, nachdem sie die Macht hat, im Falle es noththut, billigere Frachtsätze für Getreide einführen; sie könnte auch bei den Eisenbahnen etwas machen; diese könnten den Viehtransport in beschleunigten Zügen nach Wien oder nach anderen Städten verfügen, damit das Vieh nicht abgemattet, halb verdurstet und halb verreckt nach Wien komme. Dies würde auch eine große Rolle spielen bei einem eventuellen Unglücke durch einen Krieg, das uns treffen könnte. Heute ist es Sache der Intendanz, für den Proviant des Militärs zu sorgen. Die Intendanz weiß aber nicht, wo alles ist, sie muss sich auf das verlassen, was ihr die Lieferanten sagen. Was sind aber die Lieferanten? Die Lieferanten sind Händler; sie wissen alles genau, die Regierung weiß nichts. Hätte man in solchen Fällen gewusst, woher das Vieh ist und ob die Steigerung des Preises, wie sie von den Lieferanten verlangt wird, berechtigt ist oder nicht, so hätte man entsprechend vorgehen können. Im Jahre 1878 war auch die Rede davon, die rumänische Grenze zu öffnen. Man sagte, es stehe eine Menge Vieh an der Grenze, die Leute wollen es hereintreiben. Was geschah nun? Der Minister des Innern hat sich an die Finanz-Expposituren gewendet, und diese haben telegraphisch berichtet, dass 200 Stück Vieh an der Grenze stehe. Der Preis des Viehes ist infolge dessen gestiegen. Wo glauben Sie aber, ist das Vieh gestanden? Bei Blumenau und Pressburg. Bis dann die Preise hinaufgegangen sind, hat man das Vieh nach Wien gebracht. Auf diese Art wurde die Bevölkerung betrogen und ausgebeutet. Wer es thut, ist eine andere Sache, die Herren wissen es. Heute geht der Agent auf dem Lande herum, jagt dem Bauer das Vieh ab, und kommt der Bauer auf den Viehmarkt, wird es ihm gleichfalls abgejagt.

In Wien wird Schmattes und Rebach von ihm verlangt. Dann bekommt auch der Käufer nicht, was er bezahlt hat, sondern er bekommt Futter, nicht Vieh. Wie die Fleischhauer bewiesen haben, haben sie Vieh, welches 500 kg schwer war, mit 100 kg Futter überfüttert gefunden. Es wird dem Vieh die Zunge mit Salz eingerieben, dann wird ihm zu fressen und zu saufen gegeben und so kauft der Fleischhauer statt Vieh Futter. Das ist reiner Betrug. Jetzt heißt es ausführen oder einführen. Wenn Sie einführen, so ist es gut. Wenn man aber Vieh ausführt und die Bevölkerung Hunger leiden soll, so kann man dagegen steuern. Wir haben es bei der Trockenheit im vorigen Jahre gesehen, da hat sich der Staat ins Mittel gelegt und hat ein Futterausfuhrverbot erlassen. Warum soll man jetzt nicht dafür sorgen und die Ausfuhr des Viehes sistieren, bis sich die Verhältnisse verbessert haben. Das wäre alles möglich. Dazu kommt noch ein anderer Umstand, den Herr Gem.-Rath Hawranek angeführt hat. Es ist nämlich Wahrheit, dass auf dem Markte, beim Approvisionierungsgeschäfte lauter Ringe bestehen. Auf dem Central-Viehmarkte sind Ringe, wo große Capacitäten alles in der Hand haben, so dass jeder sich eine Gnade daraus machen muss, dass sie ihm etwas geben. Er muss dem Unterläufer Schmattes zahlen, damit er ihm etwas zukommen lässt. Die schöne Qualität wird überhaupt nur Einigen zutheil.

Was geschieht nun mit dem Fleischhauer, der das Vieh gekauft hat? Die Verzehrungssteuer, die der Händler bezahlen sollte, muss der Fleischhauer zahlen. Dann kommt er nach Hause und findet eine solche Wampe, wie ich früher erwähnt habe. Das kann er wegschmeißen. Jetzt gibt er die Haut und das Unschlitt zur Seite. Wo soll er damit hingehen? Der Seifensieder darf das nicht kaufen. Er muss zu einem gehen, der einem Ringe angehört, ein anderer darf ihm das nicht abkaufen. So wie das früher unter den Bräuern und mit dem Petroleum war, so ist es jetzt mit dem Unschlitt und der Haut.

Der Fleischhauer kauft das Rindfleisch mit 50 bis 60 kr. per Kilogramm Lebendgewicht auf dem Markte, während man ihm für das Unschlitt nur 10 kr. und für die Haut nur 26 kr. gibt. Der Fleischhauer ist der Betrogene und die Bevölkerung leidet mit.

Freilich, wenn Capacitäten in der Commission sitzen, wie Herr Dr. Scholz, der gesagt hat, wenn es den armen Leuten um das Fleisch zu thun ist, so sollen sie Fisch- oder Rossfleisch essen! Ich möchte ihm empfehlen, diesen Ausdruck in einer Arbeiterversammlung zu machen; die würden ihm die paar Haare zurecht legen, die er hat! (Lebhafte Heiterkeit.)

Der ganze Markt ist verlottert. Die Anschauung des Gem.-Rathes Hawranek ist richtig. Durch die Hand der Juden muss gekauft und durch den Juden muss verkauft werden. Solange diese Verhältnisse existieren, kann die Bevölkerung niemals billiges Fleisch haben. Würde mein Antrag beachtet, würde er einer Berathung unterzogen worden sein, dann würde vielleicht ein Schritt gethan worden sein, der zur Lösung führt. Dass mein Antrag der einzig richtige wäre, bilde ich mir nicht ein. Er ist aber eine gewisse Anregung, die, vielleicht etwas verbessert, doch zum Ziele führen kann.

So lange die gegenwärtigen Zustände auf dem Markte, solange die Zustände mit den Zwischenhändlern existieren, solange kann kein Fleischhauer existieren, solange wird die Bevölkerung kein billiges Fleisch essen. Wenn das so bleibt, so werden die einverleibten Vororte mit der Zeit alle ihre Fleischhauer verlieren; diese müssen zugrunde gehen und die Bevölkerung wird elendes Fleisch

essen. Ich werde mich auch der Petition anschließen, aber ich kann nicht umhin es zu bedauern, dass man diesen hochwichtigen Angelegenheiten im Präsidium und im Stadtrathe so wenig Aufmerksamkeit schenkt. Bei der Commission, die das regeln will, erzählen uns einige Herren, dass Kühlräume und weiß ich was nothwendig sind. Wer erzählt das? Der Herr Dr. Nechansky, glaube ich, ist dabei, und der Herr Dr. Scholz mit seinen Kenntnissen. Die Kühlräume werden die Fleischhauer nicht retten. Man muss doch zuerst Fleisch haben, um es conservieren zu können; zuerst muss man es herbringen und darauf sehen, wie man es billig herbekommt. Für die Verwendung des Fleisches werden die Leute schon selbst sorgen.

Gem.-Rath Gregorig: Meine geehrten Herren! Diese Petition enthält Behauptungen, die unrichtig sind. (Oho-Rufe rechts.) Der geehrte Herr bürgermeisterliche Referent hat zuvor erwähnt, dass eine Compensation für die Einfuhr mit der österreichischen Industrie von Rumänien zu verlangen sei, dass man das Recht, Rumäniens Vieh nach Österreich einzuführen, dadurch compensiere, dass Österreich wieder Industrieproducte nach Rumänien ausführen kann. Meine Herren, mit diesem Schlagworte kriegen Sie die Rumänen nicht! Man muss unsere Povelindustrie kennen. (Lebhafter Widerspruch rechts; Beifall und Händeklatschen links. — Gem.-Rath Frauenberger: Wir haben keine Povelindustrie!) Ich habe erklärt, unsere Povelindustrie, und ich werde sofort den Beweis dafür erbringen.

Nicht wegen der Zollverhältnisse sind wir aus Rumänien ausgeschlossen worden, sondern wegen der Lieferung von schlechten Waren. Früher haben wir Exporthäuser gehabt, Firmen und Fabriken ersten Ranges — und sehen Sie sich heute an, was exportiert wird! Sie können jetzt in Rumänien nicht ein Hemd verkaufen, das österreichische Firma trägt, sondern es muss eine englische oder französische Enveloppe haben. Sie können in Rumänien nicht ein Paar Schuhe verkaufen, das nicht französische Marke hat, weil man Hemden ohne Unterstock gemacht, Hosen mit nur einem Fuß, kurz den größten Mist hinunter geliefert hat. (Gelächter links.) So ist es gekommen, dass man von uns nicht ein Stück mehr nimmt. Schuhe von Pappendeckel und Kunstleder hat man geliefert, Kleider, mit deren Stoff ein Erzeugungsschwindel getrieben wurde, der großartig ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich glaube, dass die Versammlung zugeben wird, dass die Redefreiheit in jeder Beziehung gewahrt werden muss; aber wie dies mit der Petition zusammenhängt, verstehe ich nicht. Wenn Sie wünschen, dass diese wichtige Frage heute noch erledigt wird, dann bitte ich sich kürzer zu fassen und sich insbesondere an den Gegenstand der Debatte zu halten, nachdem noch eine große Reihe von Rednern vorgemerkt ist.

Gem.-Rath Gregorig (fortfahrend): Ich muss den Gegenstand, wie er uns vorgebracht wird, wo durch Behauptungen die Bevölkerung getäuscht wird, richtigstellen. Ich habe widerlegt die Behauptung des Bürgermeisters, dass wir den Export zu fördern haben. Bringen Sie die orientalischen Exporteure aus unserem Reiche hinaus und wir werden unser altes solides Geschäft wieder haben.

Meine Herren! Wenn man der liberalen Partei zuhört, weiß man nicht, ist man ein Mandl oder ein Weibl. Ich erinnere mich an die Jahre 1870 und 1871. Da wurde uns erzählt, Österreich hat damals einen großen volkswirtschaftlichen Aufschwung genommen, weil Österreich damals glückliche Jahre gehabt hat. Es hat kolossalen Export gehabt von Naturproducten. Heute exportieren wir wirklich Vieh, jetzt sagt man, es sei ein Unglück, und will das Schlachtvieh von Rumänien heraufbringen. Man stellt die volkswirtschaftlichen Sätze geradezu auf den Kopf. Wenn ein Land productionsfähig ist und exportiert, kommt Geld hinein. Sie aber wollen Geld hinausführen, indem Sie die rumänische Grenze öffnen, und machen der Bevölkerung vor, dass es billiger wird. Ich will nicht glauben, dass Sie das absichtlich thun, aber die Herren verstehen es nicht besser. (Gelächter rechts.) Wer bringt das Vieh herauf? Die orientalischen Viehhändler, die werden das Geld einstecken, jene, welche für die judenliberale Partei das Wahlgeld hergeben. Es wird angeführt, dass das Vieh zumeist aus Oberösterreich, Salzburg und Böhmen exportiert wird. Ja, meine Herren! Ich gehe der Sache auf den Leib, warum gerade aus diesen Ländern das Vieh exportiert wird? abgesehen davon, dass dort gutes Vieh existiert. Aber es sind dort die socialen Verhältnisse anderer Art. Der Bauer in Oberösterreich, in Salzburg und theilweise in Böhmen ist unverschuldet und hat daher freies Verfügungsrecht über sein Vieh. Der kann direct hinausexportieren. Die Leute kaufen bei ihm das Vieh um bares Geld, er hat keinen Vorschuss. Wenn von dort oben wirklich einige Commissionäre am Fleischmarkte sind, so sind es Christen. Gehen wir aber unsere Hauptproductionsländer durch, die nach Wien liefern, sehen wir Ungarn und Galizien an. Wer bringt das Vieh hieher, wem gehören die Spiritusbrennereien, wer sind die Mäster? Entweder Juden, die mit fremdem Capitale arbeiten, oder ein total verschuldeter Cavalier, und beide kriegen früher Vorschüsse auf ihr Vieh. Sie werden finden, dass unsere Commissionäre auf jeder größeren Mastanstalt ihre Hand darauf haben, sie haben Vorschuss gegeben auf das Vieh, bevor es gemästet ist.

Ist es nicht naturgemäß, dass das Vieh dem Betreffenden, der den Vorschuss gibt, um jeden von ihm bestimmten Preis ausgefolgt werden muss? Das liegt in der Natur der Sache. Sie haben mit dem Momente, wo sie Vorschuss geben, die Leute in der Hand. Das sehen Sie bei den Bauern, auf Wein, auf Getreide, auf alle möglichen Producte werden Vorschüsse gegeben und sie müssen der Vorschüsse wegen die Producte um beliebigen Preis ablassen. Diese drücken dort das Vieh ab und hier auf dem Markt verkaufen sie es zu Preisen wie ihnen beliebt. Darin ist der Unterschied gegenüber der Behauptung des Bürgermeisters; die freien unverschuldeten Bauern exportieren, und die in der Knechtschaft der Juden sind, müssen das Vieh hergeben und bringen den Nutzen in die Hände der Orientalen. Man schreit in allen Blättern und geradezu lächerlich in den Judenblättern — die unser Vieh und Fleisch nichts angeht, die sollten ihr Koscherfleisch essen — es sollen unsere Fleischhauer neue Productionsweisen einführen. Zu welchem Zwecke? Damit die anderen mehr verdienen! Es sollen Großschlächtereien errichtet werden, in die Sie ein Heer zukunftsloser Arbeiter hineinbefördern werden. Heute ist es einem Selcher- oder Fleischergehilfen möglich, wenn er als Arbeiter bei einem Meister sich ehrlich fortbringt, und sich ein paar Gulden spart, Meister zu werden. Nach der Productionsweise, wie sie hier vorgeschlagen wird, haben wir wieder ein Proletariat und ein Fabrikswesen, das wir in der entschiedensten Weise bekämpfen. Deshalb kann ich mich mit dem Bürgermeister nicht einverstanden erklären. Ich sympathisiere vollkommen mit den Ansichten des geehrten Collegen Hawranek und des geehrten Collegen Jedlička.

Die haben den Nagel wirklich auf den Kopf getroffen. Es ist nur der orientalische Einfluss bei uns, der die Sache verdirbt und alle möglichen Zustände auf dem Markte — ich will sie nicht wiederholen und neue anführen, jedermann kennt sie — herbeiführt. Und wie beim Fleische, ebenso ist es beim Korn und Getreide. Schauen Sie unsere Semmeln an, in welchem Verhältnisse sie zu den Kornpreisen sind. Und der überflüssige Zwischenhandel, das sind die Juden. Deshalb möchte ich einen Zusatz-Antrag zu den Anträgen des Referenten stellen.

Ich beantrage, es möge der Petition beigefügt werden, dass die Juden gesetzlich vom Handel mit Lebensmitteln ausgeschlossen werden, und dies umsomehr, weil es den Juden gestattet ist, gefallenes Vieh den Christen zu verkaufen, den Juden aber nicht. Bei den Gojim ist es gestattet. Wenn ich als Christ ein Stück Fleisch berühre, ist es verunreinigt. Wie komme ich dazu, das zu nehmen, was der Jude verunreinigt hat? Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Gem.-Rath Frauenberger (zur Geschäftsordnung): Meine Herren! Jetzt haben wir genug schon gehört; diesen bedauerlichen Eindruck muss jeder von uns haben. Ich beantrage Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich ersuche jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. Vorgemerkt sind noch die Herren Gem.-Räthe Dr. Klotzberg, Dr. Stern, Dr. Lueger, Frauenberger, Bärtl, Seiler, Hipp, Stehlik, Herold, Herrdegen, Schieferl, Steiner, Weitmann, Gregorig, Dr. Friedjung.

Gem.-Rath Dr. Huber (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Wahl von Generalrednern.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Wahl von Generalrednern beantragt; ich ersuche jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich werde nun die einzelnen Herren, die vorgemerkt sind, fragen, ob sie pro oder contra sprechen wollen.

(Über Befragen des Vorsitzenden erklären pro sprechen zu wollen die Gem.-Räthe Dr. Klotzberg, Dr. Stern, Frauenberger, Bärtl, Seiler, Hipp, Herold, Herdegen, Schieferl, Steiner, Dr. Friedjung; contra: die Gem.-Räthe Dr. Lueger, Stehlik, Weitmann, Gregorig.)

Ich bitte die Herren Gem.-Räthe Dr. Lueger, Stehlik, Weitmann, Gregorig, einen Generalredner, ebenso die übrigen Herren, ebenfalls einen Generalredner zu wählen. (Nach einer Pause:) Zum Generalredner contra ist Herr Gem.-Rath Dr. Lueger, zum Generalredner pro Herr Gem.-Rath Seiler gewählt.

Gem.-Rath Frauenberger (zur Geschäftsordnung): Nachdem nur ein einziger Redner von dieser Seite zum Worte kommt, und Angriffe von anderer Seite gefallen sind, die doch ins richtige Licht gesetzt werden müssen, was heute unmöglich durchzuführen ist, beantrage ich Schluss der Sitzung. (Lebhafter Widerspruch.)

Referent: Ich bitte Sie dringendst, diesen Antrag abzulehnen. Wir haben eine Menge dringender Gegenstände auf der Tagesordnung. Nächsten Freitag wird die Petition, betreffend das Heimatsrecht, zur Berathung kommen. Diese muss am Freitag erledigt werden, weil sonst — das hat man mir ganz authentisch gesagt — es nicht möglich sein wird, auf sie länger zu warten und auf ihren Inhalt Rücksicht zu nehmen. Ich bedaure — jetzt ist es ein paar Minuten nach einhalb acht Uhr, und nach fünf Uhr haben wir angefangen. Die verehrten Herren müssen sich eben gewöhnen, sich etwas kürzer zu fassen und länger hier zu bleiben.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich ziehe meinen Antrag zurück.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine sehr geehrten Herren! Ich bin der Meinung, dass denn doch locale Ursachen an der Fleischtheuerung schuld sein müssen, denn die Preise der Ochsen sind ja für Wien ebenso wie für andere Städte und für andere Staaten. Nun ist es Thatsache, dass die Preußen, welche angeblich die Ochsen so theuer einkaufen, dass wir mit ihnen im Einkaufe nicht concurrieren können, das Fleisch billiger hergeben. Das Gold spielt dann gar keine Rolle, denn sie kaufen in Gold und verkaufen in Gold, und dennoch ist es draußen billiger als hier. Zweitens ist es eine Thatsache, dass jene Fleischhauer, welche noch nicht ganz verschuldet, von Zwischenhändlern noch ziemlich frei sind, unter sich einen Ring bilden und zumeist in den Ställen der betreffenden Großgrundbesitzer oder Mäster direct mit Übergehung des hiesigen Marktes kaufen.

Das sind zwei Thatsachen, die unter jeder Bedingung feststehen. Es muss daher die Fleischtheuerung in Wien ihre localen Ursachen haben. Da muss man sich zuerst fragen: Wer profitiert an dem Fleisch? Da kommt in erster Linie der Fleischhauer. Der Fleischhauer erklärt — und das lässt sich auch ziffermäßig ausrechnen — dass er bei dem Einzelnverkauf des Fleisches nichts profitieren kann. Er kauft den guten Ochsen, wenn ich nicht irre, zum Preise von 60 bis 70 kr. per Kilo; das Unschlitt, welches er ebenso theuer kauft — denn das wird bei dem Abzug, von dem man gar so viel spricht, nicht abgerechnet — muss er aber um 10, oder sagen wir auch, um 20 kr. verkaufen. Ich bin in der Hinsicht nicht ängstlich und gebe noch ein paar Kreuzer zu. Für die Haut bekommt er, wenn es eine gute Haut ist, einige zwanzig Kreuzer. Dann hat er weiter die Schlachtgebüren, die Verzehrungssteuer, den Fuhrlohn, die ganze Regie u. s. w. zu bestreiten. Der Mann kann also wirklich unter den jetzigen Verhältnissen, bei diesen Preisen, nichts verdienen. Dazu kommt noch, dass das sogenannte vordere Fleisch, wie sich die Herren überzeugen können, auch bei den sogenannten besten Fleischhauern bereits billiger verkauft wird, als der Ochs beim Einkauf bezahlt wird. Das sind lauter Thatsachen, die niemand bestreiten kann. Es hat mich daher sehr unangenehm berührt, dass von Seite des Stadtrathes und auch einiger anderer Organe ruhig den Fleischhauern in Wien die Schuld an der sogenannten Fleischtheuerung zugeschrieben wurde.

Wenn ich mich nun weiter frage: Wer beschäftigt sich mit dem Verkaufe? so bleibt nichts anderes übrig, als dass wir uns auf den Markt begeben. Auf dem Markte sind zwei Zwischenhändler: nämlich erstens die sogenannte Depositenbank, welche riesige Gebüren einzuheben in der Lage ist, beziehungsweise die Vieh- und Fleischmarktcassa, die der Depositenbank zugesprochen worden ist und die man zu diesem Zwecke gegründet hat, um die anderen Zwischenhändler, die Commissionäre, zu beseitigen. (Zwischenrufe rechts.) Lassen Sie mich nur ausreden. Die Commissionäre sind aber trotz der Depositenbank wieder auf den Markt gekommen und jetzt haben Sie zwei Zwischenhändler, nämlich die Depositenbank und die Commissionäre. Und sehen Sie, meine Herren, ich sage es offen, die Angehörigen der jüdischen Nation sollten sich nicht immer als beleidigt erachten, wenn man das, was wahr ist,

sagt: Gehen Sie hinaus, und wenn Sie mir einen christlichen Ochsenverkäufer oder Commissionär bringen, will ich denselben mit Gold aufwiegen. Es ist eben keiner zu finden. Erlauben Sie, dass ich Ihnen jetzt Folgendes sage: Ich weiß es, dass, wenn irgend jemand, der zufälligerweise ein paar Ochsen zu verkaufen hat, die ihm gehören, z. B. ein Bauer, auf den Markt geht, dann dürfen jene Fleischhauer — diese Behauptung stelle ich mit aller Bestimmtheit auf — die bei einem Commissionär schuldig sind, bei diesem gar nicht kaufen. Die Thiere bleiben dem Bauer stehen für den nächsten Markt. Der Bauer verliert sein Geld und sieht, auf dem Wiener Markt lässt sich nichts machen.

Meine Herren! Das ist alles so wahr, als ich hier stehe. Nun kommt der Bauer und wendet sich an einen Commissionär, sei es nun, dass der Bauer Kälber zu verkaufen hat oder was anderes. Wenn er nun nicht eine große Kundschaft ist, liegt es nicht im Interesse des Commissionärs, mit einer solchen Kundschaft zu thun zu haben. Er muss jeden Verkäufer von dem Markte abschrecken, damit er in der Lage ist, den Auftrieb auf den Markt vollständig zu beherrschen. (Sehr richtig!) Das alles sind Thatsachen, das kann nicht geleugnet werden. Wenn nun der Bauer sich des Commissionärs bedient, geschieht Folgendes: Es wird dem Bauer die Haut über die Ohren gezogen, als wenn er der verkaufte Ochs wäre. Daraus folgt nun, dafür könnte ich Zeugen bringen, dass gar kein Mensch mehr auf den Wiener Central-Schlachtviehmarkt Vieh zum Verkaufe schickt, mit Ausnahme jener Mäster, welche Commissionäre haben. Die Commissionäre beschicken den Markt, sie regulieren den Auftrieb, beherrschen ihn vollständig. Ohne Rücksicht darauf, ob sie nun der einen oder anderen Nation angehören, ist es daher unbedingt nothwendig, dass in der Richtung etwas geschieht. Es ist wahr, es war eine Ungerechtigkeit für die Städte, den Export frei zu geben und den Import zu sperren. Das war eine Ungerechtigkeit. Sie werden aber das Gegentheil im Abgeordnetenhause kaum durchsetzen, weil sämmtliche Parteien, auch die liberale Partei — die sogenannte „liberale" Partei — in dieser Frage nicht auf der Seite der Städte stehen.

Sie müssen daher etwas anderes thun. Sie müssen wirklich die Schuld dort suchen, wo sie zu finden ist. Sie müssen das Ministerium aufmerksam machen, dass es speciell die Pflicht des Ministeriums ist, dafür zu sorgen, dass auf unserem Central-Viehmarkte Ordnung geschaffen werde. Es ist richtig, nicht wir haben die Marktordnung erlassen, die Marktordnung ist erlassen von Seite des Ministeriums. Ich habe mich dagegen gewehrt; schließlich hat die Majorität des Wiener Gemeinderathes, ich glaube nicht mit Recht, nachgegeben, aber es ist nachgegeben worden.

Es ist von Seite des Gemeinderathes anerkannt, dass das Ministerium das Recht hat, die Marktordnung für den Central-Viehmarkt zu erlassen. Hat das Ministerium das Recht, so muss das Ministerium auch auf diesem Markte Ordnung schaffen, und es wäre sehr traurig, wenn die Behörden nicht imstande wären, dem Treiben der Zwischenhändler endlich einmal ein Ziel zu setzen.

Ich bemerke noch Folgendes: Es gibt draußen Commissionäre — und ich weiß einen Fall — welche die an sie gesandten Rinder partienweise wieder an andere Commissionäre vergeben, damit sie leichter den Markt beherrschen können und auch leichter die Fleischhauer im Einkaufe beherrschen. Das ist von außerordentlicher Wichtigkeit. Einer ist erwischt worden, weil er von einem anderen Juden, der es mir auch erzählt hat, angezeigt worden ist. Wissen Sie, wie jener gestraft worden ist?! Er hat 200 fl. Geldstrafe bekommen! Ja, das ist rein lächerlich! An einem Tage verdient er eine solche Geldstrafe. Er lacht förmlich die Behörden aus. Ein solcher Mann sollte rücksichtslos vom Markte weggejagt werden, ob er der einen oder anderen Nation angehört.

Um allen Herren Gelegenheit zu geben, ihr Urtheil über die Verhältnisse des Marktes sich zu bilden, erlaube ich mir folgenden Antrag zu stellen: Es sei der Petition beizufügen, die hohe Regierung werde aufgefordert, die Zwischenhändler und auch die allgemeine Depositenbank auf dem Central-Schlachtviehmarkte zu beseitigen und eine neue Marktordnung zum Schutze der Käufer und noch mehr der Verkäufer zu erlassen. (Lebhafter Beifall links.)

Gem.-Rath Seiler: Der Herr Vorredner hat über die Reorganisation der Marktordnung gesprochen. Mit dieser Reorganisation sind wir alle einverstanden, und ich habe schon vor Jahren, wenn wir über die Approvisionierung gesprochen haben, diese Frage berührt; aber gestatten Sie mir, hier einiges über das Fleisch und die Fleischfrage zu sprechen.

Es wird seit letzter Zeit sehr viel gesprochen und sehr viel von Seite solcher, die von dieser Fleischfrage wenig oder sehr wenig verstehen. Wenn ich über Diphtheritis und ihre Heilung solche Vorträge halten würde, würde man mich sofort einsperren.

Die Frage, ob eine Theuerung besteht, ist von zwei Seiten in Betracht zu ziehen.

Der Fleischhauer, welcher hier das Mastvieh um den hohen Preis kauft und das Fleisch desselben wieder zum Verkaufe bringt, also solche Theile, die nur von dem besseren und wohlhabenderen Publicum gekauft werden, hat das Recht dazu, denjenigen Preis zu fordern, welchen er eben jetzt hat und bei welchem er noch daraufzahlt, und ich wäre entschieden nicht dagegen, wenn er für diese Fleischstücke einen theuereren Preis berechnet.

Nicht gerecht ist dagegen der Fleischpreis derjenigen Fleischverschleißer, die ihr Fleisch um billiges Geld in der Markthalle einkaufen und dasselbe an die ärmere Bevölkerung verkaufen, dabei aber die Preise der größeren und ersten Fleischhauer haben.

Wenn man erwägt, wie der Fleischhauer auf dem Viehmarkte einkauft und sich die besten Ochsen aussuchen muss, um sie zu schlachten, so ist es selbstverständlich, dass sie auch theuer verkaufen. Wenn wir daran gehen, diese Frage zu lösen, wie die arme Bevölkerung zu billigem Fleisch kommt, so haben wir nicht so sehr auf die Qualität und auf das Mastvieh zu schauen, wie auf das Fleisch als Nahrungsmittel überhaupt.

Ich begrüße die Petition mit Freuden. Ich hatte mir gedacht, sie werde ohne ein Wort angenommen werden. Es ist aber leider immer in die Debatte dasjenige hineingefallen, was die ganze Geschichte auf ein anderes Feld bringt, und was eigentlich gar nicht hieher gehört. Ob jetzt an diesem „Fleischwucher" — ich will das Wort gebrauchen — wer immer schuldträgt, wenn er nur überhaupt stattfindet, so haben wir und insbesondere das hohe Ministerium, welches die Marktordnung geschaffen hat, die Pflicht, denselben zu beseitigen.

Wenn bei einem Geschäfte zwei Compagnons da sind und dasselbe zugrunde geht, so macht immer einer dem anderen Vorwürfe. So ist es auch hier. Der volkswirtschaftliche Ausschuss macht der Commune Vorwürfe und die Commune macht dem volkswirtschaftlichen Ausschusse Vorwürfe und alle beide haben Fehler.

Von unserer Seite wurde, seit der neue Gemeinderath beisammen ist, nichts in der Approvisionierungsfrage gemacht. Ich

habe einen Antrag zur Errichtung eines Marktcuratoriums eingebracht; er ist nicht einmal noch zur Berathung gekommen. Was meinen Antrag auf Errichtung von Kühlräumen anbelangt, so ist derselbe nicht so lächerlich, wie von der anderen (linken) Seite erklärt wurde. Wenn man bedenkt, dass man aus Australien Fleisch nach Wien bringen kann, das drei Monate am Wege und genießbar ist, wird es doch hier möglich sein, auf dem Central-Viehmarkte bei besserer Marktconjunctur, wenn das Fleisch billiger ist, einzukaufen und das Fleisch in der Kühlhalle einzulagern. Das ist doch eine ganz natürliche Sache und keine Neuerung. In London ist das seit jeher gewesen und in Deutschland haben jetzt beinahe alle Großstädte Kühlhallen.

Meine Herren, wenn Sie die Großmarkthalle betrachten, in die beim letzten Markte 76.000 kg Fleisch gebracht wurden, so werden Sie doch zugeben müssen, dass diese viel zu klein ist; Kühlanlagen haben wir keine, und tritt dann einmal eine wärmere Witterung ein, so geht am anderen Tage so und soviel Fleisch zugrunde. Dazu sind also die Kühlanlagen da. Die drei Eisgruben, die man einmal in der Markthalle gemacht hat, sind doch viel zu ungenügend. Ein großer Fehler liegt auch in unserem Marktberichte. In diesem wird ganz einfach gesagt: Rindfleisch von diesem Preis bis zu jenem Preis; es wird weder von einer Qualität, noch von einer Gattung gesprochen. Ja, meine Herren, wenn wir in einemfort wegen Fleischtheuerung schreiben und unsere Berichte schlecht abgefasst sind, dann können weder die Fleischhauer, noch diejenigen dafür, die dagegen klagen. Wenn wir in unserem Fleischberichte schreiben würden: Vorderes kostet so viel, Hinteres so viel, diese Gattung so viel, der Durchschnittspreis ist so viel, das Kuhfleisch hat diesen Preis, das Ochsen- und Mastviehfleisch diesen, Büffel jenen Preis, dann könnte man sich sofort richten, welcher Fleischpreis eigentlich herrscht. Es wird jetzt nur auf dem einen Fleischpreise von 85 kr. losgehaut, was den Mastochsen betrifft. Sehen Sie sich die Berichte von Budapest an, dort steht klar und deutlich, welche Sorte, welcher Preis und welcher Durchschnittspreis und auch die Qualität, ob es von Ochs, Kuh oder Büffel ist, und das ist, meine Herren, einer der hochwichtigen Punkte.

Weiters vermisse ich in der Petition die Berührung der Verzehrungssteuer, insbesondere für Wild und für andere Approvisionierungsartikel. Es wäre sehr gut gewesen, auch das zu berühren, dass sie nicht allein für Rindvieh, sondern auch für alle anderen Approvisionierungsartikel fallen solle, denn ich weiß nicht, wieso wir dazu kommen, dass unsere Stadt als geschlossen betrachtet wird und wir daher einen viel theuereren Kaufpreis als die Nachbarortschaften zu zahlen haben.

Das hätte also in der Petition näher berührt werden sollen. (Gem.-Rath Hawranek: Das ist der Antrag Schlögl!)

Meine Herren! Es ist schon spät; ich hätte sehr viel in dieser Angelegenheit zu sagen, aber es wird jedenfalls die Gelegenheit kommen, wo ich mich ganz aussprechen kann. Ich will heute nicht öffentlich Vorwürfe gegen die Commune oder gegen unsere Verwaltung erheben, bezüglich dessen, was sie in der Approvisionierungsfrage zu thun unterlassen hat; aber bei nächster Gelegenheit werde ich diesbezüglich meine Meinung aussprechen.

Ich bitte Sie, meine Herren, die Petition womöglich einstimmig anzunehmen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Referent: Nach diesem Contraredner (Sehr gut! rechts) muss ich wohl etwas ausführlicher werden. Ich werde Sie aber doch nur einige wenige Minuten aufhalten. Ich habe geglaubt, es sei nothwendig, dem löblichen Gemeinderathe die Gelegenheit zu geben, sich über diesen Gegenstand auszusprechen, weil die ganze Bevölkerung Wiens durch diese Frage lebhaft afficiert ist, und weil diese Frage auch in den Kreisen der Interessenten eine begreifliche Aufregung hervorgerufen hat. Es ist also nothwendig, dass eine Gemeindevertretung, in welcher alle Kreise der Gesellschaft vertreten sind, sich über den Gegenstand ausspreche; natürlich aber habe ich mir vorgestellt, dass, wenn sich jemand ausspricht, er sich in diesem Sinne ausspreche, wie ich beantragt habe (Sehr richtig! rechts), nämlich, dass er Stellung nimmt zu dem, was jetzt vorgeht, und gegen das, was von anderer Seite beabsichtigt wird, und was wir alle — das ist anerkannt — als nachtheilig ansehen. (Sehr richtig! rechts.)

Ich habe mir also gedacht, dass deswegen von diesem Gesichtspunkte aus alle anderen Fragen, also insbesondere die, welche sich auf die Details in unseren Approvisionierungsanstalten beziehen, vorläufig in den Hintergrund geschoben werden, selbst die Frage der Commissionäre und all das. Aber, meine Herren, was soll man mit einer Phantasie, wie sie die Herren Collegen Hawranek und Gregorig haben, anfangen. Da ist alles vergeblich. Wenn vom Ochsen am Schlachtviehmarkte die Rede ist, ist der Jude schuld, und handelt es sich um Unterziehhosen mit einem Fuß, so so ist der Jude daran schuld. Ja, das ist die krankhafte Phantasie. (Rufe: Das ist Thatsache!) Sehen Sie, meine Herren, die gefesselte Phantasie, was sie immer hört und sieht, immer ist nur der Jude dahinter. (Unruhe und Unterbrechung links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte Sie, Sie sind in aller Ruhe angehört worden; ich weiß nicht, welchen Begriff Sie von Redefreiheit haben. (Widerspruch und Zwischenrufe seitens des Gem.-Rathes Jedlička.) Wenn es Ihnen so lästig ist, gehen Sie hinaus. (Gem.-Rath Jedlička: Ich lasse mich nicht hinaus schaffen.) Wenn Sie hier bleiben, müssen Sie Ruhe halten. Dasselbe Recht, wie Sie, hat auch jeder andere.

Referent (fortfahrend:) Sehen Sie, ich habe ganz ruhig gesprochen und bin auch niemandem nahe getreten. Wenn ein solcher Gegenstand zur Verhandlung kommt, muss man ihn sachlich behandeln.

Nachdem man Stellung nimmt zu dem Ansuchen der Fleischhauer-Genossenschaften, welche sagen: Wir besorgen, dass im Inlande zu wenig Vieh ist, dass der Viehstand immer mehr zurückgehen wird, wir sind der Meinung, es muss in dieser Richtung etwas geschehen, entweder müssen besondere Anstrengungen im Inlande gemacht oder ausländische Productionsgebiete herangezogen werden, und nachdem der volkswirtschaftliche Ausschuss beschließen soll, darüber wird zur Tagesordnung übergegangen, so muss man dagegen Stellung nehmen und das ist jetzt das Dringende. Ich habe geglaubt, dass in dieser Beziehung ein einmüthiger Beschluss des Gemeinderathes gefasst werden wird, dem gegenüber werde alles andere minder Wichtige zurückgedrängt werden.

Das ist mein Wunsch gewesen; ich habe mich getäuscht. Herr Gem.-Rath Gregorig hat sich sogar bestimmt gefunden, über die österreichische Industrie zu sprechen und sie eine Povelindustrie zu nennen. Meine Herren! Wenn das wo anders geschehen würde, in einem anderen Gemeinderathe, in einer anderen Stadt, es würde alles aufstehen und so einen Ausspruch annageln für alle Zeiten. (Lebhafter Beifall rechts!) Das darf man nicht. Wenn es selbst so wäre, so müsste man eine solche Bemerkung unterdrücken. (So ist

es! rechts.) Es ist aber Gott sei gedankt nicht so, die österreichische Industrie steht mit Ehren da und kann sich überall blicken lassen und hat überall erste Preise errungen. Deßhalb spricht man auch nicht so; das ist meine Meinung. (Lebhafter Beifall rechts. — Gem.-Rath Gregorig: Jüdischer Schwindel! Judenschwindel!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Gregorig, ich muss Sie zur Ordnung rufen!

Gem.-Rath Gregorig: Die drüben auch!!

Referent (fortfahrend): Herr Collega Dr. Lueger hat sich auch mit den Übelständen am Wiener Markte beschäftigt; alles andere interessiert ihn nicht, nur das, dass die Übelstände am Wiener Markte constatiert werden.

Dasselbe sagen Oberndorfer und Dötz auch. Sie wollen mit den Ochsen gar nicht nach Wien kommen, sondern sind der Ansicht, die Fleischhauer sollen hinauskommen und schön bitten, dass sie Ochsen bekommen, um damit nach Wien fahren zu können.

Das, was Herr Jedlička angeregt hat, wird ja von der Regierung versucht, und man beschäftigt sich damit, allerdings nicht in der Form, sondern die landwirtschaftlichen Casinos sollen constatieren: Wie viel Thiere sind in jedem Bezirke? Wann werden die Thiere fertig? Wann können sie zur Station gebracht werden, wer ist der Mittelsmann, ein Bauer oder ein Geschäftsmann, der die Thiere nach Wien bringt und den Verkauf vermittelt? Das geschieht ja.

Eine weitere Intervention, die eines kaiserlichen Commissärs, der den Preis bestimmen soll, ist nicht möglich. Wenn nach dem Auslande exportiert wird, so wird man sich nicht darum kümmern, welche Organe aufgestellt sind, sondern man wird die Thiere verkaufen, wo sie am besten an den Mann zu bringen sind.

Meine Herren! Ich schließe. Ich bitte noch einmal, wenn schon die Debatte nicht das ersprießliche Resultat geliefert, wie ich hoffte, wenigstens die Anträge einstimmig anzunehmen. Dagegen möchte ich bitten, die anderen Anträge, insbesondere den Antrag Dr. Lueger, abzulehnen. (Widerspruch.) Das geht nicht in der Weise. Wir werden uns ja selbst in der Gemeinde mit den Details beschäftigen. Aber wenn man sagt, eine neue Marktordnung soll erlassen werden, so müssen wir doch sagen, was soll darin stehen? Aber heute erklären: Hinaus mit den Commissionären und der Depositenbank, das geht nicht. Wir müssen der Regierung sagen, was an deren Stelle gesetzt werden soll.

Dass der Großmarkt ohne Vermittler, Agenten, Sensale, ohne Factoren oder wie immer Sie sie nennen, nicht bestehen kann, das ist klar; wer sollte die Sachen dann verkaufen? Oder soll jeder mit seinem Ochsen nach Wien kommen und ihn selbst verkaufen? Das wäre eine Unmöglichkeit. Darum geht es nicht an, die Sache so in Bausch und Bogen, mit dem großen Besen zu behandeln, sondern eine solche Sache muss studiert werden. Dazu ist heute keine Zeit, ich glaube, wir sollten uns jetzt nicht mit eigenen Angelegenheiten beschäftigen, sondern Stellung nehmen zur ersten und wichtigsten Frage. Deshalb bitte ich, die Anträge, wie ich sie gestellt habe, anzunehmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Dr. Scholz (zur Berichtigung): Es hat sich ein College von dieser (linken) Seite mit einigen Aussprüchen beschäftigt, die ich gethan haben soll. Dem gegenüber constatiere ich, was ich gesagt habe.

Ich habe bei Gelegenheit der Commission in der Central-Markthalle zu einigen Collegen dieser Commission geäußert: Wenn die Bevölkerung sich entschließen könnte, an einem Tage der Woche Fische zu essen, so wäre dieser Umstand allein geeignet, einen Druck auf die Fleischpreise auszuüben. Wenn des weiteren der Fisch so billig wäre, als er damals angekündigt war, so würde die Ersparnis beim Einkaufe den ärmeren Leuten ermöglichen, diese Ersparnis auf den Fleischpreis zu werfen und doch Fleisch einzukaufen. Das habe ich gesagt. Das hat nun einer von den Marktinteressenten gehört, rennt in die Markthalle, und erzählt dort die Äußerungen, die Herr Gem.-Rath Jedlička angeführt hat. Diese habe ich aber nicht gethan. Die Herren, die bei der Commission waren, wissen es schon.

Gem.-Rath Dr. Stern (zur Geschäftsordnung): Es ist zu Beginn der Debatte von einigen Rednern das Wort in einer Weise geführt worden, welche zu qualificieren ich das richtige Wort nicht finde, daher auch unterlasse. Es ist mir leider durch den angenommenen Schluss der Debatte und Wahl der Generalredner unmöglich geworden, darauf zu erwidern. Umsomehr musste ich erwarten und hätte erwartet, dass ein solcher Ton einer Debatte, wie er wahrhaftig dem Gemeinderathe nicht zur Ehre und der Stadt Wien nicht zum Nutzen gereicht (Unruhe links), von competenter Seite aufs entschiedenste zurückgewiesen werden würde. (Lebhafter Widerspruch und Lärm links.) Dies ist nicht geschehen und darüber fühle ich mich verpflichtet und berufen, das Bedauern auszusprechen. Ich erkläre ganz offen und ein für allemal: ich werde in keiner Weise dulden, dass hier im Gemeinderathe so lange ich Mitglied desselben bin, die Angehörigen meiner Confession in solcher Weise verletzt werden. Dagegen gewährt die Geschäftsordnung Schutz, und ich hoffe und spreche die Erwartung aus, dass die Geschäftsordnung in entsprechendem Sinne gehandhabt werden wird. (Widerspruch links.)

Gem.-Rath Bärtl (zur Abstimmung): Ich beantrage über dieses Referat, respective über diese Petition, namentliche Abstimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich ersuche die Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Abstimmung): Ich beantrage, dass über den von mir gestellten Antrag ebenfalls namentlich abgestimmt werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es wird beantragt, über den Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger ebenfalls namentlich abzustimmen. Ich ersuche jene Herren, welche hiemit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht. — Zwischenrufe und Gelächter links.) Es ist wirklich im höchsten Grade unzulässig, die Abstimmung zu kritisieren. Sie verlangen für sich selbst die Freiheit der Abstimmung und wollen Sie anderen nicht zugestehen. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist abgelehnt.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich bitte um das Wort zur Abgabe einer Erklärung, wie es Herr Dr. Stern gethan hat. Angesichts des Umstandes, dass der Herr Bürgermeister der Stadt Wien sich gegen meinen Antrag ausgesprochen hat, angesichts des Umstandes, dass die Majorität die namentliche Abstimmung über den von mir gestellten Antrag abgelehnt hat, angesichts des Umstandes also, dass auf den eigentlichen Krebsschaden der ganzen Approvisionierung Wiens nicht eingegangen wird, werde ich den Saal verlassen und es der Majorität überlassen, wie sie mit der Sache

fertig wird. (Zustimmung links. — Die meisten Herren Gemeinderäthe der linken Seite verlassen den Saal.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte jene Herren, welche für den Referenten-Antrag sind, mit Ja, die anderen mit Nein zu stimmen.

Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Schrenckh stimmen mit Ja folgende Herren Gem.-Räthe: Adam, Altenberg, v. Bachofen, Bärtl, Beutnitz, Dehm, Dolainski, Erndt, Dr. Friedjung, Fuchs, Gerhardus, Geyer, Glasauer, v. Götz, Ritt. v. Goldschmidt, Bürgermeister Dr. Grübl, Herold, Herrdegen, Dr. Huber, Kaiser, Kaspar, Kirchmayer, Dr. Klotzberg, Koch, Dr. Linke, Vice-Bürgermeister Matzenauer, Mayer, Dr. Mittler, Müller Josef, Müller Karl Joh., Dr. Rechansky, Vice-Bürgermeister Dr. Richter, Schieferl, Schneiderhan, Schöderböck, Dr. Scholz, Schrenckh, Seidler, Seiler, Dr. Stern, Stiaßny, Tagleicht, Taubler, Dr. Uhl, Vaugoin, Dr. Vogler, Wessely Ignaz Fr., Wessely Vinc., Winter, Witzelsberger, Wünsch, Wurm, Dr. Zimmermann.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der Antrag des Herrn Referenten wurde mit 53 Stimmen angenommen und bringe ich zur Abstimmung den Antrag Dr. Lueger, welcher dahin geht: Es sei der Petition noch beizufügen eine Bitte: es möge der Zwischenhandel und die Depositenbank auf dem Schlachtviehmarkte beseitigt und eine neue Marktordnung zum Schutze der Käufer und Verkäufer eingeführt werden.

Ich bitte jene Herren, welche dafür stimmen, dass dieser Zusatz zur Petition gemacht werde, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Der Gegenstand ist erledigt.

Beschluss: Die zur Verlesung gebrachte Petition in Angelegenheit der Fleischapprovisionierung ist dem hohen Abgeordnetenhause zu überreichen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, ich appelliere an Ihren Opfermuth, nur noch kurze Zeit hier zu bleiben, es sind noch zwei höchst dringende Referate.

21. (8286.) **Referent Gem.-Rath Stiaßny:** Beilage Nr. 260. Der Gegenstand, über welchen ich zu referieren die Ehre habe, betrifft den Statthalterei-Erlass bezüglich der Verzichtleistung auf die Durchführung von Straßenzügen innerhalb des Complexes der Alserkaserne für den Fall der Verwendung derselben für Universitätszwecke, beziehungsweise Herstellung klinischer Institute.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte die Herren Schriftführer, auszuzählen. Ich bitte zu diesem Behufe die Herren, ihre Plätze einzunehmen. (Nach der Auszählung:) Es sind 47 Mitglieder anwesend.

Referent (fortfahrend): Im Jahre 1888 hat der Gemeinderath angenommen, dass durch die Realität des Allgemeinen Krankenhauses Straßen geführt werden, und zwar drei Längs- und zwei Querstraßen.

Damals ist der Gedanke vorgeschwebt, dass das Allgemeine Krankenhaus von der Stelle, an welcher es sich seit der Gründung unter Kaiser Josef befindet, beseitigt und an eine andere Stelle verlegt werden soll. Von diesem Gedanken ist aber die Unterrichtsverwaltung seit einigen Jahren abgekommen und trägt sich mit der Absicht der Erwerbung der Alserkaserne und der Hinzufügung des Areals derselben zur Vergrößerung des Allgemeinen Krankenhauses. Soll das Krankenhaus an seiner Stelle belassen werden, was jetzt als ausgemachte Sache gilt, dann müsse den traurigen Zuständen, welche, wie der geehrte Gemeinderath weiß, an einigen klinischen Instituten herrschen, ein Ende gemacht werden. Insbesondere sind es die chirurgischen Kliniken, welche sowohl infolge Raummangels für Patienten als noch mehr durch Raummangel für die Studenten ein Gegenstand fortwährender Klagen in den betheiligten Kreisen geworden sind.

Die Unterrichtsverwaltung will nicht nur die klinischen Institute vermehren und ausdehnen, sondern beabsichtigt auch, einige wissenschaftliche Institute auf der Area der Alserkaserne zu erbauen. Der Erwerb der Kaserne geschieht jedoch nur dann, wenn das ganze Areale der Alserkaserne und einiger anderer Realitäten, die hier nicht in Betracht kommen, da sie sich im Privatbesitze befinden, in das Eigenthum der Unterrichtsverwaltung, beziehungsweise in das Eigenthum der Krankenanstalt, übergeht.

Aus diesem Grunde hat die Statthalterei an den Gemeinderath das Ansuchen gestellt, die Baulinienbestimmung in der Weise vorzunehmen, dass die ganze Area der Alserkaserne zu der Fläche des Krankenhauses geschlagen werden könne.

Die Vortheile, welche für die Gemeinde erwachsen, sind in die Augen springend. Erstens wird durch den Umbau der Alserkaserne der Beginn zur Erweiterung der Alserstraße an ihrer schmälsten Stelle gegenüber dem Landesgerichtsgebäude vorgenommen werden, und dieser Umbau erfolgt gewiss nur, wenn die Kaserne von der Unterrichtsverwaltung erworben werden wird; zweitens wird den Zuständen, welche in den Kasernenhöfen, die gegen die Frank- und Schwarzspanierstraße liegen, herrschen und welche geradezu beschämend sind, ein Ende gemacht werden; die Herren wissen, dass Stallungen dort postiert sind, welche durch ihren penetranten Geruch die ganze Gegend behelligen; dass an die Renovierung dieses Kasernentractes nicht gedacht wird, weil die Militärverwaltung weiß, dass über der Kaserne der Beschluss der Demolierung schwebt. Endlich ist der dritte große Vortheil der erzielt wird, dass für die Wissenschaft eine passende Bildungsstätte geschaffen wird, und dass eine große Anzahl von Kranken, welche jetzt vergeblich auf Heilung im Krankenhause harren und dort abgewiesen werden müssen, ihre Unterkunft finden werden.

Gegenüber diesen bedeutenden Vortheilen, welche der Gemeinderath gewiss würdigen wird, tritt vollkommen in den Hintergrund, wenn das Stück der Schwarzspanierstraße zwischen der Garnisonsgasse und der Kaserne und das gleichgelegene Stück der Frankgasse zu Sackgassen gemacht werden.

Der dadurch herbeigeführte Übelstand kann zum Theile wettgemacht werden. Die Gemeinde kann sich bei Verbauung der Area der Alserkaserne ein maßgebendes Votum in Bezug auf die Art und Weise der Verbauung bedingen. Beispielsweise soll angenommen werden, dass die genannten Gassen mit Portalanlagen abgeschlossen werden, dass die neu zu erbauenden Häuser Fronten gegen jene Gassen bekommen werden, so dass die Gegend durch die Neubauten gewiss nur geziert wird.

Demzufolge werden Sie begreiflich finden, wenn ich Ihnen den einstimmig gefassten Beschluss des Stadtrathes vorlege, welcher lautet (liest):

„Es werde für den Fall der Erwerbung der Alserkaserne durch den k. k. Krankenanstaltenfond und der Errichtung klinischer, eventuell auch anderer Universitätsinstitute daselbst auf die Durchführung von Straßenzügen durch den Complex der Alserkaserne mit dem

Vorbehalte verzichtet, dass beim Umbaue der bestehenden Objecte die Straßenerweiterung in der Alserstraße entsprechend der genehmigten Baulinie für diese Straße vom k. k. Krankenanstaltenfonde vorgenommen, der Abschluss der Area gegen die Frankgasse, Schwarzspanierstraße und Rothehausgasse in einer den ästhetischen Anforderungen möglichst entsprechenden Weise und im Einvernehmen mit der Gemeinde Wien hergestellt, beziehungsweise im Falle die beabsichtigte Erwerbung der Baustellen IV, V, VI (welche sich im Privatbesitze befinden) an der Rothehausgasse thatsächlich erfolgen und hiedurch die Schließung der Rothehausgasse ermöglicht werden sollte, wegen Erwerbung des Straßengrundes dieser Gasse das Einvernehmen mit der Gemeinde Wien gepflogen werde; ferner, dass auch der Abschluss gegen die Nachbargebäude im Einvernehmen mit der Gemeinde festzustellen sei.

Weiters wird bedungen, dass die Abtretung des zur Verbreiterung der Alserstraße erforderlichen Grundes unentgeltlich zu erfolgen habe."

Diese Anträge wahren das Interesse der Gemeinde vollständig, und ich bitte daher um deren Annahme.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Ich habe nur zwei Worte zu bemerken und bitte Sie, auf Folgendes Ihr Augenmerk zu lenken. Der Complex des Krankenhauses ist ein so großer, dass er nicht vollständig vom Verkehre abgesperrt werden kann. Ich beantrage demnach, dass der Gemeinderath wenigstens den Wunsch ausspreche, es möge bei der Anlage, beim Ausbaue dieses Complexes auch darauf Rücksicht genommen werden, dass ein Durchgang angelegt wird. Es kann dies ein gedeckter Raum sein und sich unter dem ersten Stock befinden. Ich bitte also, dem Wunsche der Bevölkerung in diesem Bezirke Rechnung zu tragen.

Gem.-Rath Karl Müller: Meine Herren! Ich kann mich in meinen Ausführungen dem geehrten Herrn Vorredner nur anschließen. Von der Garnisonsgasse bis zur Mariannengasse ist dann keine einzige Verbindung. Es ist dann ein großer Complex da und kein Durchgang daselbst. Ich glaube, dass sogar eine Durchfahrt durch das Spital nothwendig ist. Sie schädigen sonst die ganze Häusergruppe dort. Bezüglich des Spitales ist das eine Leichtigkeit; wir müssen das schaffen, was bei einer Neuanlage möglich ist. Es ist also als Wunsch ausgedrückt, zu wissen, dass dort eine Fahrstraße durchgeführt werde. Wie, das ist Sache der Verwaltung.

Gem.-Rath Dr. Scholz: Ein Durchgang durch das Krankenhaus, meine Herren, findet auch jetzt statt. Durch die Einbeziehung der Alserkaserne wird der Stadt ein weiterer Schaden nicht zugefügt, man kann heute durch die Kaserne so wie so nicht durchgehen. Eine Durchfahrtsstraße durchs Krankenhaus halte ich für absolut unmöglich, weil durch ein Krankenhaus, besonders von dieser Ausdehnung, keine Straße durchgeführt werden kann. Wenn also der Wunsch acceptiert wird, dass ein Durchgang für die Bevölkerung offen gehalten werde, so könnte ich mich dem insofern noch anschließen, als vielleicht der bestehende Zustand erhalten und gewahrt werde. Aber gegen eine Durchfahrt müsste ich mich entschieden aussprechen, weil diese in einem Krankenhause unzulässig ist.

Gem.-Rath Ritt. v. Goldschmidt: Meine Herren! Ich werde mich mit Rücksicht auf die späte Stunde sehr kurz fassen. Ich stehe mehr auf dem Standpunkte der beiden ersten Vorsprecher, der Herren Dr. Friedjung und Karl Müller; ich gehe aber viel weiter wie dieselben. Wenn Sie sich den Plan ansehen, so werden Sie staunen über die große Distanz, welche zwischen jenen Straßen existiert, welche heute noch verkehrsfähig sind, und welche uns nun für immer abgeschlossen werden sollen. Einen Abänderungs-Antrag zu stellen ist jedoch in diesem Momente nicht möglich und bleibt nichts übrig, als gegen den Antrag zu stimmen. Von den vielen Straßen, die hier aufgelassen werden, sollte wenigstens eine erhalten werden.

Das kann gewiss in irgendeiner Weise combiniert werden. Ich schließe mich dem Herrn Vorredner an, welcher gesagt hat, dass noch einige wissenschaftliche Institute gegründet werden sollen. Um so besser, man kann sie ganz gut separieren, es ist ja nicht nothwendig, dass sie in demselben Complex sind.

Ich werde also ein Project verfassen lassen, in dem wenigstens eine Straße geschont wird. Da ich aber nicht in der Lage bin, heute ein solches Project vorzulegen, so bitte ich um die Rückleitung des Antrages an den Stadtrath. Ich bitte meinen hochgeehrten Freund und Referenten, mich diesfalls zu entschuldigen.

Gem.-Rath Dehm: Als Vertreter des IX. Bezirkes habe ich auch einige Worte an Sie zu richten. Als es bekannt geworden ist, dass die Alserkaserne ebenfalls zur Demolierung bestimmt wurde, habe ich das mit großer Freude begrüßt, weil ich dachte, dass nun endlich diesen sanitären Übelständen abgeholfen werden wird, und dass es auch möglich sein wird, eine Straße durchzuführen. Hiebei habe ich aber eine Straße hauptsächlich im Auge gehabt, welche an der Grenze der Alserkaserne bestimmt war, in welche die beiden neu gebauten Straßen, die Frankgasse und Schwarzspanierstraße, einzumünden hätten. Nachdem aber diese Hoffnung nicht erfüllt werden kann, und ich sehe, dass der Krankenhausfond diese Objecte ankaufen und einer Art der Verbauung zuführen wird, welche genügenden Licht- und Luftzutritt gewährt, so dass die sanitären Verhältnisse unter allen Umständen verbessert werden, so werde ich mich nicht dagegen aussprechen. Ich habe nur den Wunsch, nachdem der Herr Referent ohnehin erwähnt hat, dass als Abschluss der beiden erwähnten Straßen ein Portale hergestellt wird, dass an das Krankenhaus das Ersuchen gestellt werde, dass wenigstens einer davon als Durchgang benützt wird, so zwar, dass die Verbindung der Frankgasse mit der Mariannengasse wenigstens für Fußgänger ermöglicht werde, dass aber zweitens unter allen Umständen darauf hingewirkt werde, dass als Abschluss der heutigen Alserkaserne gegen die neu erbauten Häuser keine Feuermauer aufgestellt werde, weil durch dieselbe die Hauseigenthümer und Parteien der neu erbauten Häuser in empfindlicher Weise geschädigt würden. Es soll ein freier Platz geschaffen werden, damit es ermöglicht würde, eine Verbindung der Frankgasse mit der Mariannengasse vielleicht durch einen Durchgang für Fußgänger herzustellen. Ich bitte, dem Antrage des Referenten zuzustimmen, als Zusatz aber diesen Wunsch einzufügen.

Gem.-Rath Josef Müller: Ich möchte Folgendes bemerken: Als man geglaubt hat, dass die Alserkaserne noch als solche lange Zeit bestehen werde, wurde allgemein der Wunsch rege, sie zu cassieren und zu Zwecken von Spitalsinstituten zu adaptieren. Jetzt ist die Sache auf der Tagesordnung und jetzt will man wieder, dass überall dort Straßen durchgehen. Ich mache Sie auf die Situation aufmerksam. Durch Annahme dieses Projectes wird keine große directe Straße gestört. Denn die Alserstraße vereinigt sich mit der Lazarethgasse nahezu in einer Spitze.

Es ist also nicht nothwendig, das, was dazwischen liegt, zu einer großen Straße auszugestalten.

Die Lazarethgasse und die Währingerstraße treffen unterhalb des Bürgerspitales in einem Dreieck zusammen. Wollen Sie noch eine Parallelstraße der Alserstraße, so wäre das eine ganz secundäre Straße. Wenn es wirklich wahr wäre, dass ein großer Straßenzug durch diese Realität unterbunden würde, so müsste man das verlangen. Aber Sie sehen, dass beide Linien, die Alserstraße mit der Lazarethgasse und die Lazarethgasse mit der Währingerstraße in Verbindung stehen; die Entfernungen sind keine großen und daher ist eine genügende Verbindung gewiss hergestellt.

Wenn ein Durchgang verlangt wurde, so kann man ja dem zustimmen, aber man muss auch den Zweck im Auge haben, welchem die Realität dienen soll, und dieser Zweck ist ein so löblicher und liegt so im eminenten Interesse der Bevölkerung, dass man die Interessen des Localverkehres hier beiseite lassen muss. Ich ersuche, den Anträgen des Referenten zuzustimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Zum Worte ist Herr Gem.-Rath Kaiser gemeldet. Da jedoch die Versammlung nicht mehr beschlussfähig ist, so wird derselbe in der nächsten Sitzung zu Worte kommen.

Die Debatte über die Anträge ist geschlossen.

Vor Schluss der Sitzung hat sich zur Geschäftsordnung Herr Gem.-Rath Steiner zum Worte gemeldet. Er ist nicht anwesend.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 8 Uhr 30 Minuten abends.)

* * *

Nachtrag: In der öffentlichen Sitzung des Gemeinderathes vom 5. October d. J. hat Herr Gem.-Rath Jedlička eine Interpellation wegen Beschädigung eines Wirtes durch die Gasgesellschaft eingebracht, welche mit drei Fragepunkten an den Bürgermeister schloss. Durch ein Versehen bei der Copierung dieser Interpellation für das Amtsblatt ist der Punkt 2 ausgeblieben.

Dieser hier nachgetragene Punkt 2 lautet:

„Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dem auf diese Art Beschädigten durch seine Intervention zu seinem Rechte zu verhelfen?"

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 20. November 1894.
Mittwoch, den 21. November 1894.
Donnerstag, den 22. November 1894.
Freitag, den 23. November 1894.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **7. November 1894.**

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende:

Dr. v. Billing,	Müller,
Boschan,	Dr. Rechansky,
v. Götz,	v. Neumann,
Dr. Hackenberg,	Rückauf,
Dr. Huber,	Schlechter,
Dr. Klotzberg,	Schneiderhan,
Kreindl,	Stiaßny,
Dr. Lederer,	Baugoin,
Dr. Lueger,	Dr. Vogler,
Matthies,	Witzelsberger,
Mayer,	Wurm.

Schriftführer: Magistrats-Secretär Roßner.

Vice-Bürgermeister Matzenauer eröffnet die Sitzung.

(8848.) **St.-R. Wurm** referiert über die Baulinienbestimmungen in der Quaistraße von der Kaiser Franz Josefsbrücke in Hietzing aufwärts und beantragt:

Es werden folgende Baulinien bestimmt:

1. Für die Quaistraße (oberer Theil) die Linie A B von der Verbindungsbahnbrücke bis zur Kirchengasse;

für die Quaistraße (oberer Theil) die Linie C D E von der Kirchengasse bis zur Fleschgasse;

für die Quaistraße (oberer Theil) die Linie F G von der Fleschgasse bis zur Josefigasse; mit 7·50 m breiten Vorgärten.

2. Für die Badhausgasse zwischen der neuen Quaistraße und der Wiengasse die Linien L' L'' und M O ([23 m Breite] Vorgärten bei L' L'' 5 m).

3. Für die Quaistraße (unterer Theil) die Linie H' I' von der Josefigasse bis zur Wienflussgasse;

für die Quaistraße (unterer Theil) die Linie K' L' von der Wienflussgasse bis zur Badhausgasse; mit 7·50 m breiten Vorgärten.

4. Für die Quaistraße von der Badhausgasse bis zur Einmündung der Wiengasse die Baulinie a b mit der Abkappung b c und der Breite von 15 m, von da bis zur Hauptstraße die Baulinie e'' f mit einer Abkappung bei f und mit 4 m breiten Vorgärten. Für die Wiengasse parallel zu der Straßenfront bei Nr. 7, 9, 11, 13 die Baulinie c' d'' bei einer Breite von 12 m und die Baulinien c d e einerseits und d'' e'' andererseits (in letzterer Strecke mit 4 m breiten Vorgärten).

5. Der Platz bei der Kaiser Franz Josefsbrücke wird symmetrisch auszubilden sein.

6. Die Niveaux nach dem Längenprofile, beziehungsweise den eingezeichneten Coten des Lageplanes.

7. Die Verbauungsart mit geschlossenen Fronten in der Vorgartenlinie.

8. Verweisung der Einwendungen der Anrainer auf die Nothwendigkeit, eine genügende Breite der Verkehrsstraße und die Möglichkeit einer Überbrückung durch Niveauhebung zu schaffen, hinsichtlich der Vorgärten aber auf die im § 82 der Bauordnung und im Charakter dieses Gebietstheiles gelegene Angemessenheit einer solchen Anordnung von Vorgärten, hinsichtlich der übrigen Anforderungen aber auf die seinerzeitige Straßendurchführung, beziehungsweise Niveauherstellung, endlich bezüglich der Änderung der Stationsanlage das Ersuchen an die Commission für die Wiener Verkehrsanlagen zu richten, das Erforderliche wegen Änderung des Bahnprojectes einleiten zu wollen, wobei sich die Gemeinde Wien selbstverständlich die Stellung der erforderlichen Bedingungen bei der einzuleitenden politischen Begehung vorbehält. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8797.) **Derselbe** referiert über die Schlussrechnung für die Aufsetzung des dritten Stockwerkes auf das städtische Schulgebäude XVI. Bezirk, Ottakring, Seitenberggasse 10, und beantragt, dem bei dieser Bauführung beschäftigt gewesenen Hauptpolier August Peciwal an Stelle der Gleichengelder eine Gratification von 40 fl. und dem Vicepolier und Bauzeichner Adolf Ilek eine solche von 30 fl. zu bewilligen, ferner zur Ausgabs-Rubrik XII g 1 einen Zuschusscredit von 2323 fl. 67 kr. zu bewilligen. (Angenommen.)

(8728.) **Derselbe** referiert über die Vergebung der Kunststeinarbeiten, der Specialrundbrenner und der Etagen-Gasdruckregulatoren für den Schulbau III. Bezirk, Kölbl-Kleistgasse, und beantragt auf Grund des Kostenanschlages:

1. die Herstellung der Kunststeinarbeiten der Firma J. Matscheko & Schrödl mit einem Nachlasse von 4 Percent;

2. die Lieferung der Specialrundbrenner der Firma Emil Jaeckle zu den Einheitspreisen;

3. die Lieferung der Etagen-Gasdruckregulatoren der Firma Moriz Ramsberger zu den Einheitspreisen zu übertragen. (Angenommen.)

(8871.) **Derselbe** referiert über das infolge Wasserleitungs-Rohrlegung unter dem Bahnobjecte in der Gunoldstraße in Heiligenstadt mit der k. k. Eisenbahn-Betriebsdirection zu treffende Übereinkommen und beantragt die Ausstellung des diesfalls geforderten, in derlei Fällen üblichen Reverses und Zahlung des angeforderten Anerkennungszinses von jährlich 50 kr. seitens der Gemeinde. (Angenommen.)

(8813.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des städt.-del. Bezirksgerichtes Hernals um Einführung der Gasbeleuchtung in die Küche des Gefangenaufsehers und beantragt, diese Gaszuleitung mit dem Kostenbetrage von 22 fl. auf Kosten der Gemeinde herstellen zu lassen; Zuleitung und Gasluster haben jedoch im Eigenthume der Gemeinde zu bleiben und hat das k. k. Ärar die Beleuchtungskosten und die Gasmesserrente zu tragen. (Angenommen.)

(8504.) **Derselbe** referiert über die Bestimmung der Verbauungsweise für einen Theil der Alseggerstraße in Gersthof, XVIII. Bezirk, und beantragt, es seien in der Strecke der Alseggerstraße zwischen der Feld- und Bergsteiggasse auch auf der Seite der ungeraden Nummern Vorgärten in der Breite von 4·45 m anzulegen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8432.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Ferd. Seif um Bekanntgabe der Schadloshaltung für den von der Realität Or.-Nr. 8 Schulerstraße, I. Bezirk, abzutretenden Grund und beantragt die Einleitung der Schadloshaltungsverhandlung noch vor Durchführung des Umbaues, jedoch auf Kosten des Gesuchstellers und Beschränkung der Giltigkeit der zu bestimmenden Schadloshaltung auf die Dauer von zwei Jahren. (Angenommen.)

(8433.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Georg König und Brüder um Schadloshaltung für die Grundabtretung bei Nr. 6 Fischerstiege, I. Bezirk, und beantragt, die Schadloshaltung für den von dieser Realität abgetretenen Grund im Ausmaße von 26·28 m² mit 40 fl. per Quadratmeter festzusetzen. (Angenommen.)

(8198.) **Derselbe** referiert über das neuerliche Offert der Dampftramway-Gesellschaft vormals Krauß & Comp. um käufliche Übernahme der städtischen Parcellen 134/1, 135, 136/1, 2 und 3, Einl.-Z. 511, 512/1 und 2 in Hietzing und Einl.-Z. 354 in Penzing und beantragt, den Magistrat zu beauftragen, einen neuen Antrag auf Grund der bestimmten Baulinien zu stellen. (Angenommen.)

(8455, 8838.) **Derselbe** referiert über dringende Herstellungen in der Naturalwohnung des Leiters der k. k. Bezirkshauptmannschaft Hietzing Umgebung und beantragt die Herstellung eines harten Brettelbodens im Zimmer top. Nr. 137 und die Reparatur der Fenster der Amtswohnung des Leiters der k. k. Bezirkshauptmannschaft Hietzing Umgebung mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 152 fl. 92 kr. sowie die Bewilligung eines weiteren Betrages von 150 fl. für die Instandsetzung der Tapeten, Malerei rc. Zur Deckung der Kosten ist ein Zuschusscredit von 302 fl. 92 kr. zur Ausgabs-Rubrik XII 4 d zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8603.) **Derselbe** referiert über den neuerlichen Bericht puncto Herstellung einer Fahrbrücke sammt Zufahrtsstraße über den Lainzerbach zwischen der Brunnengasse und Hetzendorferstraße im XIII. Bezirke Lainz und beantragt:

1. für die Abtretung des 82·16 □° umfassenden Theiles der Parcellen 314, Grundb.-Einl. 150 in Speising, zu Straßenzwecken wird den Eheleuten Ferdinand und Thekla Handl die Erhöhung des Kaufpreises von 2 fl. auf 3 fl. per Quadratklafter gnadenweise bewilligt;

2. das Project für die Hebung des Heustadels Parcelle 139/2 und der Gartenplanke längs der Parcellen 139/2 und 120/7 wird im Sinne des Localaugenscheins-Protokolles vom 11. October 1894 mit dem Kostenbetrage von 220 fl. genehmigt;

3. zur Ausgabs-Rubrik XXIII 10 wird ein Zuschusscredit von 304 fl. 16 kr. bewilligt. (Angenommen.)

(8524.) **Derselbe** referiert über die Anregung des Vorstehers des VII. Bezirkes, betreffend die Durchführung der Dreilaufergasse von der Felberstraße bis zur Lindengasse, und beantragt, die Baulinienbestimmung für die eventuelle Verlängerung der Dreilaufergasse der Festsetzung des General-Baulinienplanes vorzubehalten.

(Angenommen.)

(8679.) **St.-R. Dr. Lueger** referiert über den vom Gem.-Rathe Kaiser und Genossen gestellten Antrag auf Umbau von drei dem Wiener Bürgerspitalsfonde gehörigen Häusern in der Kärnthnerstraße, I. Bezirk, und beantragt, es sei der Umbau der Häuser I., Kärnthnerstraße 24 (Hotel Meißl & Schadn) und I., Kärnthnerstraße 28 (Hotel Munsch), nach Ablauf der mit 1. November 1897 endigenden Bestandverträge im Principe zu beschließen, und hat das Stadtbauamt seinerzeit die geeigneten Vorschläge und Pläne, sowie die Bauprogramme derart rechtzeitig vorzulegen, dass im November 1897 mit dem Umbaue begonnen werden kann. (Angenommen.)

(8766.) **Derselbe** referiert über die Entscheidung des Oberlandesgerichtes vom 23. October 1894, Z. 14538, mit welcher bekanntgegeben wird, dass das Oberlandesgericht nicht in der Lage ist, allgemeine Weisungen an die unterstehenden Gerichte bezüglich Erledigung von Ansuchen um Bewilligung einer Trennung, beziehungsweise um bücherliche Ab- und Zuschreibung von Grundstücken zu ertheilen, dass es vielmehr der Gemeinde Wien überlassen bleibt, in jedem einzelnen Falle, in welchem sie sich beschwert erachtet, gegen den bezüglichen Grundbuchsbescheid zu recurrieren.

Referent beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(8747.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über das Ansuchen der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft um Einlegung eines Stockgeleises vor der Expeditionshütte beim Durchbruche der Arbeitergasse zur Steinbauergasse in der Arbeitergasse und beantragt, den Magistrat anzuweisen, wegen eventueller Anlegung eines Stockgeleises, falls die Ausführung eines solchen geplant ist, auf dem benachbarten Grundstücke — Anträge zu stellen. (Angenommen.)

(8598.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Lagerhausdirectors um Anschaffung einer Draisine und beantragt, die durch die Lagerhausverwaltung zu veranlassende Bestellung eines Bahnwägelchens bei der Maschinen- und Waggonbau-Fabriks-Actiengesellschaft in Simmering zu genehmigen und hiefür einen auf Requisiten-Conto zu verrechnenden Credit von 490 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(8390.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Wiener Tramway-Gesellschaft um Gestattung der Verwendung von Wägen ohne Deichsel auf allen ihren Strecken und beantragt, diese Bewilligung aus Sicherheitsrücksichten nicht zu ertheilen. (Angenommen.)

(8829.) **Derselbe** referiert über die Erlässe der k. k. n.-ö. Statthalterei vom 13. October d. J., Z. 81481, und vom 11. October d. J., Z. 80585, betreffend die Winterfahrordnung der Wiener Tramway-Gesellschaft, und beantragt:

Der vorliegende provisorische Winterfahrplan der Wiener Tramway-Gesellschaft (dritter Entwurf) wird seitens der Gemeinde Wien grundsätzlich abgelehnt, weil derselbe den von der letzteren und den anderen öffentlichen Factoren hinsichtlich einer angemessenen Fahrordnung wiederholt gestellten Forderungen in keiner Weise entspricht.

Im einzelnen muss hervorgehoben werden,

1. dass dieser Fahrplan nicht einmal den im h. Erlasse vom 11. October 1894, Z. 80585, zum Ausdrucke gebrachten Forderungen der k. k. General-Inspection der österreichischen Eisenbahnen hinsichtlich der Ausdehnung des verstärkten Nachmittagsverkehres entspricht, da dieselbe sich auf die große Strecke „Remise Hernals—Ottakringerstraße—Ring—Favoritenstraße—Himbergerstraße" gar nicht bezieht und für die stets überfüllte Linie „Simmering, Remise II—Rennweg—Porzellangasse" diese Verstärkung des Verkehres am frühesten, nämlich um 7 Uhr 6 Minuten abends endet;

2. dass die an und für sich mit Rücksicht auf die ohnehin großen fahrplanmäßigen Intervalle ganz unzulässige Clausel der 20percentigen Reduction des Verkehres in den Frühstunden noch immer aufgenommen erscheint, während doch die erfahrungsmäßig stärkste (und nicht schwächste) Frequenz in den Morgenstunden ungefähr zwischen 3/4 7 bis 1/2 9 Uhr auf allen wichtigen Radiallinien, insbesondere Hernals—Ring—Favoritenstraße — Himbergerstraße, Rudolfsheim — Nordwestbahnhof, Döbling — Ring — Margarethen — Schönbrunn, Kaiserstraße — Hotel Union, Rennweg—Porzellangasse, Weinhaus—Landstraße, herrscht.

Der Stadtrath stellt sohin an die hochlöbl. k. k. n.-ö. Statthalterei das dringende Ansuchen, die vorliegende provisorische Winterfahrordnung der Wiener Tramway ehethunlichst außer Kraft zu setzen, auf der präcisen Abstellung der in den Punkten 1 bis 4 des h. Erlasses vom 16. September 1894, Z. 69574, aufgezählten, bereits stereotyp gewordenen Gebrechen der Fahrordnung mit allem Nachdrucke zu beharren und die Gesellschaft zur Erbauung von Remisen in der Nähe der solcher entbehrenden Endstrecken, Vermehrung des Wagenparkes und Fahrpersonales zu verhalten. Auch wäre eine verschärfte Überwachung für die wirkliche Einhaltung der Fahrordnung, welche insbesondere hinsichtlich der rechtzeitigen Eröffnung des Betriebes von der Gesellschaft häufig nicht beachtet wird, in dringende Erwägung zu ziehen, wozu im Interesse der Controle und des Verkehres die Einführung thunlichst gleichmäßiger Intervalle auf den einzelnen Linien, wie dies bei der Neuen Wiener Tramway seit Jahren gilt, sich empfehlen dürfte.

St.-R. Dr. Lueger stellt folgenden Antrag:

Bei dem Umstande, als die Staatsbehörden den entscheidenden Einfluss auf den Tramwaybetrieb als in ihre Competenz gehörig betrachten und die Behörden der Gemeinde Wien nur Gutachten abzugeben haben, erwartet die Gemeinde, dass die h. k. k. n.-ö. Statthalterei endlich mit allen ihr zugebote stehenden Mitteln, eventuell mit der Verhängung der Sequestration gegen die Tramway-Gesellschaft vorgehe, um den geradezu scandalösen Zuständen in dem Betriebe des Tramwayverkehres seitens der Wiener Tramway-Gesellschaft ein Ende zu machen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, angesichts der stets gegen die Gemeinde gerichteten Anschuldigungen ausdrücklich hervorzuheben, dass die Gemeinde im Hinblicke auf die ihr zugewiesene geringe Einflussnahme in Tramway-Angelegenheiten jede wie immer geartete Verantwortung ablehnen müsse.

St.-R. Dr. Nechansky beantragt, statt des Wortes „scandalösen Zuständen" im Antrage Dr. Lueger folgende Formulierung: „.... unerträglichen und den Unwillen der Bevölkerung berechtigterweise erregenden Verhältnissen".

Die Referenten-Anträge, ferner der Zusatz-Antrag Dr. Lueger mit Modification Dr. Nechansky und der Zusatz-Antrag Dr. v. Billing werden einstimmig angenommen.

(8246.) **Derselbe** referiert über drei Gesuche aus dem IV. Bezirke um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Bewilligung der Einbürgerung an:

Lorenz Barbara, Wirtschafterin;
Moschner Julius Hermann, Taschner, und
Brennerberg Dr. Franz Alfred v., prakt. Arzt.

(Angenommen.)

(7969.) **Derselbe** referiert über den Recurs des A. Francini anlässlich der Abweisung des Ansuchens um Entfernung, eventuell Versetzung des Pissoirs auf dem Karolinenplatze im IV. Bezirke und beantragt, den Magistrat zu beauftragen, unter Zuziehung des Bezirksausschusses für den IV. Bezirk Erhebungen wegen eventueller Verlegung dieses Pissoirs zu pflegen und Anträge zu stellen.

(Angenommen.)

(8503.) **Derselbe** referiert über die Benennung des durch die Parcellierung der Realität E.-Z. 729 im IV. Bezirke entstandenen Gassentheiles, bestehend aus sechs Baustellen, und beantragt, diesen Gassentheil vorläufig in die Bezeichnung „Mühlbachgasse" einzubeziehen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, dass gleichzeitig auch die Mühlgasse (Fortsetzung der Mühlbachgasse) in Mühlbachgasse umgeändert werde.

Referent stellt diesbezüglich den Antrag, es sei der Act an den Magistrat mit dem Auftrage zurückzuleiten, über eine einheitliche Benennung des ganzen Straßenzuges Bericht zu erstatten.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, den ganzen Straßenzug Mühlgasse zu benennen, somit die Mühlbachgasse in Mühlgasse umzuändern.

Antrag Dr. Lueger angenommen.

(7935.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 29. September 1894, Z. 72499, betreffend die Bewilligung zu baulichen Änderungen im k. u. k. Militär-Thierarznei-Institute und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(7970.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 29. September 1894, Z. 77146, an die Wiener Tramway-Gesellschaft puncto Bewilligung zur Inbetriebsetzung von Imperial-Wägen nach Type B und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(8064.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 11. September 1894, Z. 68891, betreffend die Ausführung einer Dampftramwaylinie „Nussdorferstraße—Heiligenstadt—Grinzing, event. Sievering" seitens der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(8395.) **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über Herstellungen im Schlosse Spitz und beantragt, die Herstellung eines Abortes in der Wohnung des Hausbesorgers im Schlosse Spitz, ferner zweier neuer äußerer Fenster in der an Theodor Starzengruber vermieteten Wohnung daselbst mit dem Kostenerfordernisse von 52 fl. 75 kr. und 23 fl. 60 kr., zusammen per 76 fl. 35 kr., zu genehmigen.

(Angenommen.)

Ferner wird beschlossen, den Magistrat aufzufordern, bezüglich der Verwertung der leerstehenden möblierten Wohnung Bericht zu erstatten.

(8866.) **Derselbe** referiert über ein Vergleichsanbot des Leo Ritt. v. Herlberg, betreffend die Zahlung der für die außerordentliche

Wasserentnahme in der Winterperiode 1893/94 angeforderten Entschädigung puncto Fischerei und Triftrechtschädigung per 350 fl., und beantragt die Ablehnung dieses von dem Stadtanwalte empfohlenen Vergleiches. (Angenommen.)

(8787.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Forstamtes in Spitz um Ermächtigung zur Pachtung der Jagd der Ortsgemeinde Maria-Lach bei der nächsten Licitation und beantragt, das genannte Forstamt zu ermächtigen, die der Ortsgemeinde Maria-Lach zugewiesene Jagd bis zu einem Maximal-Pachtschillinge von 60 fl. jährlich zu pachten, beziehungsweise, falls die Verpachtung dieser Jagd nach Catastralgemeinden erfolgen sollte, die Jagd in den zu obiger Ortsgemeinde gehörigen Catastralgemeinden mit Ausnahme der Catastralgemeinde Schlaubing bis zu dem Maximal-Pachtschillinge von 52 fl. in Pacht zu nehmen. (Angenommen.)

(8425.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die Erwerbung der Realitäten 49 und 51 Gaullachergasse für Schulbauzwecke und beantragt den Ankauf des Hauses Nr. 49 um den Preis von 17.000 fl. und des Hauses Or.-Nr. 51 um den Preis von 13.000 fl.; diese Realitäten sind der Gemeinde Wien lastenfrei zu übergeben; die Vertrags- und Übertragungsgebüren trägt die Gemeinde Wien. Zur Bedeckung ist die im Budget pro 1894 für den Schulbau am Yppenplatze eingestellte Summe, I. Baurate, heranzuziehen.

St.-R. Dr. Lueger beantragt, behufs Bedeckung einen Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses zu bewilligen.

Referenten-Antrag mit Modification nach Antrag Dr. Lueger angenommen.

Hiedurch erledigt sich der denselben Gegenstand betreffende Antrag Maresch; ferner erledigt sich hiedurch das Offert der Eigenthümer der Häuser 28, 30 und 23 Reinhartgasse auf käufliche Überlassung ihrer Realitäten an die Gemeinde. (An den Gemeinderath.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

(8921.) **St.-R. Schneiderhan** referiert über die Erhöhung des Pferdestandes für die Straßensäuberung im I. Bezirke und beantragt:

1. den Pferdestand von 32 auf 38 Paar Pferde zu erhöhen;
2. die fehlenden 6 Paar Pferde (schwere Pferde kaltblütigen Schlages) sind von Adolf Glaser unter den vom Stadtrathe mit Beschluss vom 13. August d. J., Z. 6530, festgesetzten Modalitäten und um den Preis von 920 fl. per Paar anzukaufen;
3. bis zur Durchführung des Ankaufes sind 6 Paar Pferde von Glaser leihweise beizustellen. (Angenommen.)

(8870.) **Derselbe** referiert über Adaptierungen am Pferdemarkte im V. Bezirke und beantragt die Genehmigung der Herstellung eines Vorbaues vor dem Parteienzimmer im Administrationsgebäude mit dem Kostenbetrage von 80 fl. und von vier eisernen Thüren sammt Plateaux bei den Doppelstallungen III bis IV und VI bis VII mit dem Kostenbetrage von 440 fl. und die Genehmigung eines Zuschusscredites von 520 fl. zur Ausg.-Rubr. XXVIII 4 a „Auslagen für den städtischen Pferdemarkt". (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Matzenauer übernimmt den Vorsitz.)

(8854.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 25. October 1894, Z. 84394, betreffend Beibehaltung der alten Baulinie der k. k. Gewehrfabrik in der Schwarzspanierstraße, IX. Bezirk, und beantragt, die Straßenbreite der Schwarzspanierstraße in der Strecke von der Währingerstraße bis zur Garnisonsgasse wird anstatt mit 18·96 m mit 17·07 m bestimmt, und wird dementsprechend, unter Aufrechthaltung der Baulinie an der Seite mit den geraden Nummern, die Baulinie an der gegenüberliegenden Seite abgeändert. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8874.) **St.-R. Dr. v. Billing** referiert in Anwesenheit von mehr als 16 Stadträthen über das Ansuchen der Katharina Reichel, Schlachtbrücken-Oberaufseherswitwe, um Anweisung der Pension und beantragt, derselben vom 1. October 1894 an die Witwenpension jährlicher 320 fl. und für deren Kinder Marie, geboren 13. Juli 1884, und Katharina, geboren 20. October 1876, einen jährlichen Erziehungsbeitrag von je 50 fl. anzuweisen, und zwar letzterer bis zum Tage der Erreichung des 18. Lebensjahres, das ist am 20. October 1894. (Angenommen.)

(8647.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Amtsdieners Moriz Tremel um Anrechnung seiner im III. städtischen Waisenhause zugebrachten Dienstzeit und Zuerkennung des 2. Quinquenniums und beantragt, demselben vom 1. October 1893 als dem Einreihungstage, den höheren Gehalt von 650 fl. anzuweisen. (Angenommen.)

(8853.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Hugo Fischer, Diurnist, um Studiennachsicht und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(8636.) **St.-R. Dr. Klotzberg** referiert über den Verleihungsvorschlag für zwei erledigte Freiplätze am Conservatorium und beantragt, dem Karl Kittel (Nr. 5 der Competenten-Tabelle), Contrapunktisten, und der Leopoldine Fabigan, Schülerin des I. Jahrganges, der Ausbildung für Gesang, je einen Communal-Stiftungsplatz am Wiener Conservatorium vom Studienjahre 1894/95 an auf die Studiendauer zu verleihen.

Der Gesuchstellerin Wilhelmine Müller wird der Stiftungsplatz noch auf ein weiteres Jahr, das ist pro 1894/95, belassen. (Angenommen.)

(8873.) **Derselbe** referiert in Anwesenheit von mehr als 16 Stadträthen über die Pensionierung des städtischen Arztes Dr. Ignaz Schiffmann und beantragt, denselben in den bleibenden Ruhestand zu versetzen und vom 1. des auf die Versetzung in den Ruhestand nächstfolgenden Monates an 82½ Percent seines letzten Activitätsgehaltes, das ist 1650 fl., und vom 1. Februar 1895 an die Hälfte des von ihm zuletzt bezogenen Jahresquartiergeldes, das ist 300 fl., daher zusammen 1950 fl. als jährlichen Ruhegenuss anzuweisen. (Angenommen.)

(8410.) **Derselbe** referiert über vier Gesuche aus dem IX. Bezirke um Einbürgerung und beantragt die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband an:

Bodnar Gustav, Privatbeamter;
Wirthschafter Marcus (Max), Kaufmann;
Hann Josef, Metalldreher, und
Mraz, geb. Palkovic Rosalia, Hausbesorgerin. (Angenommen.)

(8469.) **Derselbe** referiert über ein Gesuch aus dem IX. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Broukal Josef Wilhelm und Marie, Kinder erster Ehe der Anna Riener, verwitwete Broukal, geb. Ramol. (Angenommen.)

(8466.) **Derselbe** referiert über 13 Gesuche aus dem VIII. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Reckendorfer Amalie, Hausbesorgerin;
Wagner Franz, Hausdiener;

Czubko Johann, Herrschaftsdiener;
Wanaczek Franz, Hausbesorger;
Elleder Leopold, Schuhmacher;
Sogl Jakob, Schlossermeister;
Holoubek Franz, Schuhmachergehilfe;
Durada Helene, geb. Kälbl, Hausbesorgerin;
Hornički Kaspar, Amtsdiener;
Musil Jakob, Schneidermeister;
Bedlan Franz, Schuhmachermeister;
Mahel Eduard, Herrenschneidergehilfe, und
Kißlinger Franz, Spenglermeister. (Angenommen.)

(8467.) **Derselbe** referiert über 15 Gesuche aus dem IX. Bezirke um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Schönhof Thomas, Holzleger;
Jiru Johann, Tischlermeister;
Hießberger Josef, Tischlergehilfe;
Aigner Alois, Flaschenbierhändler;
Schindler Josef, Arbeiter im k. k. Haupt-Münzamte;
Reinelt Eduard, Gastwirt;
Baromek Anna, Hausnäherin;
Fiedler Eduard, Hausbesorger;
Doležal Franz, Schneidergehilfe;
Helm Bernhard, Gasthauspächter;
Vesely Antonie, geb. Huschek, Bedienerin;
Kagenhuber Johann, Kutscher;
Kunze Josef, k. k. Postamtsdiener;
Holub, auch Tauber Josef, Stadtträger, und
Beiner Rudolf, Zimmergehilfe. (Angenommen.)

(8833.) **Derselbe** referiert über 13 Gesuche aus dem IX. Bezirke betreffs Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit nach Wien an:

Wieselberg Samson, Börseagent;
Knopp Franz, Victualienhändler;
Pavliček Josef, Gepäcksträger;
Burger, geb. Vogelsang Francisca, Handarbeiterin;
Wurm Engelbert, Gastwirt;
Wieninger Stephan, Schneidergehilfe;
Schulz Johann, Schneidermeister;
Widi Josef, Bettwaren-Erzeuger;
Felser Johann, Gemischtwaren-Verschleißer;
Böraus, geb. Suchopar Marie, Gasthausköchin;
Forgatsch Augustin, Schlossergehilfe;
Binder Martin, Zimmerpolier und Hausbesorger, und
Heiliger, geb. Amor, Kindsfrau. (Angenommen.)

(8507.) **St.-R. Dr. Nechansky** referiert über das Ansuchen des Michael und der Margaretha Eiles um grundbücherliche Löschung Einl.-Z. 393 im VII. Bezirke, Kaiserstraße 77, und beantragt die Bewilligung der Ausstellung der Löschungserklärung auf Kosten der Gesuchsteller. (Angenommen.)

(8473.) **Derselbe** referiert über den Recurs der Anna Pellini gegen die Entscheidung des Magistrates vom 22. Mai 1894, Z. 65787/III, betreffend die Executionsführung auf den Gehalt des städtischen Rechnungsofficiales Marcus Pellini und beantragt, der seit 1. April 1894 bereits in Abzug gebrachte Betrag von 137 fl. 44 kr., sowie die weiteren allmonatlich in Abzug zu bringenden Beträge von je 14 fl. 68 kr. sind bis zur Deckung der Finanzprocuratur als streitig bei Gericht zu erlegen. (Angenommen.)

(8751.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** beginnt das Referat über die Besetzung der Architektenstelle für die Ausarbeitung des General-Regulierungsplanes.

St.-R. Dr. Huber beantragt die Vertagung.

Antrag Dr. Huber wird angenommen.

(8650.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Union-Baugesellschaft um Gestattung der Lieferung des Roman- oder Portland-Cementes für den Bau des Wasserreservoirs in Breitensee in Säcken statt in Fässern und beantragt, diesem Ansuchen bei Abzug von 10 kr. per 100 kg stattzugeben. (Abgelehnt.)

(8808, 8807, 8809.) **St.-R. Baugoin** referiert über mehrere Gesuche um Gehaltsvorschüsse und beantragt die Bewilligung eines Gehaltsvorschusses von

108 fl. an den Amtsdiener Georg Mattes;
175 „ „ „ Steueramts-Accessisten Alexius Kummer;
175 „ „ „ städtischen Accessisten Clemens Lohr

unter den vom Magistrate beantragten Modalitäten. (Angenommen.)

Derselbe referiert über rückständige Beerdignngsgebüren

(8742.) nach vier Parteien im I. Bezirke per zusammen 10 fl. 35 kr.;

(8810.) nach vier Parteien im I. Bezirke per zusammen 16 fl. 10 kr.;

(8832.) nach zwölf Parteien im XVI. Bezirke per zusammen 40 fl. 10 kr.;

(8702.) nach vierzehn Parteien im XVII. Bezirke per zusammen 58 fl. 35 kr.;

(8705.) nach sechzig Parteien im III. Bezirke per zusammen 252 fl. 22½ kr.;

(8704.) nach vierundsechzig Parteien im XVII. Bezirke per zusammen 76 fl. 30 kr.

und beantragt in allen Fällen die Abschreibung im Sinne der Bezirksamts-Anträge. (Angenommen.)

Der Vorsitzende theilt das Ergebnis zweier am 6. November 1894 vorgenommener Comitéwahlen mit, und zwar wurden gewählt:

In das Comité puncto Verhandlungen mit der Familie Halmschläger die St.-R. Stiaßny, Mayer, Dr. Nechansky;

und in jenes mit dem Besitzer der Spodiumfabrik in Hernals die St.-R. Müller, Dr. Lueger und Dr. Lederer.

Schluss der Sitzung.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **8. November 1894.**

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
Vice-Bürgermeister Matzenauer.

Anwesende: Dr. v. Billing, Boschan, v. Götz, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Dr. Klotzberg, Kreindl, Dr. Lederer, Dr. Lueger, Matthies, Mayer, Müller, Dr. Nechansky, v. Neumann, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Stiaßny, Baugoin, Dr. Vogler, Wurm.

Bürgermeister Dr. Grübl.

Entschuldigt: St.-R. Witzelsberger.
Experten: Bau-Director Berger.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Weiser.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung und theilt mit, dass St.-R. Witzelsberger sein Fernbleiben wegen Unwohlseins entschuldige. (Zur Kenntnis.)

(8751.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über die Besetzung der Architektenstelle für das bauämtliche Bureau zur Schaffung des General-Regulierungsplanes.

(Baudirector Berger fungiert als Experte.)

Es werden nachstehende Beschlüsse gefasst:

Die Bewerbung des Architekten Herrn Karl Mayreder um die ausgeschriebene Architektenstelle für das bauämtliche Bureau zur Schaffung eines General-Regulierungsplanes wird unter nachfolgenden Bestimmungen acceptiert:

1. Herr Karl Mayreder wird provisorisch als Architekt für das bauämtliche Bureau zur Schaffung eines General-Regulierungsplanes gegen beiderseitig zulässige halbjährige Kündigung bestellt.

2. Dessen dienstliche Verwendung ist in der Weise zu regeln, dass demselben die Fortsetzung seiner Lehrthätigkeit an der technischen Hochschule ermöglicht bleibt.

3. Als Jahreshonorar wird für Herrn Karl Mayreder 3000 fl., ohne Anspruch auf Abfertigungen oder Nebenbezügen bestimmt.

Etwaige Wagenauslagen sind nach Maßgabe des bestehenden Normales zu vergüten.

Wegen Erhöhung des Monatsbezuges für einen Aushilfsbeamten von 90 fl. auf 140 fl. monatlich ist an den Gemeinderath heranzutreten und die Bestellung des Hilfsbeamten dem Bürgermeister zu überlassen.

(Vice-Bürgermeister Matzenauer übernimmt den Vorsitz.)

Der **Bürgermeister** theilt mit, dass die Tagsatzung zur ämtlichen Übergabe des Schätzungsoperates bezüglich der Gaswerke, zunächst für den 15. d. M. in Aussicht genommen, auf den 18. d. M. erstreckt wurde.

Das Detailproject für die Errichtung neuer Gaswerke ist mit allen Kostenvoranschlägen fertig und wird in den nächsten Tagen in den Buffeträumen zur Aufstellung gelangen.

Es wird daher der Gemeinderath in nächster Zeit Gelegenheit haben, das Resultat der Schätzung, das Detailproject, die Kostenvoranschläge, sowie die Gewinstberechnung für die Erbauung neuer Gaswerke kennen zu lernen. (Zur Kenntnis.)

Ferner theilt der Bürgermeister den Bericht über die Prüfung des Rechnungsabschlusses der Commission für Verkehrsanlagen in der Gebarungsperiode vom 25. Juli 1892 bis 31. December 1893 mit, demzufolge sich bei der Prüfung kein Anstand ergeben hat. (Zur Kenntnis.)

(8958.) **Derselbe** referiert über die Vermehrung der Personales der Stadtbuchhaltung und beantragt die Aufnahme von 20 Praktikanten mit dem systemisierten Adjutum von jährlich 500 fl.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8959.) **Derselbe** referiert über die Petition in Angelegenheit der Fleischapprovisionierung Wiens und beantragt die Überreichung einer Petition an das hohe Abgeordnetenhaus.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

Borstenviehmarkt vom 13. und 14. November 1894.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine	2712 Stück
Fettschweine	7439 „
Summa .	10151 Stück

Angekauft wurden:

für Wien	8118 Stück
für das Land	— „
unverkauft blieben . .	2033

2. Preisbewegung:

Jungschweine . von 34 bis 39 (—) kr.	} per Kg. Lebendgewicht.
Fettschweine . . „ 36 „ 38 (—) „	

Der Geschäftsverkehr war sehr lebhaft und sind die Preise der Jungschweine um 1 bis 2 kr. per Kilogramm gestiegen, während Fettschweine bei schwächerer Nachfrage 1 bis 2 kr. per Kilogramm im Preise eingebüßt haben.

* * *

Pferdemarkt vom 13. November 1894.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 568 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde	80—600 fl.	per Stück.
„ Schlachtpferde	14— 48 „	„ „

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Stechviehmarkt vom 14. November 1894.

1. Auftrieb:

Kälber Waidner 2768, Kälber lebend 81, Lämmer Waidner 473, Lämmer lebend 74, Schafe Waidner 493, Schafe lebend 5506, Schweine Waidner 1224.

2. Preisbewegung:

Kälber Waidner	per Kg. von 40 (—)	bis 65 (—)	kr.
Kälber lebend	„ „ „ 30 (—)	„ 56 (—)	„
Lämmer Waidner	per Paar von 6	bis 11	fl.
Lämmer lebend	„ „ „ —	„ 12	„
Schafe Waidner	„ Kg. von 22 (—)	bis 40 (—)	kr.
Schafe lebend	„ „ „ —	„ 28	„
Schafe lebend	„ Paar von 5	bis 24½	fl.
Schweine Waidner	„ Kg. „ 36 (—)	bis 52 (54)	„
Schweine lebend junge . .	„ „ „ —	„ —	„
Schweine lebend fette . .	„ „ „ —	„ —	„

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 339 Stück Kälber mehr zugeführt. Bei flauer Tendenz haben Kälber die in der Vorwoche erzielten namhaften Preisavancen wieder eingebüßt.

Auf dem Schafmarkte wurden um 670 Stück Schafe weniger aufgetrieben. Die Kauflust war infolge schlechter Pariser Berichte und der gegen Böhmen erfolgten Sperre flau und ist ein Preisfall von 1 fl. in allen Quantitäten eingetreten.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 14. November 1894 462 Stück Mast- und 240 Stück Beinlvieh aufgetrieben und zu unveränderten Montagspreisen gehandelt.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 12. bis 15. November 1894:

Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Kronprinz Rudolfstraße, Grundb.-Einl. 3108, von Rudolf Reichelt, Baumeister (8298).
IV. Bezirk: Haus, Schäffergasse 19, von Rudolf Reichelt, Baumeister (8363.)
VII. Bezirk: Haus, Lerchenfelderstraße 67, von Ch. M. Cabos und Em. und Al. Schweinburg, Bauführer Ed. Schweinburg (8339).

Für Umbauten:

XII. Bezirk: Gaudenzdorf, Gärtnergasse 14, von Ad. Parthey, Gärtnergasse 15, Bauführer Josef Schneider (30978).

Für Zubauten:

XII. Bezirk: Magazinstract, Unter-Meidling, Neuwallgasse 4/6, von Franz Schaffler, ebenda, Bauführer Wenzel Voit (31110).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Canovagasse 5, von Regine v. Luder, Bauführer Franz Kozmich (8312).
„ „ Nibelungengasse 1/3, von Franz Prokesch, Baumeister (8317).
„ „ Salzgries 13, von Jakob Neumayr, Bauführer Josef Schretter (8361).
II. Bezirk: Schüttelstraße 19, von Schöller & Comp., Bauführer Joh. Kernast jun. (8304).
„ „ Kronprinz Rudolfstraße, von Rudolf Reichelt, Baumeister (8362).
III. Bezirk: Hörnesgasse 19, von Dr. Leopold Dömeny, Bauführer ? (8315).
„ „ Hauptstraße 155, von Barbara Gabriel, Bauführer Johann Kernast (8364).
VI. Bezirk: Stumpergasse 15, von Franz Fischer, Bauführer Chr. Gatty (8306).
„ „ Gumpendorferstraße 79, von Franz Richter, Bauführer M. Draxlmayer (8310).
VII. Bezirk: Zieglergasse 76, von Franz Wilewar, Bauführer Chr. Gatty (8305).
VIII. Bezirk: Josefstädterstraße 3, von Franz Prokesch, Baumeister, noe. Dr. Max Menger (8318).
XII. Bezirk: Hetzendorf, Hauptstraße 50, von Marie Endlweber, Bauführer Josef Schaufler (30977).
„ „ Unter-Meidling, Fabriksgasse 4/6, von B. Fischer, Bauführer Friedr. Sonnenburg (31106).
XVI. Bezirk: Schaufenster, Neulerchenfeld, Hafnerstraße 44, von Omobono Vitali, ebenda, Bauführer Engelb. Schrammel (50629).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Waschküche, Leopoldsgasse 11, von Dr. Anton Kastner, Bauführer C. Michna (8328).
IV. Bezirk: Einfriedung, Wehringergasse 35, von Anton Jarsko, Bauführer Frauenfeld & Berghof (8324).
„ „ Atelier, Schleifmühlgasse 1, von Michael Moser, Floridsdorf, Pragerstraße 17, Bauführer J. Matschinger (8325).
V. Bezirk: Wagenschupfe, Kompertgasse 5, von Josef Jostal, Baumeister (8349).
„ „ Wagenschupfe, Högelmüllergasse 12, von J. und B. Trawnitschek, Bauführer J. Zeitlinger (8356).
VI. Bezirk: Magazin, Eisvogelgasse 4, von Friderich Leiritz, Bauführer J. Schrepfer (8367).
„ „ Hofüberdeckung, Luftbadgasse 12, von Eduard Swoboda, Bauführer J. Spilka (8368).
VIII. Bezirk: Rauchfang-Reconstruction, Neudeggergasse 3, von Alexander Engelbreit, Bauführer ? (8369).
XII. Bezirk: Thür-Auswechslung, Altmannsdorf, Breitenfurterstraße 60, von Franz Hondl, Bauführer Jos. Schaufler (30904).
„ „ Dachpappendeckung, Unter-Meidling, Rudolfsgasse 42, von Anton Brunner, III., Brigittenauerlände 26, Bauführer ? (30905).
„ „ Schupfenbau, Unter-Meidling, Miesbachgasse 52, von Josef Dobeš, ebenda, Bauführer Josef Retzer (31294).
XIV. Bezirk: Herstellung von Aborten, Rudolfsheim, Dreihausgasse 15, von Josef Trojan, Bauführer Johann Lackner (30461).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

VI. Bezirk: Wallgasse 29, von Karl Hörandner, VII., Seidengasse 44 (8307).
VIII. Bezirk: Wickenburggasse 18, von Franz Hartleben (8291).
IX. Bezirk: Berggasse 33, Porzellangasse 1 und 3, von Emil R. v. Förster, k. k. Baurath, noe. Franz Macht (8322).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

I. Bezirk: Kärnthnerstraße 22, von Moriz und Josef Sturany, Baumeister (8321).
„ „ Rothenthurmstraße 9, von der Allg. österr. Baugesellschaft (8330).
III. Bezirk: Keinergasse 4, von Heinrich Winkler, Baumeister (8326).
„ „ Keinergasse 6, von Heinrich Winkler, Baumeister (8327).
VI. Bezirk: Mariahilferstraße 29, von Emanuel Kamenicky, Baumeister (8311).

Gewerbeanmeldungen vom 9. November 1894.

Reschreiter Josef — Fleischhauer — XVI., Neulerchenfeld, Yppenplatz, Markt.
Weindler Franz — Fleischhauer — XII., Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 58.
Hellar Alois — Fleisch-Verschleiß — III., Kolonitzplatz.
Schramm Wilhelm — Gastwirt — X., Columbusgasse 27.
Polatschek Therese — Geflügelhandel — X., Keplergasse 5.
Beigel Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Kinskygasse 13.
Charwat Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Seidlgasse 17.
Drexler Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Schönbrunnerstraße 45.
Kaspar Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Rennweg 92.
Walter Juliana Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse 64.
Nowak Johann — Holz- und Kohlen-Kleinhandel — III., Trübelg. 13.
Kuhn Karl — Holz- und Kohlen-Kleinverschleiß — XVI., Ottakring, Gablenzgasse 36.
Ozanič Jakob — Kastanienbrater — XV., Fünfhaus, Palmgasse, Ecke Mariahilfergürtel.
Streit Johann — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IV., Blechthurmg. 4.
Bildstein Karl — Naturblumenhandel — XVII., Hernals, Kircheng. 46.
Fischer Ignaz — Sammeln von Pränumeranten auf Druckwerke — XVI., Neulerchenfeld, Thaliastraße 19.
Dvořak Josef — Schuhmacher — X., Senefeldergasse 12.
Kotrba Johann — Schuhmacher — IV., Schäffergasse 22.
Matovizs Johann — Schuhmacher — V., Matzleinsdorferstraße 64.
Lauber Siegfried — Spengler — V., Hundsthurmerstraße 86.
Lehmann Anton — Thee-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Grenzgasse 16.
Hölzl Anna — Victualienhandel — XVI., Neulerchenfeld, Thaliastraße, Markt.
Steffova Anna — Victualienhandel — III., Hohlweggasse 6.
Wrchlavsky Barbara — Wäschefeinputzerei — IV., Schleifmühlgasse 11.
Maxa Max — Wildbret-, Geflügel- und Fische-Verschleiß — XII., Meidlinger Markt.
Buchansky Therese — Zuckerbäcker- und Lebzelterwaren- und Sodawasser-Verschleiß — XII., Meidling, Bischofgasse 5.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 10. November 1894.

Medl Anna Emilie — Auskocherin — V., Wehrgasse 27.
Adler Arthur — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Berlyak F. — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Blitz Louis A. — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Effectenbörse.
Rößler Karl — Buchbinder — VII., Schottenfeldgasse 85.
Dostal Pauline — Dienstvermittlung für weibliche Dienstboten gewöhnlicher Kategorie — I., Himmelpfortgasse 7.
Putzovač Alexander, Dr. — Ertheilung von Privatunterricht an Universitätshörer zur Vorbereitung für die Staatsprüfungen — IX., Alserstraße 6.
Daleschitzky Theresia — Fiakergewerbe — V., Fockygasse 3.
Huber Elisabeth — Fiakergewerbe — I., verlängerte Wipplingerstraße.
Buckl Wilhelmine — Fleischselchergewerbe — IX., Marktgasse 15.
Krammer Franz — Fleischverschleiß — III., Großmarkthalle.
Endres Michael — Friseur — XVII., Leitermayergasse 1.
Mayer Marie — Friseurgewerbe — XI., Hauptstraße 139.
Nowotny Wenzel — Friseur — IX., Liechtensteinstraße 77.
Schwager Heinrich Johann — Friseur — XVII., Hauptstraße 31 a.
Christenheit Johann Michael — Gastwirt — I., Elisabethstraße 3.
Dirnwöber Leopold — Gastwirt — XI., Kaiser-Ebersdorf 330.
Mödlagl Johann — Gastwirt — I., Zedlitzgasse 11.
Winkler Raimund — Gastwirt — VI., Gumpendorferstraße 25.
Eisler Josef — Gebäck- und Brothausierhandel — VII., Zollergasse 13.
Brunner Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Martinsstraße 57.

Kafka Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Braunhirschengasse 13.
Martin Adelheid — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Mollardgasse 45.
Schlor Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Lerchenfelderstraße 39.
Schneider Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Kreutzgasse 52.
Steiner Salomon — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Hahngasse 3.
Stermann Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Kreutzgasse 32.
Vlček Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Wimmergasse 3.
Wagner Ignaz — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Custozzagasse 3.
Wottitz Manfred — gewerbsmäßige Herstellung von Clichés auf photozinkographischem Wege — VIII., Blindengasse 20.
Fanto Adolf — Herausgabe der Druckschrift „Illustrierte Gemeindezeitung" — IX., Liechtensteinstraße 5.
Polansky Franz — Holzbildhauer — XII., Meidling, Hauptstraße 18.
Klement Theresia — Kaffeesiederin — V., Spengergasse 25.
Förster Johann — Kaffeeschank — VII., Kaiserstraße 11.
Arnold Anton — Kleidermacher — I., Wipplingerstraße 27.
Schwarz Alois — Kleidermacher — XVIII., Währing, Theresiengasse 67.
Waneček Vincenz — Kleidermacher — XVIII., Währing, Kreutzgasse 47.
Swoboda Anton — Kürschner — VI., Laimgrubengasse 29.
Simerek Rosalie — Maschinstrickerei — XIV., Rudolfsheim, Karolinengasse 10.
Knorr Julius — Mechaniker — XVI., Neulerchenfeld, Grundsteing. 51.
Niederer Johann — Milch-Verschleiß — VIII., Stolzenthalergasse 12.
Přichaček Amalie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — VI., Stiegengasse 4.
Eschner Leopold — Modistin — IX., Brünnlgasse 7.
Basch Gustav, Braun Adolf — Pfaidler — I., Kohlmessergasse 4.
Mierer Moses — Pfaidler — IX., Dietrichsteingasse 10.
Schrötter Rosalie — Pfaidlerin — XVIII., Währing, Schulgasse 32.
Syndelař Anna — Pfaidler — XIV., Schellingergasse 18.
Zimmermann Marie — Pfaidlerin — VII., Mariahilferstraße 120.
Spitzer Magdalena — Posamentierergewerbe — VII., Burggasse 104.
Heikerlik Josef — Schuhmacher — V., Pilgramgasse 17.
Moravec Karl — Schuhmacher — XII., Meidling, Breitenfurterstraße 92.
Reppich Balthasar — Schuhmacher — IX., Viriotgasse 7.
Bum Max — Schuhwaren-Verschleiß — I., Freisingergasse 5.
Gaßamas Johann — Selchwaren-Verschleiß — VI., Stumpergasse 15.
Ohly Albert Heinrich — Spediteur — VI., Amerlingstraße 8.
Schönherz Beile Gittel — Spirituosen-Verschleiß — I., Tiefer Graben 24.
Nickel Franz — Stadtlohnfuhrwerk — XVII., Josefigasse 44.
Eisner Hermann — Trödler — VIII., Kochgasse 19.
Feigl Jakob — Trödler — XIV., Plankengasse 34.
Wolf Siegmund — Verschleiß von Chromolithographien, Reliefs, Städteansichten, Photographien, Jux- und Gratulationskarten — I., Rothenthurmstraße 26.
Quastler David — Verschleiß von Gratulationskarten, Bilderbögen und Bilderbücher ohne Text — IX., Porzellangasse 12.
Zednik Barbara — Victualien-Verschleiß — VI., Eßterházygasse 110.
Pichler Josef — Weinschank — XVIII., Währing, Herrengasse 96.
Kohut Leopold Edgar — Wein- und Spirituosenhandel — XVIII., Währing, Döblingerstraße 6.
Pokorny Mathilde Marie — Wirkwaren-Erzeugung — VII., Stiftgasse 5.
Göbel Hans — Wohnungsvermietung — I., Operngasse 16.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 12. November 1894.

Denner Therese — Blumenhandel im Umherziehen — XVI., Ottakring, Ypenplatz 8.
Oster Anton — Buchbinder — XIX., Heiligenstadt, Freihofgasse 1.
Neugebauer Anna — Dienstvermittlung für männliche und weibliche Stellensuchende jeder Kategorie — VIII., Josefstädterstraße 33.
Rosseg Josefa — Fiakergewerbe — X., Siccardsburggasse 37.
Schreiner Karl — Fleischhauer — V., Johannagasse 27.
Karasek Ida — Fleisch-Verschleiß — X., Erlachgasse 68.
Stödlinger Ignaz — Gastwirt — XIV., Rudolfsheim, Sturzgasse 45.
König Franz — Gebäck-Verschleiß — XVI., Ottakring, Eisnerstraße 22.
Hofmann Rudolf Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Margarethenstraße 38.
Kirlinger Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Heiligenstadt, Kahlenbergerstraße 8.
Kohl Franz Xaver — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Pramergasse 27.
Kröll Therese — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Hansengasse 8.
Miller Alexander — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Margarethenstr. 39.
Moučka Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Leopoldigasse 22.
Stadler Georg — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Göthegasse 7.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.